Freitag, 15. Juni 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 138 - 24. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Arbeitskampf: Die Arbeitgeber drängen auf rasche Schlichtung, möglicherweise schon am Wochenende, im Tarifkonflikt der Metallindustrie. Die Schäden des Streiks weiten sich immer mehr aus. Opel-Vorstandsmitglied Gäb: Allein bei diesem Unternehmen bisher eine Milliarde Verlust. Rund 70 000 Fahrzeuge wurden nicht hergestellt. (S. 8)

Scheidungsrecht: Anwaltsverein, Richterbund und Familiengerichtstag lehnen die Vorschläge der Koalitionsexperten zur Änderung des Unterhaltsrechts ab; besonderer Kritikpunkt ist das Vorhaben, selbst rechtskräftige Scheidungsverfahren wieder aufzurollen. (S. 4)

Umweltschutz: Bayerns Wahlberechtigte stimmen am Sonntag parallel zur Europa-Wahl über die Absicht der Staatsregierung ab, den Umweltschutz in der Verfassung zu verankern. (S. 4)

Lehrlings-Rekord: Die Zahl der Lehrlinge hat 1984 den höchsten Stand seit dem Krieg erreicht. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes befanden sich zu Jahresbeginn 1 721 600 Jugendliche in einer betrieblichen Ausbildung, darunter 39,3 Prozent Mädchen. Gegenüber 1983 ist dies eine Zunahme um 45 700 oder 2,7 Prozent.

Raketen-Entscheid: Nur mit Hilfe von sieben oppositionellen Abgeordneten hat Hollands Koalitionsregierung die „Raketen-Debatte" im Haager Parlament politisch überlebt. (S. 5)

Europa-Wahl: Briten, Iren, Niederländer und Dänen haben schon gestern ihre Stimmen für das Europa-Parlament abgegeben. Die Ergebnisse werden allerdings erst zusammen mit denen der Wahlen in den übrigen sechs EG-Ländern am kommenden Sonntag veröffentlicht.

An die Leser der WELT

Wegen der anhaltenden Arbeitsniederlegungen kommen weiterhin viele Zeitungen gar nicht oder nur mit Notausgaben auf den Markt. Auch die WELT kann heute nur mit eingeschränktem Umfang, besonders im Börsenteil, erscheinen. Wir bitten Leser und Anzeigenkunden um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Landwirtschaft: Bundesernährungsminister Kiechle geht davon aus, daß die Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte von acht auf 13 Prozent zum 1. Juli in Kraft treten wird, und zwar selbst dann, wenn auf dem nächsten EG-Gipfel am 25. und 26. Juni keine einvernehmliche Lösung gefunden werden sollte. (WELT-Gespräch S. 9)

Abgasarme Autos: Am 3. Juli entscheidet das Kabinett über Steuervorteile für die neuen Modelle. Als sicher gilt eine zeitlich gestaffelte Kfz-Steuerbefreiung ab 1986 für fünf bis sieben Jahre. (S. 9)

Lurgi: Die weltweite Flaute im Großanlagenbau mit Rückgang der Auftragseingänge auf 1,2 (1,7) Milliarden DM 1982/83 scheint beständig. Weltweit gebe es derzeit einen einzigen Auftrag über 100 Millionen DM, klagt Vorsitzender Dietrich Ertl (S. 10)

Börse: Die Streiks und ihre Folgen führten zu erheblichem Abgabedruck und allgemeinem Kursrückgang. Der Rentenmarkt war dagegen freundlicher. WELT-Aktienindex 145,5 (147,3). Dollarmittelkurs 2,7115 (2,7168) Mark. Goldpreis pro Feinunze 376,00 (374,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Ich bin weit davon entfernt, der einen Seite allein die Schuld anzulasten. Aber ich halte es für dringend notwendig, daß der Arbeitskampf ein Ende findet «

Bundespräsident Karl Carstens bei einem Redaktionsbesuch der WELT (S. 3)
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

KULTUR

Sacharow-Film: Im Beisein von vier sozialistischen Kabinettsmitgliedern, aber unter auffallender Abwesenheit von Vertretern der Kommunistischen Partei oder der sowjetischen Botschaft, erlebte der amerikanisch-englische Fernsehfilm „Sacharow" am Mittwoch im Pariser Palais Chaillot seine Welturaufführung. (S. 08)

Germania Judaica: Die Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums feierte gestern ihr 25jähriges Bestehen. Sie gilt mit 34 000 Bänden als größte Spezialbibliothek in der Bundesrepublik über das deutsche Judentum seit dem 18. Jahrhundert. Eine Jubiläumsausstellung ist bis 16. September geöffnet.

SPORT

Fernsehen: Die beiden deutschen Fernseh-Anstalten ARD und ZDF werden täglich rund 16 Stunden von den Olympischen Spielen in Los Angeles (28. Juli bis 12. August) berichten. Die Berichterstattung findet rund um die Uhr statt.

Olympia: Das Nationale Olympische Komitee (NOK) hat 218 Sportler in 13 Sportarten für Los Angeles nominiert. Das gesamte Aufgebot soll 480 Sportler umfassen – die größte deutsche Olympiamannschaft aller Zeiten. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Kurklinik-Affäre: Der Prozeß gegen Kommunalpolitiker und Beamte aus Bad Honnef wegen angeblichen Millionenbetrugs zu Lasten der Bundesversicherungsanstalt ist eingestellt worden. Die von der Anstalt und der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe hielten einer gerichtlichen Überprüfung nicht stand. (S. 16)

In Vietnam verschollen: Die nach dem Untergang des Ölforschungsschiffes „Glomar Java Sea" im Oktober 1983 vermißten US-Seeleute befinden sich möglicherweise in einem vietnamesischen Gefangenenlager. (S. 16)

Wetter: Kühl, bewölkt, im Süden regnerisch.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Blüm: Tarifstreit darf nicht zur Sozialschlacht werden

WELT-Interview mit dem Arbeitsminister / Schlichtung „eine Chance"

DW. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wertet die Absicht der Tarifparteien in der Metallindustrie, einen Kompromiß durch die „besondere Schlichtung" zu suchen, als einen Erfolg der besonnenen Kräfte. In einem Interview der WELT warnt er die IG Metall vor dem Rückfall in klassenkämpferische Töne. Die Fragen stellte Günther Bading:

WELT: Nach fünf Wochen Streik soll jetzt im Metall-Tarifkonflikt der Schlichter einen Kompromiß suchen. Während dieser „besonderen Schlichtung" geht allerdings der Arbeitskampf weiter. Wie beurteilen Sie diesen Weg?

Blüm: Die Verhandlungen in Stuttgart sind festgefahren. Alles, was aus dem Patt herausführt, ist gut. Die besondere Schlichtung ist die Chance, auf neuen Gleisen zu probieren, was auf den alten nicht gelungen ist. Jeder Tag, an dem der Arbeitskampf weitergeht, ist 24 Stunden zuviel. Mit der besonderen Schlichtung scheinen *sich die besonnenen Kräfte auf beiden Seiten durchzusetzen.*

WELT: In der IG Metall, der auch Sie als Mitglied angehören, überwiegen klassenkämpferische Töne. So hat Vorstandsmitglied Hans Preiß erklärt, dieser Streik diene dazu, die „Diktatur des Kapitals" zu brechen. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Blüm: Die Klassenkämpfer verheizen die Arbeitnehmer für ihre wildgewordenen Ideen. Sprüche von der „Diktatur des Kapitals" gehören in das neunzehnte Jahrhundert. Die Ideologen sind reaktionär. Wir haben weder die „Diktatur des Kapitals", noch wollen wir die „Diktatur des Proletariats", sondern die Zusammenarbeit der Vernünftigen. Die besonnenen Gewerkschafter müssen jetzt das Heft in die Hand nehmen, wenn die Gewerkschaften sich nicht selber kaputtmachen wollen. Wer aus einer Tarifauseinandersetzung eine Sozialschlacht macht, mißbraucht die Arbeitnehmer und ruiniert die Volkswirtschaft. Ich will keine schwachen Gewerkschaften, in denen nur noch Klassenkämpfer Platz haben. Ich will *starke, verantwortliche Gewerkschaften.* Stärke und Verantwortung gehören zusammen, ebenso wie Ideologie und Schwäche. Unternehmer, welche die Gewerkschaften k. o. schlagen wollen, sind allerdings genauso schlimm wie die Klassenkämpfer von der anderen Seite.

WELT: Der Bundesregierung wird von Gewerkschaftsseite vorgeworfen, sie habe mit ihrer Ablehnung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in die Tarifautonomie eingegriffen. Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

Blüm: Den Tarifpartnern will keiner – auch nicht die Regierung – die Entscheidung abnehmen. Aber eine Regierung muß auf Folgen einer Entscheidung hinweisen dürfen, die sie für falsch hält. Schließlich präsentieren uns die Wähler die Quittung, wenn die Arbeitslosigkeit nicht abnimmt, sondern steigt. In einer freien Gesellschaft gibt es keine Sprechverbote und auch keinen Maulkorb für die Regierung.

WELT: Die Regierung hält diesen Weg für falsch. Ist die 40-Stunden-Woche ein Tabu? Sehen Sie *andere Lösungsmodelle für das Arbeitszeitproblem?*

● Fortsetzung Seite 8

Kohl: Kabinettsumbildung kein Thema

Kanzler nennt Gerüchte um Lambsdorff eine Diskussion, die der FDP bewußt schaden soll

rmc./Co./p.p. Bonn

Bundeskanzler Kohl hat im Zusammenhang mit einem möglichen Gerichtsverfahren gegen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff die Bonner Opposition scharf angegriffen. Kohl sagte gestern zu Gerüchten über eine angeblich bevorstehende Entscheidung des Bonner Landgerichts, gegen den Minister das Hauptverfahren zu eröffnen: „Das ist eine bewußt herbeigeführte Diskussion mit dem klaren Ziel, der FDP am kommenden Sonntag zu schaden."

Der Regierungschef spielte damit auf die bevorstehende Europawahl und das denkbare Interesse der SPD an, Kohls Koalitionspartner FDP im Zusammenhang mit dem anhängigen Steuerhinterziehungs-Verfahren ins Zwielicht zu bringen. Der Kanzler sagte, man merke die Absicht, er sei aber nicht einmal mehr verstimmt. Bisher sehe er nicht den mindesten Grund, über eine Kabinettsbildung nachzudenken. Zugleich sprach sich Kohl gegen eine Zwischenlösung für den Fall aus, daß Lambsdorff sein *Ministeramt niederlegen würde.*

Kohl bekräftigte, daß es beim Zeitplan für eine Steuerentlastung bleibe. Bis Ende Juni werde er in koalitionsinternen Gesprächen die Entscheidungen über die wirtschaftspolitischen Eckwerte herbeiführen. Auf ihnen basierend werde Bundesfinanzminister Stoltenberg in der Sommerpause den Referentenentwurf für das Steuerentlastungsgesetz fertigen lassen, *der danach den Verbänden vorgelegt werde.* Die Verabschiedung der Regierungsvorlage kündigte der Kanzler für die dritte Novemberwoche im Bundeskabinett an. Das Gesetz solle bis zur Sommerpause 1985 *gebilligt sein, und am 1. Januar 1986* solle es in Kraft treten. Zu diesem Termin werde auf jeden Fall für Familien mit Kindern eine Steuerentlastung eintreten, sagte der Kanzler.

Kohl kündigte weitere Schritte in Richtung auf eine europäische politische Union an. Er verwies auf die Straßburger Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, die im wesentlichen auch den Bonner *Standpunkt wiedergebe. Ihm gehe es* darum, nicht dogmatisch, sondern in einer Politik kleiner Schritte Europa voranzubringen.

Der Kanzler bekräftigte seine Absicht, im Sinne der Vereinbarung mit Mitterrand die Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sowie möglichst auch mit den Beneluxländern rasch abzubauen. Kritische Hinweise auf ei*ne mögliche Zunahme des Rauschgiftschmuggels* konterte er mit der Bemerkung, daß in den Hauptferienzeiten an den Grenzen ohnehin kaum Kontrollen stattfänden.

Die bevorstehende Europawahl, so betonte Kohl, beurteile er durchaus nicht so pessimistisch wie manche andere. In diesem Zusammenhang wies Bundesaußenminister Genscher gestern abend im Fernsehen darauf hin, daß dem neu zu wählenden Europäischen Parlament erhebliche Bedeutung dadurch zukomme, daß es die EG-Kommission stürzen könne.

Berichte über einen bevorstehenden neuen Kredit an die „DDR" bezeichnete der Kanzler als falsch. Er *wisse weder etwas von Verhandlun-*

■ Fortsetzung Seite 8

Die Kreml-Führung ermahnt Kadar

RGW-Gipfel beendet / Tschernenko: Erfolg bei „Harmonisierung der Wirtschaftspolitik"

DW. Moskau/Bonn

Mit einer kurzen Ansprache des Kremlchefs Konstantin Tschernenko ist gestern in Moskau das Gipfeltreffen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) zuende gegangen. Tschernenko sprach von einem „größeren Schritt vorwärts bei der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik". Die Texte der Erklärungen sollen erst heute veröffentlicht werden. Aus osteuropäischen Kreisen wurde bekannt, daß bei der Konferenz vor allem die „DDR", Ungarn und Rumänien ihre Entschlossenheit zum Ausbau des Handels mit westlichen Staaten zum Ausdruck gebracht haben. *Dagegen soll die Sowjetunion das* Schwergewicht auf den Ausbau der Handelsbeziehungen innerhalb der RGW gelegt haben. Nur Bulgarien und die Tschechoslowakei seien bereit gewesen, diesen Integrationsplänen vorbehaltlos zuzustimmen.

F.H. NEUMANN, Moskau

Konstantin Tschernenko traf am Rande des Moskauer RGW-Gipfels mit dem ungarischen Parteichef Janos Kadar zusammen. Aus der Tass-Mitteilung über das Gespräch mit Kadar geht klar hervor, daß die ungarische Seite wieder zur Blockdisziplin in außenpolitischen Fragen ermahnt wurde. Im April hatte die Budapester Führung mehrfach erklärt, den Dialog mit dem Westen trotz der Raketenstationierung fortzusetzen und „gegenseitige vorteilhafte Beziehungen zu Staaten mit anderen Gesellschaftssystemen weiterzuführen". Damals war Außenminister Gromyko bei einem offiziellen Besuch der ungarischen Position entgegengetreten.

Im Gespräch mit Tschernenko ist Kadar jetzt zu „vollständiger Einmütigkeit bei der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage" *sowie zur Konfrontation mit den USA* und anderen „aggressiven Kräften des Imperialismus" verpflichtet worden, die für die Spannung in Europa verantwortlich seien. Kadar hatte auch der Forderung zuzustimmen, daß Einheit und Geschlossenheit des Ostblocks weiter gefestigt werden müßten.

Dagegen konnte der tschechoslowakische Staats- und Parteichef Gustav Husak, den Tschernenko mit dem höchsten Orden der Sowjetunion auszeichnete, die volle Wertschätzung des Kreml genießen. Moskau und Prag verträten in allen internationalen Angelegenheiten einen „einheitlichen Standpunkt". In der Begründung für den ihm verliehenen Lenin-Orden wurden auch Husaks Verdienste um die Liquidierung des Prager Frühlings hervorgehoben.

Bis auf Erich Honecker sind nun bis gestern alle Parteiführer Osteuropas von Tschernenko in Einzelaudienz empfangen und auf einen einheitliche Linie festgelegt worden. Die Unterstützung der ungarischen Position, die das „Neue Deutschland" durch den Abdruck Budapester Verlautbarungen ausgedrückt hatte, war zwar in Moskau unangenehm aufgefallen, doch auch die milden Worte Honeckers für weitere Westkontakte haben in Moskau seine außenpolitische Zuverlässigkeit nicht in Frage gestellt. In den Schlußerklärungen des Gipfels kann daher nach langer Vorbereitungen und einigem Tauziehen wieder die volle Einmütigkeit aller Blockmitglieder demonstriert werden.

Wie in Polen Widerstand geprobt wird

DW. Warschau

Die Untergrundführung der Gewerkschaft „Solidarität" hält ungeachtet aller Drohungen des Regimes an dem Protestprogramm gegen die „Gemeindewahlen" am Sonntag fest. Die Bevölkerung der Hauptstadt Warschau wurde jetzt aufgerufen, am Morgen des „Wahltages" die Zehn-Uhr-Messen zu besuchen, sich dann vor den Amtssitzen der Gemeinderäte in den einzelnen Stadtteilen zu versammeln und sich anschließend an einem Sternmarsch zum Rathaus zu beteiligen. Auf einer Kundgebung vor dem Rathaus sollen, wie es in der westlichen Journalisten zugespielten Erklärung heißt, „wirklich freie Wahlen" gefordert werden.

In zahlreichen Untergrundzeitungen wird seit längerem auf erprobte Formen des Widerstandes hingewiesen, die neben einem Wahlboykott für empfehlenswert gehalten werden. So sollen die Polen am 17. Juni Trauerkleidung tragen. Die Arbeitnehmer wurden aufgefordert, die Annahme von Geldprämien am Tag der „Wahlen" zu verweigern, wie das am Frauentag, am 8. März, viele polnische Frauen in den Betrieben getan haben. Geheimdienst und Polizei fahnden nach den Tätern, die Banknoten mit regimefeindlichen Stempeln und Aufdrucken versehen haben. Viele Geldscheine trugen die Aufschrift: „Die Solidarität gewinnt doch." Tausende von Zehn-Zloty-Noten mußten eingezogen werden, weil auf ihnen geschrieben stand „Die Krähe krepiert". Die Krähe ist das Synonym für den herrschenden Militärrat in Warschau.

In Danzig wurde über Nacht die „Pilotenstraße" in „Unteroffizier-Walesa-Straße" umbenannt. Der „Platz der Arbeitereinheit" in Warschau hieß plötzlich „Lech-Walesa-Platz". Städtische Reinigungskolonnen müssen Wandbeschriftungen überstreichen und die von Anhängern der „Solidarität" angebrachten Straßenschilder entfernen.

Regimetreue Künstler werden *„ausgeklatscht". Die Folge:* Viele Konzerte, Vorstellungen und Vorlesungen wurden abgebrochen. Kistenweise erhalten Mitglieder des neuen Schriftstellerverbandes ihre Bücher von den Lesern zurück. Während der Tagesschau des Fernsehens gehen viele Polen demonstrativ spazieren.

Forderungen nach einem Wahlboykott, wie sie von mehreren Priestern erhoben worden waren, wurden von der Bischofskonferenz zurückgewiesen. Allerdings ging der Episkopat nicht auf das Verlangen des Regimes ein, zur Teilnahme aufzufordern.

DER KOMMENTAR

FDP im Fadenkreuz

HERBERT KREMP

Das Gericht, nicht Gerüchte, entscheidet darüber, ob das Hauptverfahren gegen Graf Lambsdorff und andere Beschuldigte in Sachen Flick eröffnet wird oder nicht. Aber die Mutmaßungen, die immer wieder an die Öffentlichkeit gelangen, beeinflussen das politische Klima in Bonn und setzen, sofern sie von interessierter Seite aufgegriffen werden, besonders der FDP zu, die einer inneren und äußeren Zerreißprobe ausgesetzt ist.

Dies gilt selbst angesichts der Vermutung, daß die Beschuldigten der Eröffnung eines Hauptverfahrens guten Mutes entgegensehen könnten. Wenn ihr Optimismus zutrifft, würde das Verfahren sogar jene reinigende Wirkung haben, die aus Gründen der politischen Hygiene wünschenswert ist. Die Feindseligkeit in einem Teil der Medien, die sich auf dem Umweg einer Affäre gegen die Bundesregierung richtet, würde zwar anhalten, sie verlöre jedoch ein eifrig gesuchtes und eifersüchtig gehaltenes Kampffeld.

Die Freien Demokraten, insonderheit ihr Vorsitzender Genscher, lehnen es aus begreiflichen Gründen ab, sich zu den Spekulationen im Weichbild der Europa-Wahlen vom Sonntag zu äußern. Ihr Standpunkt für den Fall der Fälle ist jedoch klar: Die Partei wird darauf bestehen, das Bundeswirtschaftsministerium zu behalten. Denn die maßgebliche Mitwirkung auf diesem Gebiet des Regierens ist der Kern der Identität, ist die Lebensreserve der FDP und bildet gleichzeitig das Hauptkettenglied der Koalition.

Der Bundeskanzler ist sich dieser Tatsache bewußt. Er hat sich das Wort von der „Re-Vitalisierung" der FDP zu eigen gemacht, während Strauß, der die Bonner Verhältnisse eher distanziert betrachtet, zumindest „keine Alternative" zum Regierungsbündnis sieht, wie er jüngst bekundete. Über die Peinlichkeit, daß die Freien Demokraten keine überzeugende personelle Alternative für die Besetzung des Wirtschaftsressorts anzubieten haben, führt das freilich nicht hinweg. Dem Kabinettsrevirement würde jedenfalls in dieser Hinsicht der Zug des Provisorischen anhaften. Die Berufung Mischnicks, von der die Rede ist, böte aber zumindest die Gewähr, daß die Personaldiskussion, die Genschers Rückzugsabsicht in Fahrt brachte, unter der Lärmschwelle bliebe.

Washington: UdSSR-Rüstung nahm 1983 zu

DW. Washington

Sowohl die Sowjetunion als auch die USA haben 1983 ihre Rüstungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich erhöht. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums erhöhte sich die sowjetische Waffenbeschaffung ohne die Einbeziehung bestimmter Personalkosten um fünf bis zehn Prozent auf umgerechnet 235 Milliarden Dollar. Ihr stand eine Zunahme der Waffenproduktion in den USA um 14,7 Prozent auf 180 Milliarden Dollar gegenüber.

Die Pentagon-Beamten wiesen darauf hin, daß keines der 18 neuen oder verstärkt produzierten Waffensysteme der UdSSR, darunter auch zwei neue Modelle interkontinentaler ballistischer Raketen (ICBM), als Reaktion auf die Rüstungsanstrengungen Washingtons zu betrachten sei, die 1981 begannen. Vielmehr seien die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die neuen sowjetischen Waffensysteme bereits zwischen 1973 und 1976 aufgenommen worden.

In den Jahren 1976 bis 1982 seien die sowjetischen Militärausgaben um jährlich rund zwei Prozent gestiegen. Während die UdSSR in den Vorjahren in die Forschung und Entwicklung von Waffen investiert habe, gingen die erhöhten *Aufwendungen* für 1983 hauptsächlich auf „die Einführung neuer und kostspieliger Waffensystem zurück". Vor allem seien mehr Mittel für Flugzeuge, Schiffe, Panzer und Raketen aufgewendet worden. Auch verbesserte Modelle der Interkontinentalraketen SS-18 und SS-19 sollen 1983 in Produktion gegangen sein.

Schon 982 Häftlinge freigekauft

WERNER KAHL, Gießen

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr bereits 982 politische Gefangene aus der „DDR" freigekauft. Damit wurden bis Mitte Juni annähernd so viele Häftlinge in die Bundesrepublik Deutschland entlassen wie sonst nur im Zeitraum eines ganzen Jahres. Das verlautete gestern auf einer Tagung des Bundesinnenministeriums im Notaufnahmelager Gießen mit den Verbänden, die ehemalige politische Häftlinge aus der „DDR" betreuen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern bestätigt, daß erneut Bewohner der „DDR" in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin Zuflucht gesucht haben, um ihre Ausreise zu erzwingen. Staatsminister Philipp Jenninger stehe daher in „fortdauerndem Verhandlungskontakt" *mit der „DDR".*

Nach jetzt vorliegenden Zahlen erhielten im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. April 25 390 Personen die Genehmigung zum Verlassen der „DDR". Die Zahl der Übersiedler ging im Mai auf 628, einschließlich der alten noch abgewickelten Fälle, zurück. In Kreisen der Bundesregierung wird jedoch für den Fall eines Besuches des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik erneut mit einer großzügigeren Ausreisepraxis für die Monate August bis Jahresende gerechnet, wobei man von einer Verdoppelung der gegenwärtigen Ausreisegenehmigungen ausgeht. Täglich melden sich gegenwärtig im Notaufnahmelager Gießen zwischen 20 und 30 Personen aus der „DDR".

Seite 2: Bedenken Moskaus
Seite 4: Mehr politische Häftlinge

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bedenken Moskaus

Von Bernt Conrad

Ginge es allein nach Helmut Kohl und Erich Honecker, dann wäre der geplante Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik schon fest vereinbart. Beide sind sich darüber einig, daß die Visite nützlich wäre und daß dafür aus Termingründen nur die zweite Septemberhälfte infrage käme. Dennoch sieht es so aus, als ob sowjetische Bedenken eine Verschiebung notwendig machen könnten.

Honecker hat intern immer wieder darauf hingewiesen, daß die deutsch-deutschen Beziehungen nicht losgelöst von der gesamtpolitischen Entwicklung zwischen West und Ost gesehen werden könnten. Das heißt im Klartext: Wenn es zwischen Washington und Moskau eisig hergeht, kann zwischen Bonn und Ost-Berlin keine freundliche Wärme herrschen.

Tatsächlich ist das von der westlichen Nachrüstung kaum beeinträchtigte und für die SED weitgehend von wirtschaftlichen Interessen bestimmte reibungslose Verhältnis zwischen Honecker und der CDU-geführten Bundesregierung Moskau schon seit einiger Zeit ein Dorn im Auge. Offensichtlich stellen *die Sowjets mit Mißfallen fest, daß ihr mitteldeutscher Junior*partner ökonomisch und politisch mit Bonn kooperiert und dabei eine früher ungewohnte Emanzipation an den Tag legt, während der „Große Bruder" selbst auf Distanz zu den USA und damit in gewisser Weise auch zu deren Hauptverbündeten in Bonn gegangen ist.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher spürte das, als er kürzlich bei einem Essen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko im Kreml die „konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" rühmte. Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" ließ diesen Absatz in der Wiedergabe der Genscher-Rede weg.

Es ist kaum anzunehmen, daß die derzeit zur Selbstisolierung entschlossene Kreml-Führung es gern sehen würde, wenn kurz vor der amerikanischen Wahl über das Fernsehen Bilder von einer freundlichen Begegnung des Bundeskanzlers mit einem der wichtigsten Ostblock-Führer auf westdeutschem Boden in die Welt gesendet würden.

Besser jetzt als nie

Von Günther Bading

Nun soll also die „besonder Schlichtung" die Tarifparteien in der Metallindustrie aus ihren Schützengräben holen. Aus eigener Kraft, so scheint es, kann die IG Metall von ihrer Alles oder Nichts-Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung für alle Metall-Beschäftigten nicht Abschied nehmen. In den Stuttgarter Verhandlungen hatte sich eigentlich schon seit 14 Tagen nichts mehr bewegt; man hätte den Schlichter ebensogut schon vor Pfingsten beauftragen könne. Da aber war die IG Metall noch nicht so weit. Die beiden Lager im Gewerkschaftsvorstand – hie die besonnenen Kräfte auf der Suche nach einem Kompromiß, dort die Ideologen des Arbeitskriegs, die wie Vorständler Hans Preiß endlich die „Diktatur des Kapitals" brechen wollten – übten sich noch im Tauziehen. *Die Ziellosigkeit tropfte von der Spitze bis in die Stuttgar*ter Bezirksleitung. In den Verhandlungen war dies zu spüren. Nichts bewegte sich mehr, trotz aller verbaler LÖsungs-Akrobatik. Bezirksleiter Ernst Eisenmann macht in seiner ersten Tarifrunde als Verhandlungsführer sicher keine schlechte Figur. Gegen Unentschiedenheit seines Vorstands konnte auch er nicht an.

Aus eigener Kraft kann sich die IG Metall nicht mehr von der Forderung nach kürzerer Regelarbeitszeit lösen, die sie selber auf die eine Frage verengt hat, ob dies nun für alle Beschäftigten nach dem Rasenmäherprinzip gelten solle, oder ob differenzierte Lösungen akzeptabel seien, die die Unterschiede zwischen mittelständigem Kleinbetrieben und Großindustrie berücksichtigen. Man kann jetzt nur noch dem Vorschlag eines Schlichters „folgen".

Gerade rechtzeitig kam die Meldung aus den Niederlanden über die Ausfüllung eines schon ein Jahr alten Rahmenabkommens, mit dem ab 1985 – bei zweijähriger Lohnzuwachs-Pause – auf dem Weg über die Veränderung der Jahresarbeitszeit rechnerisch eine 38-Stunden-Woche für die nur 400 000 Metall-Beschäftigten im ganzen Lande zustandekommt. Das Modell läßt sich nicht einfach übertragen – aber er zeigt, daß die Entflechtung von persönlicher Arbeitszeit und der Nutzungsdauer der Produktionsanlagen ein praktikabler Weg ist. Vielleicht hat Arbeitsminister Blüm recht, wenn er jetzt davon spricht, daß Tarifverträge mit Festschreibung wöchentlicher Arbeitszeiten in 20 Jahren Museumstücke sind.

Niederlande, Niederlage

Von Rüdiger Moniac

Die selbstquälerische innenpolitische Auseinandersetzung in den Niederlanden um den Vollzug der „Nachrüstung" ist nach dem Votum des Haager Parlaments zugunsten einer Aufschiebung der Stationierung der Marschflugkörper auf niederländischem Boden um fast zwei Jahre für die nächste Zeit lediglich vorläufig entspannt, wird aber weiter schwelen und letztlich vor dem neu angesetzten Termin abermals scharf aufflammen. Die Koalition unter Lubbers hat sich mit dem Votum im Parlament also nur eine Atempause verschafft.

Das Muster dieses Streits in diesem kleinen NATO-Land hat sich damit seit Beginn der Diskussion um den Doppelbeschluß nicht verändert. Die Niederlande sind aufgrund ihrer kirchlichen Traditionen, die tief in die politischen Parteien hineinwirken, nicht in der Lage, in einer Frage, die die militärische Nutzung der Atomenergie zur Friedenserhaltung einschließt, eine breite Zustimmung der Bevölkerung herbeizuführen. Das Atom spaltet die Nation und läßt die Gefühle der Abscheu und moralischen Entrüstung hoch aufwallen. Diese Tatsache muß das westliche Bündnis in Rechnung stellen und sich darauf vorbereiten, daß die Niederlande wahrscheinlich ihren Teil der Verantwortung im Vollzug der nuklearen Militärpolitik der Allianz nicht werden tragen können.

Dies verheißt Gefahr. Vor allem deshalb, weil der Vorgang im Parlament von Den Haag der Sowjetunion anzeigt, daß die von Gromyko kalkulierte Rechnung, mit Hilfe der westlichen „Friedensbewegung", auf die der Kreml besonders in den Niederlanden verdeckt einen nicht unmaßgeblichen Einfluß ausübt, im Grundsatz doch aufgehen kann. Im Bündnis mit innenpolitischen Kräften eines Landes vermag die Sowjetuni*on die* sicherheitspolitische Strategie des westlichen Verteidigungsbündnisses zwar nicht zu Fall zu bringen, kann sie aber nachhaltig schwächen. Gromyko wird in seiner Verweigerungspolitik gegenüber dem Westen bestärkt. Solange in den USA ein Präsident ohne ein erneuertes oder neues Mandat regiert, wird Moskau an keinen Verhandlungstisch zurückkehren.



Kampfbereite Waffenbrüder ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ist Mitteleuropa möglich?

Von Erhard Busek

Die Gemeinsamkeit der Völker Mitteleuropas und ihrer Staaten, ihre nachbarschaftlichen und zum Teil noch immer verwandtschaftlichen Beziehungen, ihr wirtschaftlicher, kultureller und geistiger Austausch – das alles hat nichts mit nostalgischem Habsburg-Mythos zu tun, sondern bleibt ein gemeinsamer europäischer Auftrag, der freilich uns Österreicher besonders betrifft. Wir haben das Glück, diesseits des Eisernen Vorhangs zu leben und daher auch die Verantwortung, an jene zu denken und für jene etwas zu tun, mit denen wir durch Jahrhunderte verbunden waren.

Warum können wir nicht eine „Politik der Nachbarländer" betreiben, die mit Sicherheit mehr konkrete Friedensarbeit und eine Weiterentwicklung der Helsinki-Konferenz enthalten kann als alle anderen Bemühungen? Wir können die gemeinsamen Wurzeln nutzen und auf der Ebene von Wissenschaft und Kunst, im Bereich der Kultur und in menschlichen Kontakten neue Formen der Begegnung entwickeln. Wir Österreicher sind immer verwundert, wenn wir feststellen, daß unsere Nachbarländer sich stärker um die Wiedergewinnung der Tradition der Donau-Monarchie bemühen als wir selber es tun. Dabei sollte sich unser Interesse nicht auf gemeinsame k. u. k.-Herrlichkeiten beschränken, sondern auf die Wiedergewinnung jener bleibenden Gemeinsamkeiten, die uns der lebendige Strom der Geschichte vorzeichnet und die wir in unserer Inselmentalität so lange vernachlässigt haben. Nicht früher waren sie unsere Nachbarn und Verwandten; nein, sie sind auch heute unsere Nachbarn, unsere Zeitgenossen, unsere europäischen Schicksalsgenossen. Wir sollten daher eine Politik der Nachbarschaft entwickeln, die an gemeinsame Wurzeln erinnert, auf Nostalgie verzichtet und jenen Spielraum ausnützt, der neben der offiziellen Politik in der Wissenschaft, in Kunst und Kultur, bei der Jugend, zwischen den Kirchen und Bildungseinrichtungen möglich ist.

Mitteleuropa ist nach wie vor bei uns, und nicht an der Atlantikküste zu finden. Existiert dieses Mitteleuropa überhaupt noch? Die Frage ist nicht so unberechtigt. „Realpolitisch" gesehen, existiert Mitteleuropa heute nicht mehr. Dort wo es einmal lag, stoßen heute in aller Härte die Grenzen von Ost und West aufeinander und schaffen zwei voneinander völlig getrennte Lebenswelten. Dort, wo einst die Mitte war, ist heute Grenzland. Die bestimmenden Zentren dieser Lebenswelten liegen weit im Westen und weit im Osten. Mitteleuropa als der geographische und als der geistige Raum, in dem die Synthese des romanischen, germanischen und *slawischen* Europa stattfand, ist exzentrisch geworden. Es ist, wenn wir es in aller Härte aussprechen sollen, Provinz geworden. Eine Anzahl von Provinzen, die von den anderen Zentren aus gesteuert werden.

Das ist der sogenannte „realpolitische" Befund. Aber wir wissen, daß die Realpolitik auch manchmal blind ist gegenüber anderen Wirklichkeiten. Realpolitik glaubt an die Realität der Macht, sie übersieht aber oft die Macht der Realität. Geschichte ist eine solche Realität, Geographie ist eine Realität, gemeinsame Kultur ist eine Realität. Daher ist also dieses Mitteleuropa tatsächlich Realität und wir wollen es daher ohne Illusionen suchen.

Wir können gar nicht anders als die hier verlaufende West-Ost-Grenze und *die damit gegebene* Teilung unseres Kontinents so real wie möglich zur Kenntnis zu nehmen. Wir können die großen weltpolitischen Trennungslinien nicht ändern; wir können uns auch nicht die geographische Lage aussuchen und etwa gegen unsere Geschichte austauschen. Beide sind miteinander verbunden, und mit beiden, mit Geographie und Geschichte, haben wir in Österreich übrigens Glück gehabt.

Aber wenn wir schon die Trennungslinie *nicht* ändern können, wenn wir schon glücklicherweise auf der günstigeren Seite dieser Trennungslinie leben, dann muß von uns der Impuls ausgehen, die europäische Gemeinsamkeit im Historischen und Geistigen, die den mitteleuropäischen Raum immer verbunden hat, wachzuhalten. Diese europäische Gemeinsamkeit ist keine versunkene Tradition, sondern sie verbindet immer noch und in viel stärkerem Maße als wir im Westen es glauben. Der Papst-Besuch in Wien hat uns das wieder vor Augen geführt, und auch hier wurde nicht nur eine konfessionelle, katholische Gemeinsamkeit, sondern das allgemein europäische Erbe angesprochen.

Diese europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der *Wissenschaft*, in der Kultur, in der Kunst überdauert auch die Verschiedenheit unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme. Das jahrtausendealte europäische Gespräch auf dieser Ebene nicht abreißen zu lassen, sondern immer wieder aufzunehmen und immer wieder anzuknüpfen – eine solche Haltung leistet vielleicht mehr für den Frieden als sich gegenseitig die Atomsprengköpfe vorzuzählen.

GAST-KOMMENTAR



Erhard Busek ist Vizebürgermeister von Wien und ÖVP-Landesvorsitzender in der österreichischen Hauptstadt. FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Horst Groepper

Ein unbequemer Patriot

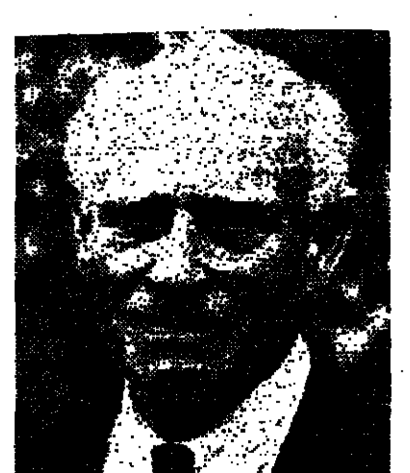
Von Ingo Urban

Den Parteien ist er unbequem, weil er sie unablässig mit seiner Meinung traktiert: daß die von allen deutschen Bundesregierungen angestrebten westeuropäische Integration mit dem Gebot des Grundgesetzes *nach der Wiederherstellung* der Einheit und Freiheit Deutschlands unvereinbar ist.

Botschafter a.D. Horst Groepper, Sohn eines im Ersten Weltkrieg gefallenen Offizieres und strenggläubiger Katholik, geboren in Kiel und aufgewachsen in Münster, steht in der Tradition einer bestimmten Richtung der preußischen beziehungsweise deutschen Außenpolitik, die von Friedrich dem Großen über Bismarck bis zu Stresemann reicht und ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu Rußland als Voraussetzung für die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes betrachtet.

In den Jahren von 1939 bis 1941 war er unter Friedrich Werner Graf von der Schulenburg als Legationssekretär in Moskau. Von 1956 bis 1960 war er als Botschaftsrat in Moskau - 1956 richtete er unauffällig und umsichtig die neue deutsche Botschaft in Moskau ein, an der er dann bis 1960 als Botschaftsrat tätig war.ein. Seine glänzenden, knappen Analysen über die Sowjetunion las auch Adenauer wohlwollend interessiert. Adenauer soll es auch gewesen sein, der als 1962 ein Wechsel in Moskau notwendig wurde, gesagt habe: „Schicken'Se doch den Groepper!" In dieser Position - als Botschafter in Moskau - war bis 1966 tätig.

Dieser kühl, diskret und nüchtern wirkende Jurist, ein Mann der geräuschlosen, harten Schreibtischarbeit kennzeichnet, ging 1973 in den Ruhestand - zuletzt Botschafter in Dublin und davor in Ankara. Seit dieser Zeit wendet er seine geistige Kraft auf die Frage, wie die Teilung *Deutschlands* überwunden werden könne. In zahlreichen Vorträgen, besonders vor den Deutschen Burschenschaften sowie Artikeln und Interviews im In- und Ausland vertritt er den von ihm als einzig richtig bezeichneten Weg zur Wiederherstellung Deutschlands in seinen alten Grenzen - das heißt einschließlich Ostdeutschlands. Groepper sieht ihn in einem neutralisierten Status Gesamtdeutschlands als Gegenleistung für die Bereitschaft der Sowjetunion das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes anzuerkennen.



Will die Teilung überwinden: Botschafter a.D. Horst Groepper FOTO: URBAN

Am Sonntag, am Tag der Deutschen Einheit, feiert der Botschafter a.D. seinen 75. Geburtstag. Sein Vorbild, das ihn prägte war Graf von der Schulenburg, der wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 schmählich gehenkt worden ist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

FINANCIAL TIMES

Zum Thema Raketenabwehr im Weltraum schreibt die Londoner Zeitung:

Die erfolgreiche Abwehr einer im Flug befindlichen amerikanischen ballistischen Militärrakete durch eine andere ist ein spektakuläres Beispiel der Kunststücke, die Hi-Tech-Zauberei zustandebringt. Aber es rechtfertigt nicht die Weiterentwicklung einer auf der Abwehr ballistischer Raketen (BMD) aufbauenden Militärstrategie, auf die sich die Reagan-Regierung offensichtlich versteift, die aber immer gefährlich sein wird ... Die Entwicklung einer auf der Abwehr ballistischer Raketen basierenden Strategie, nur aus dem Gefühl heraus, daß sie akzeptabel sein könnte, ist gefährlich, weil man damit das nukleare Kräfteverhältnis entstabilisiert.

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt schreibt über den Zwist Karajans mit den Berliner Philharmonikern:

„Mit tausend Freuden" hat Herbert von Karajan einst in einem berühmt *gewordenen Zitat* sein Engagement als Chefdirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters angetreten. Es endet jetzt in tausend Leiden, die von feinen Nadelstichen oder groben Keilen ausgehen. Die jüngsten Entwicklungen ... lassen keinerlei Zweifel mehr zu: Es führt kein Weg zurück. Die Ehe Karajan/Orchester ist kaputt, und wenn sie nichtgeschieden wird, so wird sie jedenfalls nicht ehr vollzogen. Was bleibt, ist eine kühle Vollstreckung auslaufender Verträge, ist bestenfalls ein „Dienst nach Vorschrift" von beiden Seiten. Begonnen hat alles mit dem *Machtkampf* um eine Frau, die Klarinettistin Sabine Meyer. Der Streit um ihr Probejahr und um die Rechte des Orchesters gegenüber den Rechten und Aufgaben des künstlerischen Leiters war nur scheinbar entschärft, als Sabine Meyer das Handtuch warf. In Wirklichkeit begann nun erst recht der philharmonische Grabenkrieg, der längst den musikalischen Sphären entrückt und in kommunalpolitische Bereiche verlagert worden ist. Daß Eberhard *Diepgen zu Pfingsten gen* Salzburg und Karajan pilgerte, war deshalb nur konsequent. Nach Canossa wollte er nicht wallfahren, ein Waterloo wollte er nicht erleben. Es war ein letzter Versuch, in Sorge um die Zukunft des Berliner Orchesters die Götter gnädig zu stimmen.

LE SOIR

Zum Verhältnis zwischen sowjetischen und italienischen Kommunisten nach dem Tod Berlinguers heißt es in diesem belgischen Blatt:

Enrico Berlinguer wird also nicht nach Moskau reisen, wo er kurz nach den Europawahlen am kommenden Sonntag erwartet wurde. Michail Gorbatschow hat dagegen, wie man sagen könnte, auf diese Weise die Gelegenheit erhalten, seine erste Reise in den Westen als die Nr. 2 des Kreml zu machen. Diese Reise, die mitten während des Comecon-Gipfels stattfindet und zu einem Zeitpunkt, zu dem die *sowjetischen Führer nicht mehr die* Gewohnheit haben, sich im Westen zu zeigen, hat nichts Protokollarisches an sich. Die Reaktion Moskaus auf den Tod des „Roten Marquis" ist weniger ein Zeichen für tiefe Trauer als für einen politischen Plan. Die Anwesenheit Gorbatschows, einer viel wichtigeren Persönlichkeit, als man wegen der Schärfe des Konflikts erwartet hatte, zeigt den Willen Moskaus, sich für die „Nach-Berlinguer-Zeit" alle Optionen offenzuhalten. Die Zurückhaltung des Kreml zum Zeitpunkt des Todes Berlinguers reicht nicht aus, die Bedeutung seines *Erbes* zu schmälern. Von den *zehn Männern und einer Frau*, die sich um die Nachfolge Berlinguers bemühen, scheint niemand geneigt zu sein, die Italienische Kommunistische Partei ins sowjetische Fahrwasser zurückzusteuern.

Von der Kunst des Ausklammerns und ewigen Überprüfens

Wie sich Parteien und Ministerien am Thema Elbgrenze festhalten / Von Helmut Kamphausen

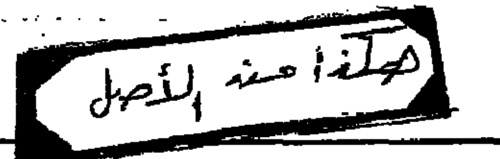
Nach der letzten Sitzung der gemeinsamen Grenzkommission am 5. und 6. Juni in Hameln drängt sich dem politischem Beobachter *der Eindruck auf, daß das Problem* der Feststellung der innerdeutschen Grenze im Elbeabschnitt nicht nurmehr ein deutschlandpolitisches Problem ist.

Zu Beginn der Sitzung – es war die 69. seit 1973 – protestierte der Leiter der „DDR"-Delegation, Volkmar Fenzlein, gegen die öffentliche Feststellung westdeutscher Politiker, daß die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" im Elbeabschnitt am Nordostufer des Flusses verlaufe. Fenzlein forderte energisch endlich mit den Verhandlungen über die *Feststellung* der Grenze in diesem Abschnitt in der Mitte des Flusses zu beginnen. Die Leiterin der Bonner Delegation, Ministerialrätin Irmgard von Rottenburg, beantwortete den Protest und die Forderung des Ostberliner Diplomaten erst am zweiten Tag der Sitzung. Sie stellte fest, daß die „Gesamtproblematik überprüft" werde. Diese Formulierung der *Ministerialrätin aus dem* Bundesinnenministerium stellt eine neue Variante im Umgang miteinander in der Grenzkommission dar. Bisher wurde auf Fragen der „DDR"-Delegierten nach dem Grenzverlauf im Elbeabschnitt immer nur dilatorisch geantwortet, daß die Grenze nach den Alliierten-Unterlagen nicht eindeutig festliege und demzufolge eine Feststellung ihres Verlaufes nicht vorgenommen werden könne.

Die Ständige Konferenz der Staatssekretäre unter Leitung des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Phillip Jenninger, hatte sich bereits *Anfang* Mai *dieses Jahres* darauf geeinigt, in Zukunft Anfragen zur Elbegrenze mit dem Hinweis auf die Prüfung der Gesamtproblematik zu beantworten. Das Bundeskanzleramt beantwortete dann auch eine Anfrage des ständigen Vertreters der „DDR" in Bonn, Botschafter Ewald Molt, zur Elbgrenze in dieser Form, obwohl die Grenzkommission noch immer mit der *Klärung des Verlaufs der Gren*ze im Elbeabschnitt beauftragt ist. Nach dem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag sollen die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin erst dann mit Fragen der Grenzfeststellung befaßt werden, wenn eine Einigung in der gemeinsamen Grenzkommission nicht möglich ist. Die Beantwortung der Frage des ständigen Vertreters der „DDR" in Bonn zum Elbegrenzverlauf hätte demzufolge nur in der gemeinsamen Grenzkommission erfolgen dürfen.

Ist allein schon diese Einschaltung des Bundeskanzleramtes in *die Arbeit der Grenzkommission* verwirrend, so wirkt die Formulierung, man werde die „Gesamtproblematik überprüfen", noch verwirrender. Damit wird die Elbegrenzfrage aus dem deutschlandspolitischen in den innenpolitischen Bereich verlagert. Die von der Konferenz der Staatssekretäre übrigens nach vielerlei Änderungen gefundene Formulierung von der Prüfung der *Gesamtproblematik*, muß zwangsläufig den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen desavouieren. Dr. Ernst Albrecht hatte schon immer, gestützt auf wissenschaftliche Gutachten, die Ansicht vertreten, daß die Grenze seines Bundeslandes zur „DDR" *im Elbeabschnitt zwischen* Schnackenburg und Lauenburg am Nordostufer des Flusses verlaufe. Noch rund vier Wochen vor der 69. Grenzkommissionssitzung sagte er in einem Fernsehinterview: „Die Landesregierung hat schon zu Zeiten der Regierung Schmidt klar gesagt, daß die Grenze am *Nordost*ufer der Elbe verläuft. Das ist, wie mir scheint, eindeutig belegt durch die Unterlagen aus der Zeit 1944/45. Damals ist die Grenze von den Besatzungsmächten gezogen worden, und wir halten uns an das, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, nämlich, daß diese Grenze nicht verändert werden kann. Sie kann nicht von der Bundesrepublik *Deutschland* und der „DDR" festgesetzt werden..."

Die Haltung der Bundesregierung, jedenfalls des Bundeskanzleramtes und der Bonner Delegationen der Grenzkommission steht im krassen Gegensatz zur Auffassung der CDU/CSU-Fraktion in der Opposition bis 1982. Damals hat gerade das Festhalten an einer Grenzfeststellung am Nordostufer der Elbe durch das Land Niedersachsen und durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu geführt, daß die Dokumentation der gemeinsamen Grenzkommission vom November 1978 den Elbeabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg, insgesamt 93,7 Kilometer lang, ausklammern mußte. Die Grenzkommission blieb seither beauftragt, in dieser Frage weiter tätig zu bleiben.



Der Bundespräsident, dessen Amtszeit am 30. Juni endet, besuchte die Redaktion der WELT

Carstens: Sehr viele Bürger kommen in den Medien nicht zur Geltung

Von MANFRED SCHELL

Bundespräsident Karl Carstens, der am 30. Juni aus dem Amt scheidet, hat konkrete Vorstellungen, was er dann als „Privatmann" tun wird, losgelöst von politischen und protokollarischen Rücksichtnahmen, die einem Staatsoberhaupt auferlegt sind. Im Kreis von WELT-Redakteuren sagte er: „Ich möchte ein oder zwei Bücher schreiben über Themen, die zwischen Politik und Verfassungsrecht angesiedelt sind."

Memoiren im eigentlichen Sinne wird es aus seiner Feder vorerst nicht geben. Vorlesungen möchte der Verfassungsrechtler nicht halten, obwohl er Einladungen dazu hat. Vor allem seine alte Fakultät in Köln hat ihn „sehr bekniet". Noch in diesem Jahr, spätestens jedoch 1985, will Karl Carstens gemeinsam mit seiner Frau Veronica den anderen Teil Deutsch*lands besuchen und damit in ande*rem Rahmen nachholen, was ihm im Amt des Bundespräsidenten nicht möglich gewesen ist.

Ob er, wie bei uns, in der „DDR" wandern wird? Carstens kennt die Risiken, die damit verbunden sein könnten, und er macht sich deshalb keine großen Hoffnungen. „Wenn das unter solchen Begleitumständen vor sich gehen würde wie der Besuch von Helmut Schmidt in Güstrow, dann verzichtet man lieber."

Der Protestant Carstens hätte gern im Luther-Jahr die „DDR" besucht. Aber nachdem durchgesickert war, daß er aus grundsätzlichen politischen Gründen nicht an der offiziellen Luther-Feier in Ost-Berlin teilnehmen werde, zerschlug sich auch der Plan eines Besuches der kirchli*chen Feiern und der Gedenkstätten.* Seine Frau Veronica war in diesen fünf Jahren dreimal in der „DDR" und hat dort Kirchengemeinden besucht, unter anderem auch solche, zu denen die Kirchengemeinde Meckenheim, zu der Carstens gehört, ein Partnerschaftsverhältnis unterhält. Carstens: „Sie hat hochinteressante und wunderbare Eindrücke mitgebracht."

SED-Generalsekretär Erich Honecker, der bald zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland erwartet wird, kennt Carstens aus zwei Begegnungen in Belgrad und in Moskau, als sie beide an den Beisetzungsfeierlichkeiten von Tito und Breschnew teilgenommen haben.

In Belgrad, so erinnert sich Carstens, „saßen wir auf einer Bank bei brüllender Hitze mehrere Stunden nebeneinander". Die Begrüßung war förmlich steif: „Guten Tag, Herr Carstens." „Guten Tag, Herr Honecker." *Der SED-Generalsekretär habe* gemeint, keiner von ihnen hätte sich träumen lassen, daß sie einmal „Seite an Seite" sitzen. Carstens: „Das war *nicht vorhersehbar." Honecker: Die* Realitäten müßten akzeptiert werden. Carstens: „Es kommt ja, was uns beide betrifft, noch hinzu, daß wir beide Deutsche sind." Und dann habe sich daraus ein stundenlanges Gespräch entwickelt „über das, was ich mit meinen Worten das gemeinsame kulturelle Erbe nennen möchte. Er hat berichtet von dem, was sich tut in Weimar, Dresden, in Potsdam und in Berlin, in den Stätten deutscher Kultur. Ich habe ihm mein Kompliment gemacht für eine Aufführung von Goethes Tasso, die ich kurz zuvor noch als Bundestagspräsident im Deutschen Theater in Ost-Berlin gesehen hatte. Ich mußte ihm sagen, daß ich in all den Jahren, in denen ich bis dahin in der Bundesrepublik Deutschland ins Theater gegangen *bin, keine klassische Aufführung* erlebt habe, die so frei war von jedem Versuch einer ideologischen Verfremdung."

Ein zweites Gespräch, und Carstens beschränkt sich auch diesmal auf die Schilderung der „atmosphärischen Begleiterscheinungen", habe es dann anläßlich des Todes von Breschnew in Moskau gegeben. Car*stens: „Ich habe an beide Gespräche* keine unangenehme Erinnerung."

Auf die Frage, wie Honecker protokollarisch behandelt werden sollte, wenn er in die Bundesrepublik Deutschland kommt, übt Carstens große Zurückhaltung. Er will weder seinen Amtsnachfolger noch die Bundesregierung binden. Aber, so sagt Carstens, „man muß die Konsequenzen bedenken", wenn man Honecker „nach Bonn einlädt", auch was einen späteren Gegenbesuch angeht.

Er denke, so sagte Carstens, daß Honecker gerne ins Saarland reisen würde. Das habe er ihm damals gesagt. Auch andere Städte würden sich *für einen solchen Aufenthalt* anbieten. Carstens: „Ich kann mir vorstellen, daß das ein gut verlaufender Besuch wird. Hoffentlich ist die allgemeine Lage so, daß die Auspizien auch im Herbst noch günstig sind dafür."

Der Bundespräsident, dessen letzte Amtstage überfüllt sind mit Terminen, hat in den fünf zurückliegenden Jahren in sehr vielen Ansprachen versucht, den Menschen Mut zu machen, ihnen ein Stück Optimismus zu vermitteln. Was hat ihm Grund zum Optimismus gegeben? Carstens sagt, er sei „von Natur optimistisch". „Aber ich habe mir auch gesagt, daß ich, wenn ich in den Chor derer einfallen würde, die Düsteres und Düsterstes glauben vorhersagen zu müssen, daß ich dann im Grunde niemandem einen *guten Dienst* erweisen würde."

Er habe schon bald nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten festgestellt, „daß sehr viele Bürger in unserem Lande, die in den Medien nicht zur Geltung kommen, im Grunde wesentlich gelassener und zuversichtlicher in die Zukunft blicken als diejenigen, die sich – vor allem in den elektronischen Medien – mit den Fragen der Politik auseinandersetzen". Er habe dies auch den Intendanten gesagt.

Carstens hat bei seinen Wanderungen quer durch die Republik, vor allem im Gespräch mit unzähligen Ju*gendlichen, mancherlei Kritik gehört.* Er erzählt im Kreis der WELT-Redakteure eine „kleine Geschichte". Als Bundespräsident habe er eine Schülerinitiative aus Stuttgart ausgezeichnet. Sie besteht aus zwölf Oberschülern, die sich zusammengetan haben, um türkischen Schülern Nachhilfeunterricht zu geben. „Ich meine, da braucht man keine Kom*mentare abzugeben, das ist einfach* fabelhaft." Er habe die Schüler nach Bonn eingeladen und sie gefragt: „Hat das denn irgendeine Resonanz gefunden in der Presse oder im Fernsehen?" Der junge Mann, der das organisiert habe, habe ihm erklärt: „Wir haben uns zwar einige Male darum bemüht, aber das war ergebnislos. Wären wir dagegen hingegangen, so sagte er, und hätten zehn Autos angezündet, dann hätten wir öffentliche Aufmerksamkeit gehabt." Carstens: „Er sagte das nicht bösartig, er traf eine Feststellung."

Den Bundespräsident stört das Zerrbild von der Jugend, das in (elek*tronischen)* Medien verbreitet wird. „Ich komme mit vielen jungen Leuten zusammen, die in der Presse, in den Medien keine Rolle spielen." Der Bundespräsident nennt als Beispiel dafür die letzte Meisterfeier der Handwerkskammer Düsseldorf, auf der 2000 junge Handwerksmeister „freigesprochen" worden sind. „Die sind Anfang zwanzig, und sie stehen in diesen Jahren auf eigenen Füßen." Sie hatten „eine positive Einstellung zum Leben überhaupt, zu ihrem Beruf, auch zur freiheitlichen Gesellschaft und Verfassungsordnung". Natürlich „hatten die auch Kritik zu üben, aber nicht so, daß die Kritik *allesbeherrschend war*".

Die Wanderungen haben Carstens nicht nur populär gemacht, sie haben ihn auch mit Tausenden von Bürgern *in direkten Kontakt* gebracht. Auf anderem Wege wäre dies nicht möglich gewesen. Der Bundespräsident weiß aus diesen Gesprächen, wie „bedrükkend" *die Arbeitslosigkeit empfun*den wird, und zwar nicht nur von denen, die keinen Arbeitsplatz haben. „Auch die anderen empfinden das als *eine beunruhigende Erscheinung* der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, und dafür habe ich volles Verständnis."

Dies gelte in besonderer Weise für Jugendliche, die entweder arbeitslos seien oder keine Ausbildungsstelle gefunden haben. „Ich bin ja nicht mü*de geworden zu sagen, daß* unser Staat und unsere Gesellschaft die Pflicht haben, allen jungen Schulabgängern, die einen Ausbildungsplatz suchen, dazu auch zu verhelfen." Nicht unbedingt in dem gesuchten Fachgebiet. Aber so wie der Staat im Prinzip Abiturienten einen Studienplatz zur Verfügung stelle, so habe er auch diese Aufgabe zu erfüllen.

Das „Thema Schule" habe auf allen Wanderugnen „eine große Rolle gespielt", berichtet der Bundespräsident. Dabei sei die Sorge laut geworden, die junge Generation werde in den Schulen in einer Weise beeinflußt, „die sich teils gegen die Eltern richtet, teils aber auch gegen fundamentale Wertvorstellungen, die uns als unabdingbar gelten". Die Sorgen um den Frieden, die Umweltschäden seien weitere Themen dieser „Bürgergespräche" gewesen. „Angst ist mir weniger begegnet, als man das vielleicht hätte erwarten können. Ich sehe jetzt zu meiner Freude, daß dieses Angstphänomen abzuklingen scheint, daß heute weniger Menschen Angst haben vor dem Ausbruch eines Krieges als noch vor ein oder zwei Jahren." Aber er nehme die Sorgen ernst.

Was die „Bürger beglückt und hochhält", so sagte Carstens aufgrund seiner Erfahrungen, „ist der Kontakt untereinander, die Gesellig*keit". Er sei durch viele Gemeinden* gewandert, „in denen es mehr Vereinsmitglieder als Einwohner gibt. Anständigerweise ist man in mindestens drei Vereinen." Da „wird unendlich viel Gutes getan. Da wird ehrenamtlich in der Freizeit ein Sportplatz gebaut, da ist ein großes soziales Engagement festzustellen und auch viel Gemeinsinn." Der Bundespräsident will damit sagen: Die Gemeinschaft, die Jugend ist intakt.

Die Deutschlandpolitik hat Carstens in all den Jahren bewegt. „Lassen Sie mich dazu etwas in Form einer kleinen, aber wahren Geschichte beisteuern", sagt der Bundespräsident. „Ich habe den Kultusministern, die jedes Jahr bei mir waren, gesagt, ich würde es sehr begrüßen, wenn die Schulabgänger die dritte Strophe des Deutschlandliedes kennen würden." Ihm sei bei Schulbesuchen wiederholt aufgefallen, „daß die den Text nicht kennen". Die Kultusminister *hätten ihm gesagt, das sei längst* angeordnet, aber werde nicht eingehalten. Da habe er die „zugegeben leichtfertige Bemerkung gemacht, ob man nicht die Aushändigung des Abgangszeugnisses davon abhängig machen könnte, daß die Schüler die paar Textzeilen kennen".



Als Gast in der WELT-Redaktion: Bundespräsident Karl Carstens

Mehrere kritische Briefe habe er erhalten. Die Absender eines besonders scharfen Schreibens seien zu ihm in die Villa Hammerschmidt ein*geladen worden. Zwei Stunden lang* habe er hier mit den Schülern diskutiert. „Ich habe diesen ganzen Schutt versucht aufzuräumen, der sich auf diesen jungen Seelen angehäuft hatte, zum Beispiel daß Hoffmann von Fallersleben ein wilder Nationalist gewesen sei." Am Schluß haben sie *mir gesagt*, „sie wären überzeugt". Für Carstens ist dies ein Beispiel dafür, daß im Gespräch mit der Jugend viele Möglichkeiten stecken. „Man muß sich nur unendlich viel Mühe geben", sagt er.

Der andauernde Arbeitskampf wird vom Bundespräsidenten als ein brisanter Vorgang gesehen, aber er glaubt an den Willen beider Seiten, zu einem „Übereinkommen" zu finden. „Etwas Dampf gehört zum gewerkschaftlichen Kampf dazu." Was hält Carstens von der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich? Der Bundespräsident bleibt auch hier neutral. Wenn das alles „auf einen Schlag passieren würde", so meint er, wäre dies nicht zu realisieren. Aber das wollten auch die Gewerkschaften nicht, wenn man ihnen genau zuhöre. Er habe andererseits auch Verständnis dafür, daß die Gewerkschaften „ein dickes Fell" gegenüber dem Argument zeigten, ihre Forderung würde den wirtschaftlichen Ruin auslösen. Die Gewerkschaften sagten, mit diesem Argument der Unternehmer hätten sie seit der Mitte des vorigen Jahrhun*derts zu kämpfen. Carstens: „Ich bin* weit davon entfernt, der einen Seite hier allein die Schuld anzulasten. Aber ich halte es für dringend notwendig, daß der Arbeitskampf ein Ende findet."

Er habe registriert, daß sich die deutschen Gewerkschaften dem tech*nischen Fortschritt nicht grundsätz*lich versagten. Technologischer Rückstand, zum Beispiel in einigen Bereichen der Elektronikindustrie, „das können wir unmöglich den Gewerkschaften ankreiden".

Der Bundespräsident, der mit öffentlichen Auszeichnungen und Eh*rungen* überhäuft wird, weiß, wie sehr ihm seine Frau Veronica geholfen hat. „Ich bin meiner Frau unendlich dankbar für das, was sie während dieser fünf Jahre geleistet hat." Da waren nicht nur die unzähligen Veranstaltungen an der Seite des Bundespräsidenten. Frau Carstens hat die Schirmherrschaft zum Beispiel für die Hilfsvereinigung Multiple Sklerose übernommen und für andere Einrichtungen. Sie hat über 10 000 Briefe geschrieben, *und zwar selbst, weil ihr* die Antworten, wie sie vom Bundespräsidialamt formuliert worden waren, „nicht warmherzig genug waren". Tausenden sei auf diesem Weg Trost zuteil geworden, auch wenn man vielen materiell nicht habe helfen können.

Der Bundespräsident hat in seiner Amtszeit, wie er schätzt, 30 000 Orden verliehen. Er habe dabei zwei Zielsetzungen verfolgt. „Ich habe gesagt, in *größerem Maße muß der kleine Mann* ausgezeichnet werden. Nicht bloß die, die sowieso im Rampenlicht stehen, sondern auch die, die im Stillen etwas Gutes bewirken." Carstens hat eine 82jährige Mutter geehrt, die seit 50 Jahren ihren schwerbehinderten Sohn pflegt. „So eine Frau, die möchte ich auszeichnen." Und er habe zweitens erreicht, „mit unendlicher Mühe", daß der Anteil der ausgezeichneten Frauen beträchtlich gestiegen ist. Sonst, so bekennt Carstens freimütig, „ist es ein mühseliges Geschäft. Es gibt ja acht Stufen des Bundesverdienstkreuzes. Und teilen Sie mal die Verdienste Ihrer Mitbürger in acht verschiedene Klassen ein!"

Am Ende der Amtszeit steht auch die Frage, ob die Kompetenzen des Bundespräsidenten richtig gewichtet sind. Carstens meint, das Amt des Staatsoberhauptes sei „gut ausgestattet". Die Verfassung stelle ja bewußt den Bundeskanzler „in den Mittelpunkt des politischen Geschehens". Er habe eine große, kontrollierte Machtstellung. Er sei nicht dafür, den Bundespräsidenten „direkt durch das Volk" wählen zu lassen. Dies würde, ohne gleichzeitig seine Kompetenzen zu ändern, „wenig Sinn machen". *Er sei auch dagegen, das* Grundgesetz ohne zwingende Gründe zu ändern. Die Frage sei berechtigt, ob „eine siebenjährige Amtszeit nicht besser wäre". Carstens: „Zwei Jahre hätte ich mir noch zugetraut, aber fünf weitere Jahre waren mir zu lang."



Karl Carstens im Gespräch mit den WELT-Redakteuren Georg Schröder, Herbert Kremp und Wilfried Hertz-Eichenrode (von links) FOTOS: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIE WAR DAS?

Als Karajan Furtwänglers Erbe antrat

Von KLAUS GEITEL

Als Wilhelm Furtwängler, Deutschlands berühmtester Dirigent, am 30. November 1954 überraschend starb, schien mit seinem Tod ein stolzes Kapitel Berli*ner Musikgeschichte zu Ende gegan*gen. Immerhin war Furtwängler seit 1922 Chef des Berliner Philharmonischen Orchesters gewesen.

Er hatte das Orchester zu einem Rang erhoben, der vielen (und nicht nur in Berlin) nach seinem Hinscheiden nicht mehr zu halten schien. Man plädierte in aller Öffentlichkeit für die Auflösung des Orchesters. Nach Furtwängler könne nichts künstlerisch Gescheites mehr kommen.

Es kam Karajan. Die Legende will, *er habe sofort nach dem Tode Furt*wänglers ein anonymes Telegramm erhalten: „Le roi est mort, vive le roi!" Karajan durfte sich zu diesem Augenblick allerdings nicht verläßlich als der einzige Anwärter auf den verwaisten Königsthron fühlen. Es gab auch andere Aspiranten: Jochum, Keilberth, Böhm, aber auch Celibidache, der einstige Helfer in der musikalischen Nachkriegsnot.

Die Zeit drängte. Berlins Elite-Orchester sah sich in der Klemme. Es *sollte im Februar 1955* seine erste Amerika-Tournee beginnen und stand nun plötzlich ohne Chefdirigent da. Karajan zeigte sich bereit, das Orchester *auf dieser wichtigen* Gastspielreise zu leiten: Unter der Voraussetzung allerdings, daß man ihn nicht als Lückenbüßer und Ein*springer betrachte, sondern vorab* zum künftigen Chef ausrufe. Am 13. Dezember 1954 beschlossen daher Orchestervorstand und Fünferrat der Philharmoniker sich an den Berliner Senat zu wenden und ihn zu bitten, in Nachfolgeverhandlungen mit Karajan einzutreten.

Karajan war freilich zu diesem Zeitpunkt schon einer der meistbeschäftigsten Maestri Europas. Er stand namentlich gerade zum fraglichen Zeitpunkt bei der Mailänder Scala unter Vertrag, wo er Wagners vierteiligen „Ring des Nibelungen" inszenieren und dirigieren sollte: Ein Riesenprojekt. Auf seine Bitte hin, entließ ihn jedoch die Scala großmütig aus seinem Vertrag.

Karajan sah sich am Ziel aller Herzenswünsche. Er sah das Berliner *Philharmonische Orchester als das* feinste Juwel in Europas musikalischer Krone. „Mit tausend Freuden" akzeptierte er daher das Berliner Angebot. Noch auf der *Amerika-Reise* trat die Orchesterversammlung zusammen und sprach sich für Karajan als neuen Chef aus: Im Grunde freilich nur noch eine Formsache des sich selbst verwaltenden Orchesters. Denn Karajan hatte schließlich den Chefvertrag zur Voraussetzung der Tournee gemacht.

Am 25. April 1955 unterzeichnete Berlins Kultursenator Joachim Tiburtius gemeinsam mit Karajan den Vertrag, der eine Auflösung nach dem 65. Lebensjahr ganz und gar ins Ermessen des Dirigenten stellte. Man kann daher von einem Vertrag auf Lebenszeit sprechen.

Dieser Vertrag verpflichtet Karajan überdies nur zu einer minimalen Tätigkeit in Berlin. Über die Jahrzehnte hin aber übererfüllte Karajan die mageren Paragraphen. Er *konzentrierte* seine Arbeit mehr und mehr auf Berlin und machte mit der Zeit die Philharmoniker zu seinem Paradeorchester. Unter seiner Leitung wurden die Philharmoniker zum meistbeschäftigten Schallplattenproduktion-Orchester der Erde.

Lambsdorff und die Bonner Spekulationen

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und die *Regierungskoalition insgesamt* werden durch die erwartete Anklageerhebung gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) vor eine schwierige Situation gestellt. Nach zuverlässigen Informationen hat es zwar im Kreis der befassten Richter der Bonner Strafkammer keine Abstimmung mit dem Ergebnis gegeben, das Hauptverfahren gegen den Minister zu eröffnen, aber es ist eine eindeutige Tendenz in diese Richtung zu erkennen. Kohl hat öf*fentlich erklärt, bei einer Anklageer*hebung könne Graf Lambsdorff nicht im Amt bleiben. Die Belastungen für ihn und die Regierung insgesamt wären zu groß. Schon jetzt wird der Minister bei öffentlichen Auftritten angefeindet.

Es stehen, wenn Kohl bei seiner Meinung bleibt, wichtige Veränderungen im Bundeskabinett bevor, die jedoch nach Lage der Dinge nur die FDP betreffen. Wer könnte Nachfolger von Lambsdorff werden? In Bonn wurde gestern am häufigsten der Name des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick genannt, der al*lerdings in früheren Zeiten wieder*holt ein Ministeramt abgelehnt hat. Für Mischnick würden mehrere Gründe sprechen. Zum einen hat er langjährige politische Erfahrung in hochrangigen Ämtern. Er hat der FDP schon einmal, im Jahr 1961, in einer schwierigen Situation geholfen. Damals weigerte sich Erich Mende, ins Kabinett Adenauer zu gehen. Mischnick wurde Vertriebenenminister bis Oktober 1963.

Zum anderen ist Mischnick inner*halb der FDP ziemlich unangefoch*ten und, was für den Kanzler ein weiteres Argument sein dürfte, gegen ihn könnte die CSU kaum Einwände erheben. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden, so hieß es in Bonn, würde dann wohl bei einem Wechsel Mischnicks ins Kabinett dem stellvertretenden Fraktionschef Hoppe zufallen. Allerdings wurde auch gestern in der Umgebung Mischnicks erklärt, dieser werde sich nicht für einen Kabinettsposten zur Verfügung stellen. Es gebe, falls *Lambsdorff* ausfallen sollte, durchaus noch andere Namen. Wiederholt war in der Vergangenheit vom Wirtschaftsexperten Cronenberg die Rede, aber dieser hatte betont, er könne mit Rücksicht auf sein Unternehmen keine weiteren Aufgaben in Bonn übernehmen.

Die Überlegungen, das Amt des Wirtschaftsministers bis zum Ende des Hauptverfahrens gegen Graf Lambsdorff etwa mit einem Staatssekretär zu besetzen oder es von Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) mitführen zu lassen, haben offensichtlich keinen realistischen Hintergrund. *Ein so wichtiges Ressort* könne die Bundesregierung gerade in der jetzigen Konjunkturphase nicht vernachlässigen. Die Freien Demokraten müssen, schon im Interesse des eigenen Ansehens, diesen Posten neu besetzen. Im Bundeskanzleramt wurde gestern die Frage gestellt, wie anders die FDP wieder Profil gewinnen sollte. Dies könne nur durch eine überzeugende Besetzung des Kabinettspostens geschehen. Andererseits würde die FDP-Basis einen Verzicht auf *das Amt nicht* akzeptieren.

Offen wird in Bonn inzwischen auch über eine bevorstehende Ablösung von Bundesjustizminister Engelhard (FDP) gesprochen. Das Ansehen Engelhards ist nicht nur in den Reihen der eigenen Partei erheblich gesunken, auch die Koalitionsparteien CDU und CSU sowie der Kanzler selbst sehen, daß der Minister wenig Ausstrahlungskraft besitzt.

Als Nachfolger für Engelhard werden hauptsächlich zwei Namen genannt. Zum einen der Spitzenkandidat der FDP bei der bevorstehenden Europawahl, Martin Bangemann, und *zum anderen der frühere* Bundesinnenminister Baum. Die Einschätzungen auch im Regierungslager gehen dahin, daß die FDP bei der Europawahl am 17. Juni kaum Chancen haben dürfte, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. In diesem Fall stünde Bangemann, früher einmal FDP-Generalsekretär, für ein Ministeramt zur Verfügung. Baum hat in den letzten Wochen, vor allem im Zusammenhang mit der Amnestie-Diskussion, Auftrieb erhalten. Er war Wortführer *der FDP-Mehrheit*, die gegen die Amnestiepläne stand und sie letztlich auch im Bundestag verhindert hat. Allerdings hat Baum auch ein Bekenntnis zur Koalition mit den Unionsparteien abgelegt.

Die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, Strauß, *Genscher* und Kohl haben sich am gestrigen Abend zusammengesetzt, um die Schwierigkeiten der Koalition zu erörtern. Die *CSU hat* wiederholt erklärt, sie könne nicht einfach einen x-beliebigen Nachfolger für Graf Lambsdorff akzeptieren. Strauß dürfte diese Positoion in dem Dreiergespräch bekräftigt haben. Die FDP hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, die Besetzung eines Ministeramtes sei ihre ureigenste Angelegenheit. Tatsächlich gibt es für das Verfahren in solchen Fällen keine Verabredungen zwischen den Koalitionspartneren. Die Frage, ob Strauß im Zuge eines Revirements nun doch noch *ein Minister*amt übernehmen wird, stellt sich zumindest aus der Sicht des Kanzlers nicht. Er denkt nicht an eine große *Kabinettsumbildung*.

Verweigerer: Zahlen gehen stark zurück

AP, Düsseldorf

Die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ist seit dem Inkrafttreten des schriftlichen Anerkennungsverfahrens Anfang dieses Jahres um 28 Prozent zurückgegangen. In einem Beitrag für die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" schrieb der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, zwischen Januar und Mai seien vom Kölner Bundesamt für den Zivildienst noch 12 000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt worden. Hintze führte den Rückgang der Anerkennungsanträge vor allem auf die Verlängerung des Ersatzdienstes auf 20 Monate zurück.

Die Bundesregierung will nach den Angaben des Bundesbeauftragten die Zahl der Zivildienstplätze um 25 000 auf 80 000 erhöhen. Dies sei vor allem deshalb notwendig, weil viele Wehrdienstverweigerer noch auf ihre Anerkennung aus dem jetzt abgeschafften mündlichen Verfahren warteten. *Nach Hintzes Angaben sollen* vor allem neue Zivildienstplätze im sozialen Bereich geschaffen werden. Als Beispiel nannte er, daß 5000 neue Plätze im Umweltbereich – dabei vor allem beim Landschafts- und Naturschutz – vorgesehen seien.

Zahl der Moslems in Polen nimmt zu

JGG. Düsseldorf

Insgesamt 2500 eingetragene Mitglieder zählt gegenwärtig der „Moslemische Kulturverband" in Polen, dessen Jahreskongreß kürzlich in Bialystok (Nordostpolen) stattfand. Wie übereinstimmend die Warschauer Zeitschriften „Perspektywy" und „Kontrasty" berichten, nimmt die *Zahl der Mitglieder dieses Verbandes* ständig zu. Außerdem: „In den letzten Jahren hat auch das religiöse Selbstbewußtsein der in Polen lebenden Moslems stark zugenommen. Das ist auf die intensiveren Kontakte zur islamischen Welt zurückzuführen", heißt es, womit die zahlreichen arabischen Studenten, Kaufleute und Diplomaten in Polen gemeint sind. Da der polnische Staat von einigen arabischen Staaten Öl und andere Waren zu ermäßigten Preisen erhält – angeführt von Libyen –, drücken die polnischen Behörden auch ein Auge zu, wenn Polens Moslems finanziell von ihren arabischen wohlhabenden Brüdern unterstützt werden.

Indien beschuldigt Pakistan und CIA

dpa, Neu-Delhi

Die indische Regierung hat den Nachbarstaat Pakistan der Unterstützung „terroristischer Aktivitäten" der Sikhs in Pandschab beschuldigt. Ein Sprecher des Innenministeriums in *Neu-Delhi* sprach von einer *Beteiligung* von „Nachbarn" und „ausländischen Mächten" an den Auseinandersetzungen in Pandschab. Die indi*sche Presse warf gestern Pakistan of*fen vor, die Sikh-Extremisten nicht nur mit Waffen, sondern über paramilitärisches Training unterstützt zu haben. Den Sikhs, sagen die Zeitungen, habe der US-Geheimdienst CIA hilfreich zur Seite gestanden. Ziel der Aktionen sei es gewesen, den offenen Kampf gegen die Regierung in Neu-Delhi zu führen und einen Staat Khalistan zu schaffen.

Tod auf Verlangen „darf es nicht geben"

AP, Köln

Gegen die Zulassung der sogenannten aktiven Sterbehilfe hat sich der Vorsitzende des Marburger Bundes, Jörg Hoppe, ausgesprochen. Der Vertreter der Klinikärzte warnte gestern nachdrücklich davor, den „Tod auf Verlangen" unter bestimmten Voraussetzungen „für den tötenden Arzt von einer Strafandrohung auszunehmen". Hoppe betonte, man müsse grundsätzlich davon ausgehen, daß auch schwerkranke Menschen weiterleben wollten und die Hoffnung hätten, von einer Krankheit wieder zu gesunden. Hoppe: „Hilfe beim Sterben ist ethische und berufliche Pflicht eines Arztes, Hilfe zum Sterben *im Sinne der Tötung eines* Menschen darf es niemals geben."

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler. Verantwortlich für Anzeigen: Dietrich Windberg. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„DDR": Zahl der politischen Häftlinge stark gestiegen

Verfolgung bei Ausreisewunsch und Friedensengagement

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Zahl der politischen Häftlinge in der „DDR" ist nach den neuesten Erkenntnissen der Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August" in den vergangenen zwei Jahren stark angestiegen. Die Arbeitsgemeinschaft, die sich auf zahlreiche Aussagen haftentlassener ehemaliger „DDR"-Bewohner stützt, spricht heute von rund 9500 politischen Häftlingen in 55 Strafvollzugseinrichtungen und 36 Untersuchungshaftanstalten. 1982 waren in der *„DDR" etwa 5000 Män*ner und Frauen aus politischen Gründen inhaftiert.

Die Zunahme der Verurteilungen und Inhaftierungen betrifft derzeit besonders Personen, die sich in Zusammenschlüssen für ihre Ausreise eingesetzt haben oder der „autonomen Friedensbewegung" angehören. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der wegen Fluchtversuche Verurteilten, die 1982 noch 60 Prozent aller Verurteilungen ausmachte, heute aber nur noch in rund 40 Prozent aller Fälle zu einer Haftstrafe führt.

Unter starker Verfolgung durch die „DDR"-Justiz leiden derzeit insbesondere Inhaber des sogenannten „PM 12-Ersatzpersonalausweises", die gegen schikanöse Auflagen, den Wohnsitz nicht zu verlassen oder sich regelmäßig bei der Volkspolizei zu melden, verstießen.

Politische Abweichler werden so nicht nur unter ständiger Kontrolle gehalten, sondern auch nach Paragraph 214 des „DDR"-Strafgesetzbuches wegen „Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit" verurteilt, wenn sie den auferlegten Pflichten nicht genügen.

Dennoch kommt die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" zu dem Schluß: „Viele DDR-Bürger, vor allem die Generation zwischen 18 und 28 Jahren, lassen sich nicht abhalten, die Einlösung von durch Verfassung und internationalen Vereinbarungen garantierten Rechten erforderlichenfalls demonstrativ zu fordern, auch in Einschätzung der Gefahr, verhaftet zu werden und nur über den Umweg einer Verurteilung von sechs bis 12 Monaten ausgesiedelt zu werden."

In den „DDR"-Haftanstalten, so berichteten die Haftentlassenen gestern in Berlin, haben sich die Haftbedingungen eher verschlechtert. Vor allem beanstanden die Häftlinge die vitaminarme Ernährung, die häufig Ursache von Krankheiten sei, mangelnde Hygiene, hohe Arbeitsnormen mit veralteten Maschinen und unzureichende Arbeitsschutzmaßnahmen, die zu relativ vielen Arbeitsunfällen führen.

Berichten zufolge sind derzeit vor allem sämtliche Frauenhaftanstalten in der „DDR" völlig überfüllt. Die im April dieses Jahres nach West-Berlin entlassene Ostberliner Verkäuferin Sybille Krenz (33) berichtete gestern, die weiblichen Häftlinge in der Strafvollzugsanstalt Halle seien in 15-Personen-Zellen untergebracht, die zumeist mit 20 Frauen belegt seien. Als sich Sybille Krenz über kaltes Essen beschwerte, *habe man sie drei* Tage lang in Einzelhaft, mit Händen und Füßen an das Bett gekettet, so daß sie weder ihre Notdurft verrichten noch Lebensmittel zu sich nehmen konnte.

„Ein rechtspolitischer Rückschritt"

Anwälte und Richter lehnen die Koalitionspläne zum Unterhaltsrecht ab

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Auf einmütige Ablehnung in der Anwaltschaft und bei den Richtern sind die Vorschläge der „Rechtsexperten der Koalition" zur Änderung des Unterhaltsrechts gestoßen. In einer gestern veröffentlichten gemeinsamen Erklärung des Deutschen Anwaltvereins (DAV), des Deutschen Richterbundes und des Familiengerichtstags wird insbesondere daran Anstoß genommen, daß Scheidungsverfahren aus der Zeit nach Inkrafttreten der sozialliberalen Eherechtsreform (1977) selbst dann wieder aufgerollt werden können, wenn sie rechtskräftig abgeschlossen sind.

Anwälte und Richter „appellieren" an die Bundesregierung, das, was sie ändern wolle, sorgfältig zu prüfen. „Ein rechtspolitischer Rückschritt in erneute Unsicherheit mit entsprechender Belastung der Justiz, der Anwaltschaft und Verunsicherung der *Rechtssuchenden ist nicht zu recht*fertigen. Das Verschuldensprinzip darf nicht über das Unterhaltsrecht erneut Eingang in das Scheidungsrecht finden. Änderungen des Unterhaltsrechts ... dürfen nicht dazu führen, daß nur wegen der Unterhaltsregelung die Parteien gezwungen sind, an einer inhaltlos gewordenen Ehe festzuhalten."

Im Kern geht es um zwei Anliegen der Koalitions-Juristen:

1. Durch strengere Maßstäbe an die „Pflichten" des Unterhaltsberechtigten – das ist regelmäßig die Frau – soll „größere Einzelfallsgerechtigkeit" für den Mann erzielt werden.

2. In „Fällen von Gewicht" soll auch rückwirkend die Unterhaltszumessung geändert werden können.

Mit höheren Anforderungen an das Wohlverhalten der Frau wird in dem Entwurf nach Meinung einer Reihe von Scheidungsanwälten, die von der WELT hierzu befragt wurden, nicht nur die ohnehin vorhandene Tendenz der Gerichte festgeschrieben, in Fällen von Drittbeziehungen der Frau den Unterhaltz zu reduzieren. „Das ist ein klarer weiterer Ruck hin zum Verschuldensprinzip", war die gehörte Meinung. „Denn welche Pflichten der Frau sollen gemeint sein, wenn nicht die ehelichen?"

Auf noch größere Bedenken stößt die geplante Rückwirkung. Zur Klarstellung: Die Rechtsexperten der Koalition denken nicht daran, daß bei einer Änderung der Unterhaltszumessung das bislang Gezahlte zurückerstattet werden muß. Jede Änderung soll nur für die Zukunft (ex nunc) gelten. Aber der Tatbestand, auf den sich die Unterhaltszumessung gründet, liegt bei den rechtskräftig entschiedenen Fällen in der Vergangenheit. *Und hier*, bei der Wiederaufnahme längst abgelegter Fälle, sehen die Praktiker erhebliche Probleme. Die Reaktionen gingen gegenüber der *WELT* von „heillos" *und* „unappetittlich" bis „reiner Horror". Man stößt sich daran, daß Eheleute, die längst ihre eigene Wege gehen, mit Klagen und Beweisanträgen in alten Geschichten herumwühlen können. Man fürchtet, daß sich die Gerichte wieder - und wegen der erhöhten Anforderungen an die Frau - verstärkt in den „Sumpf kaputter Ehen und ihrer Verhältnisse" begeben müssen. Der „Bundesgerichtshof im Ehebett", ein Bild, von dem man mit der Reform 1977 Abschied nehmen wollte, kehre zurück.

Nach dem jetzt gültigen Recht kann dann Klage auf Abänderung des Unterhalttitels erhoben werden, wenn „die Gründe, auf die sie gestützt wird, erst nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung ... entstanden sind." (Paragraph 323 ZPO). Die Koalition will diese Vorschrift „analog" anwenden. Das heißt, das von ihr geänderte Recht soll ein solcher Grund sein.

Der Bonner Scheidungsanwalt Wolf Steinweg wies gegenüber der WELT auf ein zusätzliches rechtliches Problem der geplanten Änderung hin: Ehepartner, die nach neuem Recht mit einer Trennungszeit von einem Jahr (statt der üblichen drei) auskommen wollten, mußten gemeinsam „Zerrüttung" vortragen. Und deswegen fanden unwidersprochen Erklärungen über ehewidriges Verhalten Eingang in die Akten. „Das kann jetzt plötzlich eine ganz andere Bedeutung bekommen und für die Unterhaltszumessung relevant sein," sagte Steinweg. Die Vorstellung, daß *Richter als Zeugen* darüber *befragt* werden könnten, was die Parteien äußerten, um rasch geschieden zu werden, ist für Steinweg eine „abstruse *Vision*".

Wie die WELT im Bundesjustizministerium erfuhr, ist man dort über die „Aufgeregtheiten" der Öffentlichkeit „wenig glücklich." Der Pressesprecher wies darauf hin, daß es sich zunächst um ein Papier der Rechtsexperten von Union und FDP handele, das noch in die Fraktionen müsse. Von einem Gesetzesentwurf könne daher noch keine Rede sein. Im übrigen habe man „zwei Filter" *eingebaut. Einmal müsse* „das besondere Vertrauensinteresse" auf den Unterhaltstitel geschützt werden, und zum anderen solle eine Klage nur dann zulässig sein, wenn „die Abänderung ins Gewicht falle."

Ein Toter klagt gegen Kernkraftwerk

PETER ZERBE, Hamburg

Ein Toter soll die endgültige Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Krümmel bei Hamburg verhindern. Dies ergibt sich aus zwei Schriftsätzen, die der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günnemann beim Verwaltungsgericht Schleswig am 23. September vergangenen Jahres eingereicht hat. Doch zu diesem Zeitpunkt war sein *Mandant*, der Kernkraftgegner Ferdinand Böttger schon lange tot.

Seit Jahren kämpfte Böttger, Mitglied der Bürgerinitiative Geesthacht, gegen das Kernkraftwerk östlich von Hamburg *mit* dem Argument, sein Leben und seine Gesundheit seien in Gefahr. Böttger strengte vier Verfahren gegen das Land Schleswig-Holstein an, das für die Bau- und Betriebsgenehmigungen zuständig ist. Ein Verfahren wurde noch zu seinen Lebzeiten abschlägig beschieden. Zwei Prozesse sind beim Verwaltungsgericht Schleswig und eins beim Bundesverwaltungsgericht Berlin anhängig.

Auffällig war, daß sich Böttger vor Gericht immer vertreten ließ. Andere Kläger waren schon aus persönli*chem* Interesse zu den anberaumten Verhandlungsterminen selbst erschienen. Durch einen Zufall wurde im April dieses Jahres bekannt, daß Böttger am 9. August vergangenen Jahres verstorben war.

Sowohl das Bundesverwaltungsgericht wie auch die Schleswiger Richter machten den Anwalt darauf aufmerksam, daß sein Mandant tot sei und er sich dazu äußern möge. Die Richter des Berliner Gerichts setzten dem Hamburger Anwalt, der auch Mandanten gegen das im Bau befindliche Kernkraftwerk Brokdorf vertritt, eine Frist von zwei Wochen. Zunächst erbat Günnemann eine Fristverlängerung, um mit den Erben die Sache besprechen zu können.

Dann versuchte er den Spieß umzudrehen, indem er dem Sozialmini*sterium in Kiel vorwarf, es würde hin*ter dem Kläger her recherchieren. Nach Ansicht der Juristen hätte der Hamburger Anwalt vor Einreichung der zwei Eilverfahren im September vergangenen Jahres mit seinem Mandanten Rücksprache nehmen müssen, weil neue Kosten auf ihn zukommen könnten. Die beiden sogenannten einstweiligen Rechtsschutzverfahren stellten einen schweren Eingriff in die Vermögenssphäre dar.

Danach brachte der Rechtsanwalt zwei neue Kläger, einen Zahnarzt und einen Polizeibeamten aus Geesthacht. Diese beiden hatten 1972 Einwände vorgebracht, aber den weiteren Klageweg gegen das Kernkraftwerk nicht beschritten. Juristen halten ihre eingeschränkte Möglichkeit zum Klagen daher für gering.

Rechtsanwalt Günnemann erklärte auf Anfrage gegenüber der WELT: „Seit längerem habe ich keinen Kontakt mehr zu Herrn Böttger gehabt und erst durch die Mitteilung der beiden Gerichte erfahren, daß Herr Böttger verstorben sei. Ich habe die Ehefrau meines Mandanten angeschrieben, bisher *aber von ihr keine* Antwort erhalten."

Bayerns Bürger entscheiden über Verfassungsänderung

CSU und SPD wollen Umweltschutz verankern

PETER SCHMALZ, München

Am kommenden Sonntag wird den acht Millionen wahlberechtigten Bayern neben dem weißen, 60 Zentimeter langen Stimmzettel zur Europawahl noch ein gelbes DIN-A-4-Blatt vorgelegt, das den Titel trägt „Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern". Mit diesem Papier können Bayerns Bürger entscheiden, ob sie den Umweltschutz in der zwischen CSU und SPD ausgehandelten und vom Landtag nahezu einstimmig verabschiedeten Form in der Verfassung verankern wollen. An einer Zustimmung wird nicht gezweifelt, da für diesen Volksentscheid die einfache Mehrheit genügt und beide großen Parteien ihre Wähler um ein Kreuz im Ja-Kreis gebeten haben.

Einzig die Grünen lehnen den Kompromiß als „verwaschen" ab und haben zu einem Boykott aufgerufen: *Die Wähler sollen mit dem hand*schriftlichen Satz „Absoluter Vorrang für die natürlichen Lebensgrundlagen" den Stimmzettel ungültig machen. Die Sozialdemokraten sprechen dagegen von einem „Durchbruch im Umweltschutz", CSU-Umweltminister Alfred Dick sieht sogar einen „Markstein in der Verfassungs- und *Umweltpolitik nicht nur Bay*erns, sondern überhaupt in der Bundesrepublik".

Wenn Hessen dieser Tage im Bundesrat anregte, über eine Änderung des Grundgesetzes sollten die „natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen" geschützt werden, dann ist dies für Bayern nach dem Volksentscheid am Sonntag voraussichtlich bereits Verfassungswirklichkeit. In Artikel 3 der bayerischen Verfassung wird es künftig heißen: „Der Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und die kulturelle Überlieferung."

Als oberstes Bildungsziel gilt dann neben der Ehrfurcht vor Gott sowie der Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen auch das „Verantwortungsbewußtsein für Natur und Umwelt". Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts werden verpflichtet, mit Naturgütern schonend und sparsam umzugehen.

Bemerkenswert ist die Änderung in Absatz 3 des Artikels 141, in dem bisher „der Genuß der Naturschönheiten und die *Erholung in der freien* Natur" jedermann gestattet war. Dieser Satz bleibt in der Neufassung zwar erhalten, wurde aber durch die Verpflichtung eingeschränkt, „*mit* Natur und Landschaft pfleglich umzugehen".

Neben dieser in Deutschland bisher einzigartigen und umfassendsten Verankerung haben CSU und SPD ein Paket von konkreten Umweltschutzmaßnahmen vereinbart und bereits auch gesetzlich verankert. Danach muß der Schadstoffausstoß in Kraftwerken, an denen der Staat mehrheitlich beteiligt ist, bis 1987 um 75 Prozent reduziert worden. Ein zeitlich begrenztes Förderprogramm ist als Anreiz für Privatunternehmen gedacht, umweltschädliche Anlagen auf schadstoffarmen Betrieb umzurüsten. Erheblich aufgestockt werden die *Mittel* zum Bau von Abwasseranlagen, die Gelder dafür werden aus dem Teil der Kraftfahrzeugsteuer genommen, der für den Straßen- sowie von Land- und Forstwegebau bestimmt ist.

Der Volksentscheid ist durch das komplizierte Verfassungsänderungsverfahren in Bayern notwendig. *Die Verfassung* mit 188 Artikeln kann nur geändert werden, wenn dies entweder der Landtag mit Zweidrittelmehrheit beschließt oder über ein Volksbegehren mindestens zehn Prozent der wahlberechtigten Bürger fordern. Doch in beiden Fällen kann die Verfassungsänderung erst nach einem positiven Volksentscheid in Kraft treten.

Europawahl: SPD befürchtet Lethargie

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD sieht für sich die große Gefahr, ihre eigenen Anhänger zur Europawahl nicht in ausreichendem Maße mobilisieren zu können und damit das selbstgesteckte Ziel der „Denkzettelwahl" für die Bonner Koalitionsregierung zu verfehlen. Nach einer Telefon-Umfrage von Infratest sind zwar 78 Prozent der Unions-Anhänger „fest entschlossen" am Sonntag zur Wahl zu gehen, aber nur 66 Prozent der SPD-Sympathisanten. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat deshalb noch einmal alle Mitglieder seiner Fraktion zu verstärktem Einsatz aufgefordert, damit die in letzter Zeit wieder wachsende Zustimmung nicht eine „platonische Sympathie" für die SPD bleibe.

Die Bonner Koalition sieht Vogel in einem „Zustand der Fäulnis", der durch „verkümmernde Handlungsfähigkeit" und durch einen „Verfallsprozeß" der FDP sowie deren Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher gekennzeichnet sei. Sowohl bei der angestrebten Steuertarifreform als auch im Arbeitskampf zeige sich die Handlungsunfähigkeit. Der Schlichter in der Druckindustrie und westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf *mache jetzt „dem Kanzler vor*, was eigentlich der Kanzler machen müßte: Die Tarifparteien an die Hand zu nehmen und auf die Schiene eines vernünftigen Kompromisses zu bringen". Vogel appellierte an beide Seiten im Arbeitskampf, „den Graben zu überwinden". Die Gewerkschaften hätten zumindest bereits zwei „Brükkenpfeiler justiert", die eine Brücke des Kompromisses mittragen könnten.

In der geplanten Steuerreform sei die Koalition „unübersichtlicher und chaotischer denn je". Beim erhöhten Vorsteuerabzug für Landwirte habe es die „panikartige Reaktion von Leuten gegeben, die uns wegen unsolider Haushaltsführung kritisierten."

Kanzler: Pessimismus und Verzagtheit unangebracht

Demonstranten störten Europa-Wahlkampf in Nürnberg

E. NITSCHKE, Nürnberg

Auf dem Nürnberger Hauptmarkt hat Bundeskanzler Helmut Kohl am Mittwochabend vor rund 5000 Zuhörern anläßlich der letzten Großveranstaltung von CDU/CSU zur Europa*wahl vor der Abschlußkundgebung* in Frankfurt am Freitag dazu aufgerufen, die Stabilisierungspolitik der Union durch ein Bekenntnis zu ihrer Europafraktion zu stützen.

Auf die Spruchbänder von Demonstranten vor ihm eingehend sagte der Kanzler, es könne ein Zeitpunkt kommen, wo man über mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit reden könne. Jetzt aber gehe es angesichts einer auf den Niedergang der deutschen Wirtschaft wartenden internationalen Konkurrenz nicht „um mehr Investition in die Freizeit, sondern um Investition in die Zukunft".

Die Nürnberger CSU-Veranstaltung wurde während ihrer gesamten Dauer durch einige Hundert meist jugendliche Demonstranten gestört, die mit Trillerpfeifen und anderen Lärminstrumenten vergeblich versuchten, Kohls etwa einstündige Rede unmöglich zu machen. Der Kanzler erhielt anhaltenden Beifall, als unter Hinweis auf diese Gruppen sagte: „Es ist der gleiche Straßenterror, der die Weimarer Republik ruiniert hat, der gleiche faschistische und kommunistische Geist". Solange es die Union gebe, werde der Rechtsstaat aufrecht erhalten werden.

Unter dem Schriftband auf dem Podium „Europas Aufgabe: Der Frieden – Europas Wesen: Die Freiheit", das von Wurfgeschossen der Störer getroffen wurde, sprach sich Kohl gegen die Verzagtheit und gegen den Pessimismus im Hinblick auf den Aufbau Europas aus. Vieles gehe hier manchen zu langsam, sagte er. Man dürfe aber nicht vergessen, was auf diesem Felde schon erreicht worden sei und was heute jedermann als selbstverständlich hinnehme, zum Beispiel die Freizügigkeit an den Grenzen Europas. Ohne die Partnerschaft mit den USA und ohne den Schutz des Bündnisses der NATO könne der Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa nicht vor sich *gehen, meinte Kohl* weiter.

Eine Erläuterung der Sparpolitik mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung stellte Kohl unter das Leitmotiv der Solidarität mit den Arbeitslosen. Die CDU/CSU habe vor der letzten Bundestagswahl auch klar angekündigt, was sie bei Übernahme der Regierung tun wolle. Es sei einem Studenten zum Beispiel ohne weiteres zuzumuten, BAFöG-Gelder als Darlehen und nicht – wie bisher – als verlorenen Zuschuß in Anspruch zu nehmen.

Auf die aktuelle Streiksituation eingehend sagte Kohl: „Wir respektieren die Gewerkschaften. Wir kennen ihre Verdienste um die Tarifautonomie. Es gab bei Arbeitskonflikten bisher immer eine Verständigung. Daher richte ich jetzt einen leidenschaftlichen Appell an die Beteiligten im gegenwärtigen Konflikt: Setzt euch zusammen zur Vernunft!"

Einen großen Teil seiner Rede widmete Kohl der Familienpolitik. Es sei *ein unmöglicher Zustand, meinte er*, daß ein Ja zum Kind in der Bundesrepublik Deutschland ins soziale Abseits führe. Sobald der von der früheren Bundesregierung total überzogene Bundeshaushalt einigermaßen in Ordnung gebracht sei, werde die Mutter unterstützt werden, deren Arbeit in der Erziehung der Kinder zu Hause bestehe und deren Opfer bisher ohne Lohn geblieben sei.

Damit werde auch der unmögliche Zustand beendet, daß es alte alleinstehende Frauen in der Bundesrepublik gebe, die ohne Rente dastünden und deren einzige Schuld es gewesen sei, daß sie ihre ganze Arbeitszeit in die Erziehung von Kindern gesteckt hätten.

Behinderte sollen bessere Chancen erhalten

GISELA REINERS, Bonn

Die Chancen Behinderter, einen Arbeitsplatz zu finden, haben sich nach Ansicht des Bundesarbeitsministeriums in Folge einer sehr weit reichenden Sozialgesetzgebung stark verschlechtert. Deshalb wird eine Novellierung der Gesetze vorbereitet, um Hemmnisse für die Einstellung abzubauen. Mit einem Entwurf, der den Verbänden jetzt zur Stellungnahme zugeschickt *worden ist*, sollen „die Beschäftigungschancen Schwerbehinderter erhöht werden".

Ziel ist es, den Arbeitgebern zu erleichtern, Behinderte einzustellen. So sollen zum Beispiel Lehrlinge nicht mehr mitgezählt werden, wenn die Pflichtquote errechnet wird. Bisher ist die Beschäftigung eines Behinderten auf 16 Mitarbeiter vorgeschrieben, unabhängig davon, ob es sich um Auszubildende oder Angestellte handelt. Allerdings wird die Ausgleichsabgabe, die der Arbeitgeber zahlen muß, wenn er die Verpflichtung zur Beschäftigung von Behinderten nicht erfüllt, von 100 auf 150 Mark angehoben. Das entspreche, so das Ministerium, der Entwicklung der Bruttoeinkommen in den vergangenen zehn Jahren, seit denen das Schwerbehindertengesetz in Kraft ist.

Aus der Ausgleichsabgabe sollen finanzielle Anreize für die Arbeitgeber bezahlt werden, um Behinderte einzustellen. Bisher waren vier Sonderprogramme finanziert worden, die jetzt zur Dauerregelung werden sollen. So werden Einrichtungen finanziert, wie Rampen für Rollstühle oder behindertengerechte Arbeitsräume.

Wird ein Schwerbehinderter als Lehrling eingestellt, so soll er dem Betrieb doppelt angerechnet werden, das heißt, für ihn werden zwei Pflichtplätze eingerechnet. (Bei 32 Beschäftigten müssen zwei Behinderte eingestellt werden. Ist der neue Mitarbeiter ein Lehrling, gilt die Pflichtquote als erfüllt.)

Johannes Paul II. im Land der Eidgenossen: Wenig Begeisterung, aber viel Zurückhaltung und Skepsis

Nur in Lugano sprang der Funke über



Komplimente für das Schweizer Volk: Der Papst und seine Garde FOTO:AP

Von F. MEICHSNER

Il Papa per due franchi!" Am Ausgang des Fribourger La-Poya-Parks bietet ein findiger Italiener Buntfotografien Johannes Pauls II. für zwei Franken. Erfolg scheint er damit freilich kaum zu haben. Der Strom, der sich nach der Papstmesse aus dem Park auf die Straße ergießt, geht an ihm vorbei. Viele der vielleicht 10 000 bis 15 000 Menschen haben zwar am Ausgangstor ihr Schärflein in die *milchkannenähnlichen* Kollektebehälter geworfen, aber die wenigsten geben dann noch Geld für Andenken aus.

Zu solchem „Leichtsinn" vermag diese *erste* Schweiz-Rundreise *eines* Papstes seit mehr als einem halben Jahrtausend so leicht keinen Eidgenossen zu verführen. Es sei denn, es handele sich bei dem Angebotenen *um etwas Nützliches – etwa um einen* Sonnenhut mit dem Symbol dieses Besuches, dem Kruzifix über dem Schweizer Kreuz.

Ruhe und Ordnung sind nie in Gefahr

Im übrigen bewahrt „Monsieur le Directeur", der – trotz hochsommerlicher Hitze in schwarzem Anzug – mit Madame am Arm auf dem Heimweg von einem Bekannten ehrerbietig gegrüßt wird, nüchterne Contenance – auch vor dem Papstthron. Und fast alle tun es ihm gleich: Gewiß, sie quittieren die scherzhaften Worte, mit denen sich der hohe Gast aus Rom aus dem Park am Stadtrand verabschiedet, mit gebührender Heiterkeit und mit Beifall. Aber hinreißen lassen sie sich nicht. Verglichen mit den furiosen Symphonien so mancher anderer Papstreisen wirkt dieser Besuch wie ein Kammerkonzert in „Allegro, ma non troppo". Ruhe und Ordnung sind nie in Gefahr.

Daß hier in der Schweiz kein Feuerwerk à la Mexiko oder Brasilien und auch nicht, wie in Polen, eine *plebiszitäre Demonstration für einen* als Nothelfer gefeierten Priesterkönig erwartet werden konnte, war von vornherein klar. Aber es sprühen nicht einmal Funken, wie etwa in *Deutschland und Österreich. Die äu*ßere Farbenprächtigkeit der in vollem Wichs aufmarschierenden Corpsstudenten und der pensionierten Veteranen der Schweizer Garde, die sich noch *einmal in ihre alten* Uniformen gezwängt haben, wirkt wie eine Fassade vor behäbiger Bürgerlichkeit. Nur im italienischsprachigen Lugano schien wirklich etwas überzuspringen zwischen der Menge und dem hohen Besucher.

Selbst an der Universität Fribourg, wo man sich intensiv auf den Besuch *vorbereitet hatte, kommt es nicht zu* dem erhofften lebendigen Dialog zwischen den nicht immer Rom-frommen Theologen und ihrem höchsten Magister. Und die Jugend, die ebenfalls zum Dialog aufgerufen worden war, gibt sich entweder skeptisch oder ganz brav. Unter den Studenten waren vor dem Besuch zahlreiche vorbereitende Zusammenkünfte abgehalten worden. Matteo Pontinelli, Präsident des Studentenrates, muß dann aber vor dem Papst bekennen: „Diese Zusammenkünfte sind nur bei *wenigen Studenten auf Interesse* gestoßen."

Die Fragen, die dem einstigen Universitätsprofessor Karol Wojtyla schließlich gestellt werden, sind eher harmlose Bitten und Wegweisungen. Nicht anders ist es am Abend im Eisstadion bei der Begegnung mit der Jugend der Westschweiz. Wagt es wirklich einmal jemand, schüchtern ein heikles Thema, wie etwa den Zölibat, anzusprechen, dankt der Papst für die Frage und bleibt die Antwort schuldig. Er ermutigt die Jugendlichen, ihre Erfahrungen zu vertiefen und Geduld zu üben.

Nicht anders ergeht es den Theologieprofessoren. Sie hatten für das Treffen mit Johannes Paul II. Voten vorbereitet, in denen sie ihre Anliegen vorbringen und erläutern. Darin stellen sie beispielsweise das Problem des Priestermangels, den Fragen nach dem Dienst verheirateter Priester, geschulter Laien und Frauen gegenüber. Sie sprechen auch die Spannung zwischen der Schweizer Ortskirche und den römischen Lehrverfahren an. Sie äußern – im Blick auf den Fall Küng – den Wunsch nach fairen Lehrverfahren und nach Tole*ranz, nach Verständnis* für die konfessionelle Uneinheitlichkeit der Schweiz.

Päpstliche Bedenken und Beharrlichkeit

Zur Enttäuschung vieler Theologen entzieht sich der Papst einer direkten Antwort. Er wird die Fragen prüfen, verspricht er, und erhebt dann gleich symbolisch den Zeigefinger: „Durch einen größeren als wir, durch Christus, ist uns die Verantwortung für die Paedagogia fidei, die Glaubenserziehung, übertragen: Darum müssen wir besonders auf die 'besonders Schwachen' und die 'Armen' achten. Die meisten Forschungsergebnisse würden dadurch gewinnen, daß sie durch andere Gelehrte jenseits der Grenzen einer theologischen Schule oder eines Landes geprüft werden, bevor man sie der Öffentlichkeit vorstellt. Man muß darauf achten, jene Gläubigen, die in Glaubensfragen weniger unterrichtet sind, nicht zu verwirren ..." Auch hinsichtlich der in der Schweiz praktizierten gemeinsamen Ausbildung von Priesterkandidaten und Theologiestudenten meldet er starke Bedenken an.

Zurückhaltung auf beiden Seiten *also, die sich gegenseitig zu bedingen* scheint. Die „Freiburger Nachrichten" sprechen das offen aus: Wie schon im nüchternen Genf, wird Johannes Paul II. gespürt haben, wie *sein Schweizer und* Fribourger Publikum auf den Besuch zurückhaltender reagiert als die südlichen Völker. Mitspielen mag, daß wir im Lande der Präzisionsuhren das Warten weniger *mögen* und bei *unprogrammierten* Verspätungen weniger gelassen bleiben. ... Doch liegen die Wurzeln der Zurückhaltung wohl tiefer: In dem von polnischen Erfahrungen wesent*lich mitgeprägten Verständnis des* Petrus-Amtes, das bereits dort mit stummem oder ausgesprochenem Njet Erwartungen weckte, wo nach unserem Empfinden der Dialog hätte *offen bleiben können."*

Der Papst wird dann zu einem „sorgsamen theologischen Nachbearbeiten der angesprochenen Themen und Anliegen" aufgefordert, „bevor er eine weitere Auslandsreise vorbereitet". Solche Töne hat Karol Wojtyla noch in keinem Gastland aus repräsentativen Sprachrohren der öffentlichen Meinung zu hören bekommen – höchstens von erklärten Antipathisten.

Die Schweiz-Reise als Schauspiel der „Entzauberung" eines charismatischen *Papstes?* Johannes Paul II., dem noch niemand sein besonderes Gespür für die Massen und deren Stimmungen abgesprochen hat, geht immer wieder gegen die Reserviertheit an. So macht er *im La-Poya-Park* in freier französischer Rede nach der Messe dem Schweizer Volk große Komplimente, stellt er die Schweiz als ein musterhaftes Gemeinwesen hin, in dem Menschen mehrerer Sprachen und Kulturen gegenseitig Toleranz üben und harmonisch zusammenleben. Der Beifall bleibt bei solchen Gelegenheiten nicht aus, aber man kann auch vom Nebenmann ein skeptisches „Etwas-zu-dick-aufgetragen" zu hören bekommen.

Zu den wenigen, die keinerlei Réserve üben bei diesem Besuch der Zurückhaltung, scheinen die Vertreter der Sicherheitsorgane zu gehören. Ihnen stellt sich ein Problem, das sie direkt angehen, ohne besonderes Einfühlungsvermögen für die Inszenierung des Ereignisses. So haben die Lokführer der in unmittelbarer Nähe des La-Poya-Parks vorbeifahrenden D-Züge der Schweizer Bundesbahn Anweisung erhalten, mit Höchstgeschwindigkeit zu fahren, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß aus dem fahrenden Zug ein Attentat verübt wird. Daß durch das Gedröhne der Züge die Messe gestört und auch der Papst immer wieder vorübergehend zum Schweigen verurteilt wird, muß eben als Tribut an die Sicherheit in Kauf genommen werden.

Auf die Spuren der Geschichte gestoßen

Die letzte Schweiz-Rundreise eines Papstes hatte, wie ein Kommentator des Schweizer Fernsehens in Erinnerung brachte, auf höchst ungewöhnliche Weise geendet: Hals über Kopf verließ Martin V. im Jahre 1418 Genf *in Richtung Süden – auf der Flucht* vor der Pest. Dann verwehrte die „Pest" der Reformation den Päpsten jahrhundertelang die Rückkehr.

Diese „*Pest*" hat Spuren hinterlassen – offensichtlich auch bei den Katholiken des Landes. Johannes Paul II. ist darauf gestoßen und dabei mag ihm durchaus der Verdacht gekommen sein, daß die wenigen Schweizer, die dem römischen Papst heute noch widerspruchslos zu gehorchen bereit sind, zum größten Teil in der Schweizer Garde dienen.

Haager Parlament billigt Raketenplan

Sieben Oppositionelle retten die Regierung / Lubbers will Moskau „Signal" geben

BODO RADKE, **Den Haag**

Nur mit Hilfe von sieben oppositionellen Abgeordneten orthodox-calvinistischer oder rechtsextremer Prägung hat Hollands Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen in der Nacht zum Donnerstag die „Raketen-Debatte" im Haager Parlament politisch überlebt. Sie sprangen mit ihren Stimmen für sieben christlich-demokratische Volksvertreter ein, die einen *Antrag der Linksliberalen* unterstützten, dessen Annahme das Ende des Kabinetts und wahrscheinlich die Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen zur Folge gehabt hätte.

Es war 2.30 Uhr früh geworden, als nach zwölfstündiger Debatte die Abstimmung, die Entscheidung über die Aufstellung von 48 Marschflugkörpern *auf den 1. November 1985* zu verschieben, endlich stattfinden konnte. Bis dahin hatte Unsicherheit über die Zahl der „Dissidenten" in den eigenen Reihen die Stimmung auf der Regierungsbank bestimmt. Zwar gab es keinerlei Zweifel, daß alle 36 Abgeordneten der liberal-konservativen Fraktion die am 1. Juni im Kabinett ausgearbeitete vieldeutige Kompromißformel über die Beteiligung der Niederlande an der NATO-Nachrüstung unterstützen würden. Aber im Lager der 43 Christdemokraten blieb vieles unklar.

Zum erstenmal seit 1949, als es um die Entlassung der rebellierenden Indonesier aus der Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit ging, fehlte im niederländischen Parlament bei einer Abstimmmung nicht ein einziger Abgeordneter. Das Ergebnis von 79:71 spiegelt theoretisch genau das Kräfteverhältnis zwischen Regierungsparteien und der – neben den Sozialisten in viele kleine Gruppen aufgesplitterten – Opposition wider. Doch es waren die Stimmen aus den drei Minifraktionen „konfessioneller Parteien und die des Abgeordneten Janmaat von der als rechtsextrem eingestuften „Centrumpartij", die Premier Lubbers über die kritische Schwelle brachten.

Der holländischen Öffentlichkeit dürfte die zwölfstündige, von Fernsehen und Rundfunk live übertragene Parlamentsdebatte kaum Neues beschert haben. Die seit Monaten bis zum Überdruß servierten Argumente der Nachrüstungs-Gegner und -Befürworter wurden wieder einmal aufgetischt. Wobei der ausländische Beobachter den Eindruck bekam, daß das Wesentliche in der Haltung des *NATO-Mitgliedsstaates Niederlande* gegenüber den Partnern der westlichen Allianz immer stärker in den Hintergrund gedrängt wird.

Zum Beispiel wurde kaum darüber gesprochen, daß der erneute Aufschub einer definitiven Entscheidung über die eventuelle Stationierung von Cruise Missiles auf holländischem *Boden bis zum 1. November 1985 das* sorgfältig ausgeklügelte Zeitschema der NATO-Planungen durcheinander bringt. Selbst bei einem zustimmenden Beschluß in eineinhalb Jahren wäre aus technischen Gründen eine Verwirklichung erst ab 1988 möglich. Im NATO-Zeitplan ist aber 1986 vorgesehen.

Auch blieb in der Haager Debatte fast völlig unerwähnt, daß in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien die Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern längst angelaufen ist. Uninformierten Zuhörern der Diskussion wurde bisweilen der Ein*druck vermittelt*, es *ginge um eine* Kraftprobe zwischen dem Königreich der Niederlande und der Sowjetunion statt um das Ost-West-Verhältnis in seiner Gesamtheit.

Die Zeit bis zum 1. November 1985 will nun das Kabinett nach Aussagen von Ministerpräsident Ruud Lubbers nutzen, um der Sowjetunion ein „Signal" zu geben und eine Reduzierung der Atomwaffen in Ost und West zu erreichen. Lubbers will Moskau anbieten, daß die Niederlande auf die Stationierung verzichtet und damit *aus dem Stationierungsteil des Dop*pelbeschlusses endgültig ausscheidet, wenn die Sowjetunion keine weiteren SS-20-Raketen aufstellt. Sonst würden bis Ende 1988 alle 48 Mittelstreckenwaffen stationiert werden.

In ersten Reaktionen wurden erhebliche Zweifel an der Seriosität dieser „Drohung" angemeldet. Das letzte Wort würde nämlich auch dann das Haager Parlament haben. Und im Mai 1986 stehen Neuwahlen an.

(SAD)

Seite 2: Niederlande, Niederlage

Scargill verkündet Durchhalteparolen

Der Kampf der britischen Bergarbeitergewerkschaft geht in die 15. Woche

FRITZ WIRTH, **London**

Die Geheimgespräche zur Beilegung des britischen Bergarbeiterstreiks sind zusammengebrochen. Eine Lösung des Arbeitskampfes, der vor 14 Wochen begann, ist nicht in Sicht. „Wir werden, wenn nötig, bis zum Winter durchhalten", verkündete der Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill. „Hier werden Bergarbeiter für die politischen Ziele einer kleinen radikalen Gruppe von Funktionären geopfert", entgegnete Ian MacGregor, der Präsident der britischen Kohlebehörde und Widersacher Scargills.

Es war die dritte Gesprächsrunde der beiden Tarifpartner. Nachdem die zweite Begegnung der beiden Kontrahenten in der letzten Woche relativ friedfertig und hoffnungsvoll verlaufen war, hatten Optimisten für die dritte Gesprächsrunde sogar den ersten Durchbruch in diesen festgefahrenen Kampfhandlungen erwartet.

Nach 15 Miuten war jedoch bereits klar, *daß* man wieder zum Punkt Null zurückgekehrt war. Scargill war nicht bereit, über den Plan der Kohlebehörde zu sprechen, die britische Jahresproduktion um vier Millionen Tonnen zu senken, was die Stillegung von etwa 20 unwirtschaftlich gewordenen Zechen bedeuten würde. Er machte vielmehr zur Bedingung, daß dieser Plan zunächst vom Tisch genommen werde, bevor er bereit sei, mit der Kohlebehörde ernsthaft über die Zukunft der britischen Bergbauindustrie zu sprechen. Zugleich warf er der Kohlebehörde vor, in „kriegerischer Stimmung" und ganz offen*sichtlich mit der Anweisung* Frau Thatchers in diese Gespräche gekommen zu sein, den Bergleuten keinerlei Konzessionen zu machen.

Es gibt berechtigte Zweifel, ob dieser Bericht Scargills über das Gesprächsklima zutrifft. Kriegerische und militante Akzente sind bisher in erster Linie von ihm in diesen Ar*beitskampf* hineingetragen worden. Das Problem dieses Streiks ist, daß beide Seiten seit einigen Monaten offenbar mehr darauf bedacht sind, Punkte im Propagandakrieg zu gewinnen, *statt ernsthafte Ansätze* zur Beilegung des Konflikts zu suchen.

Arthur Scargill konzentriert sich seit einigen Wochen darauf, den Durchhaltewillen seiner Kumpel zu stärken. „Für uns ist jeder Tag, den wir dem Winter näherrücken, ein Sieg", erklärte er kürzlich. Das Problem ist, daß es laut Kalender zur Zeit noch *Frühling ist, daß also zunächst* ein sehr harter und heißer Sommer überwunden werden muß, und daß es deutliche Anzeichen dafür gibt, daß die Mehrheit der streikenden Kumpel nicht in der Lage ist, diesen Streik noch lange durchzuhalten. Die streikenden Bergarbeiter haben in den bisherigen 14 Streikwochen durchschnittlich 2800 Pfund (rund 11 000 Mark) Lohnausfall zu beklagen. Sie leben von der Sozialfürsorge von rund 110 Mark wöchentlich. Streikgelder werden nicht gezahlt.

Die Kohlebehörde setzt darauf, daß die *stille Mehrheit* der streikenden Kumpel die Aussichtslosigkeit dieses Arbeitskampfes einsieht und wieder zur Arbeit zurückkehrt. Sie ist offenbar entschlossen, über die Köpfe der Gewerkschaftsfunktionen hinweg den Kumpeln einige reizvolle finanzielle Angebote zu machen, die die Rückkehr zur Arbeit noch verführerischer machen sollen. Bisher hatten sich 42 000 Bergarbeiter dem Streik widersetzt und weitergearbeitet, weil Scargill ihnen das Recht auf eine Urabstimmung zu diesem Streik verweigert hatte. Inzwischen sind nach Angaben der Kohlebehörde weitere 5000 Bergarbeiter zur Arbeit zurückgekehrt. Ihr Weg zu den Zechen muß täglich von einer Armee von 6000 Po*lizisten freigehalten werden. Die Ko*sten für diesen Polizeieinsatz werden inzwischen auf 190 Millionen Mark veranschlagt.

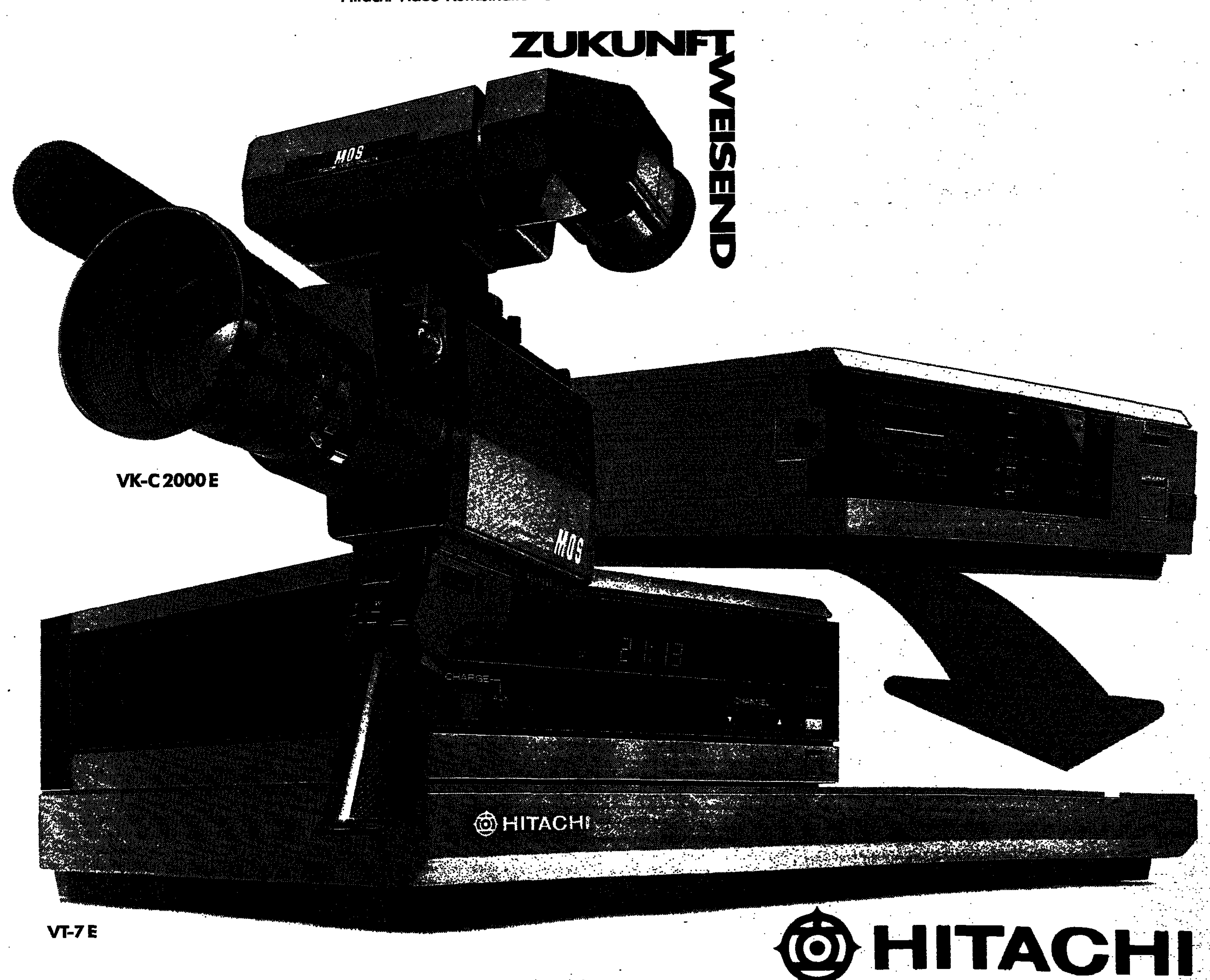
Hitachi jetzt:
Ihre Erb-Anlage.

Jetzt können Sie Ihren eigenen Erbanlagen, die Sie Ihren Nachkommen vermachen, eine weitere hinzufügen: die Hitachi Video-Kombination **VK-C 2000 E / VT-7 E.**

Denn bei der **VK-C 2000 E** handelt es sich um *die einzigartige Hitachi* MOS-Video-Farbkamera, deren revolutionäre Technologie sie nicht nur zuverlässiger und belastbarer macht, sondern auch extrem langlebig. Der Grund: ein **SENSOR** statt der üblichen Aufnahmeröhre. Und dieser kleine elektronische Baustein macht die **VK-C 2000 E** auf der einen Seite leicht, kompakt, sicher und sparsam – andererseits bietet er eine Fülle von technischen Vorteilen: Sofortige Aufnahmebereitschaft, kein Einbrennen, kein Nachziehen, *schärfere* Bilder in originalgetreuen Farben – selbst bei hellstem Sonnenlicht.

Und auch die zukunftsweisende Technologie des Hitachi VHS-Video-Recorders **VT-7 E** *wird Sie und Ihre Nachkommen* begeistern: mit einem Handgriff verwandelt sich dieses Vielzweck-Gerät vom stationären Luxus-Video-Recorder in ein vollfunktionsfähiges Portable der Spitzenklasse – ebenfalls leicht, kompakt und voller technischer Raffinessen. Ohne Kabelsalat schultern Sie diesen Recorder, machen eine Fahrt ins Blaue oder Grüne und halten Ihre Wochenend- oder Urlaubserlebnisse in eigener Regie im Bild fest. Am besten auf original Hitachi-VHS-Video-Cassetten.

P.S. Auch wenn Sie noch nicht ans Vererben denken, sollten Sie sich diese *Hitachi Video-Kombination einmal bei Ihrem Fachhändler vorführen lassen.*



VK-C 2000 E

VT-7 E

HITACHI

Hitachi Sales Europa GmbH, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80
Hitachi Sales Warenhandels-Gesellschaft m.b.H., Kreuzgasse 27, 1180 Wien · World Electric B.V., Industrieweg 17–19, 3762 EG Soest/Holland

Als der liebe Gott „hing": Erinnerungen an H. Moser

Mundgerechte Texte

Er war kein gelernter Schauspieler, er kam vom Tingeltangel, fast vom „fahrenden Volk". Er hatte lediglich gelernt, die Leute zu unterhalten. Mit Plaudereien (Conferencen), mit Liedern, mit kleinen Szenen. Er schrieb seine Szenen vermutlich selbst, und eine ist unsterblich geworden, auf einer Platte und im Film festgehalten: „Der Dienstmann". Die Reden des Dienstmanns sind sprichwörtlich geworden.

Sein Geheimnis war die absolute, totale Natürlichkeit. Er unterschied sich von den meisten Schauspielern, wie sich ein Redner, der von einem Manuskript abliest, von einem Redner unterscheidet, der frei spricht.

Hallo, Dienstmann – ARD, 20.15 Uhr

Was er sagte, wirkte keinen Augenblick wie gelernt.

Allmählich wurde er bekannt. Er war schon beim Stummfilm mit kleinen Rollen dabei. Ich erinnere mich an den „Feldherrenhügel", den ich 1926 in Hamburg gesehen habe, da spielte er einen Schneider.

Entdeckt wurde er nicht von Max Reinhard, wie man so oft hört, sondern von Hubert Marischka, dem Wiener Operetten-Unternehmer. Bei ihm spielte er die „Dritten-Akt-Komiker" in „Gräfin Mariza" und „Die Zirkusprinzessin". Dies wurde der große Durchbruch. Ich habe noch im Ohr, wie er in einer dieser Rollen (es handelte sich um einen Ring) sagte: „Warum hat er ihn ihr geschenkt?" Kein komischer Satz, aber in seinem Mund unsagbar komisch.

Nun begann seine Filmkarriere. Wie sehr viele andere komische Darsteller nahm er Rollen an und spielte sie vor der Kamera. Anders als die anderen aber richtete er sich den Text vorher ein. Er machte ihn sich mundgerecht.

Parallel mit den zahllosen Filmen erfolgte die Entdeckung durch Max Reinhardt. Er wurde an das Theater in der Josefstadt geholt, aber er wurde nicht seiner Individualität gemäß, nicht immer zumindest, beschäftigt: Er mußte in dem oberflächlichen angelsächsischen Reißer „Artisten" spielen und in dem schwachen Shaw „Fannys erstes Stück".

Hans Moser war kein glücklicher Mensch, er war depressiv, einsam und von der Eigenschaft vieler Komiker heimgesucht: der übermäßigen Sparsamkeit. Er war ein guter Kollege, ohne alle Starallüren. Er war bescheiden, seiner Größe nicht innewerdend. Zur Zeit der deutschen Herrschaft über Österreich hatte er es schwer. Seine Frau entsprach den „Rassegesetzen" nicht; man fand die peinigende Lösung, daß sie in Ungarn leben mußte. Heinz Hilpert, der neue Chef der Reinhardt-Bühnen, entschädigte ihn künstlerisch, er liebte ihn und ließ ihn Raimund spielen.

Ich weiß, daß er für mich schon damals ein ganz Großer gewesen ist. Denn als ich bei der Heimkehr nach Salzburg kam, im Sommer '45, traf ich ihn und wußte, daß ein Wertvoller, ein Unschätzbarer, bewahrt geblieben war.

Doch die letzte Vollendung Hans Mosers stand noch bevor. Er spielte den Schuster in Nestroys „Höllenangst" und vorher den Vater in Schnitzlers „Liebelei", und da mußte er sich keine eigene Sprache zurechtlegen, da mußte er nicht improvisieren,da war er mit den Mitteln des Autors und seines Ingeniums der Inbegriff der Darstellungskunst, und



Sein Geheimnis war die totale Natürlichkeit: Hans Moser (1880–1964) FOTO: KINDERMANN

dies vielleicht noch mehr als „Hohes Alter" in Raimunds „Bauer als Millionär" bei den Salzburger Festspielen. Ich schrieb damals: „Das wird nie wieder sein, es ist nicht zu fassen und nicht zu deuten und jenseits aller Erfahrung und Darstellbarkeit nur Wunder und Gnade."

Moser spielte manchmal noch seine Operettenkomiker in der Wiener Volksoper, und jedesmal, wenn er auftrat, empfing ihn ein Applausorkan. Und schließlich war er noch im vorletzten Bild von Molnárs „Liliom" der himmlische Polizeibeamte, der eigentlich der liebe Gott ist. Da war für mich das Unvergeßliche, daß er seinen Text vergessen hatte und in den Akten auf seinem Schreibtisch blätterte – und niemand dachte, daß Hans Moser „hing", es war durchaus und glaubhaft – der liebe Gott, der nicht weiter wußte.

Im Jahr 1980 veranstaltete die Stadt Wien ein großes Hans-Moser-Fest. Da waren sich alle in der Verehrung und Zustimmung einig, auch die sogenannten „Progressiven".

HANS WEIGEL

STUDIO

Um den wachsenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden, haben der Saarländische Rundfunk, der Süddeutsche Rundfunk und der Südwestfunk ihr **Telekolleg** ausgeweitet. Vom 24. September an kann mit dem Telekolleg II in zwei Jahren die bundesweit anerkannte Fachhochschulreife erworben werden, die das Studium an allen Fachhochschulen ermöglicht. Der Kurs wird in den drei Sendern sowie im Westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt. agi

*

Hans Magnus Enzensberger besorgte die deutsche Fassung des TV-Spiels **Billy Bishop steigt auf** von John Gray, das der englische Regisseur Norman McCandish zur Zeit in Köln vorbereitet. Sämtliche fünfzehn Rollen übernimmt der Schauspieler Hans-Peter Korff. Der Sendetermin ist im nächsten Jahr. dpa

KRITIK

Frust in der Wohnküche

Bei dem unter der Marke „Das kleine Fernsehspiel" vorgeführten Film **Führer durch die Welt. Ein ungewöhnlicher Dialog** (ZDF), Buch und Regie Heiko Schier, wurde der Schock, der bei dieser Sendereihe vorprogrammiert ist, noch durch die voraufgehende Sendung verstärkt. Sie war dem „Narrenschiff"-Debakel auf dem Rhein gewidmet. Dort war der Schweizer Autor Guido Bachmann als Ausnahmeerscheinung unter so viel larmoyanten Schriftstellern aufgefallen. Er sagte ohne Erbarmen mit den frustrierten Kollegen, er habe die Fahrt auf dem Schiff genossen: den Kontakt zu seinen Kollegen habe er gefunden, und außerdem wisse er gutes Essen und guten Wein zu schätzen.

Das besagte kleine Fernsehspiel hingegen war eine selbst für das deutsche Fernsehen auffallend geballte Ladung von Frust. Ein hübsches junges Mädchen und ein gutaussehender Mann möchten zusammen ins Bett, finden aber die Kurve ins Schlafzimmer nicht. In der Küche unterhalten sie sich mehr als eine Stunde lang darüber, warum sie es nicht tun.

Verfremdet wird das durch dauernde Einblendung von wirklich gut gemachten Kulturfilmfragmenten, indem die Herstellung von Leuchtgloben und Führungen durch Schlösser gezeigt werden. Das war wohl „symbolisch" gemeint und sollte den „wahren Charakter" von Kultur und Erotik demonstrieren. Wenn das Mädchen jedoch zum x-ten Male sagt, es wisse nicht, wie es leben solle, freut man sich richtig auf die nächste Einblendung der tüchtigen Facharbeiterinnen aus der Globusfabrik und der mit erfreuten Augen nach der Arbeit durch Schlösser wandelnden Touristen. Für sie scheint es Probleme von jener unglaublichen Tragweite nicht zu geben.

ANTON MADLER

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bonner Sitzmöbel-Moral

„Der Stehempfang": WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ministerpräsident Südafrikas, Pieter Willem Botha, war in der Bundesrepublik. Bundeskanzler Helmut Kohl ließ deshalb das Sofa in der Empfangshalle entfernen, empfing Botha im Stehen und weigerte sich, dem Gast die Hand zu drücken – aus Protest gegen das Apartheidregime in Südafrika. In Gesprächen mit Botha ermahnte Kohl diesen eindringlich, den Menschenrechtsverletzungen in seinem Land Einhalt zu gebieten.

Bundeskanzler Kohl bekam dafür sogar Anerkennung von ihm sonst nicht wohlgesonnener Seite. Auch ich bin der Meinung, daß er sich richtig verhalten hat!

Wahrscheinlich wird noch in diesem Jahr ein Gast in die Bundesrepublik kommen, der an der Spitze eines Regimes steht, das nicht minder menschenverachtend und menschenrechtsverletzend ist. Ich meine Erich Honecker und die „DDR".

Wie wird Kohl sich verhalten? Wird er Honecker ebenfalls nicht die Hand reichen, wird er mit ihm über die Menschenrechtsverletzungen der „DDR" reden?

Kohl müßte Honecker ebenso behandeln, wie er – völlig zu Recht – Botha behandelt hat. Alles andere wäre einäugig und nur mit dem Begriff der doppelten Moral treffend zu bezeichnen.

Hoffentlich hält Bundeskanzler Kohl das ein, was er mit der geistig-moralischen Wende versprochen hat.

Es grüßt freundlich
Michael Krause,
Berlin 31

*

Sehr geehrte Herren,

ich habe dem Herrn Bundeskanzler Kohl die Anlieferung eines Klappstuhls für den geplanten Besuch des Staatsrats Honecker angeboten.

Halten Sie Herrn Kohl für „lernfähig"?

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Heydasch,
Hamburg 52

*

Sie berichten, daß die beiden Besuchersofas vor den Augen der Fotografen hinausgetragen wurden, „damit auch Botha und sein gleichnamiger Außenminister ... merkten, daß sie nicht zu den befreundeten Besuchern gehören". Ich finde diese Idee ganz prima. Sie sollte weiter ausgebaut werden. Zwischen einem komfortablen Biedermeier-Familiensofa und überhaupt keiner Sitzgelegenheit gibt es ja Zwischenmöglichkeiten. Ich denke da zunächst an eine karge Holzbank ohne Rückenlehne.

Es sollte die Planstelle eines leitenden Regierungsdirektors geschaffen werden, der sich mit der Frage der Sitzmöbel während der offiziellen Fototermine beschäftigt. Aus den Koordinaten „Mißliebigkeit des besuchenden Politikers" und „Macht des von ihm vertretenen Staates" kann dann je nach Situation die richtige Entscheidung getroffen werden. Außerdem sind im Bundeskanzleramt zwei Planstellen für Möbelträger zu schaffen, so daß auch dem Problem der Arbeitslosigkeit entschieden zu Leibe gerückt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Norbert Fischer,
Düsseldorf 30

Benachteiligte

„GEW will kürzere Arbeitszeit auch für die Lehrer": WELT vom 2. Juni

In dem o. a. Artikel wird durch die Erwähnung der 35-Stunden-Woche der Eindruck erweckt, als ob die Lehrer wie fast alle anderen Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche immerhin bereits hätten. Das trifft aber nicht zu.

Als noch allgemein, über Jahrzehnte hinweg, die 48-Stunden-Woche galt, hatten die Lehrer höchstens – nur die an Volksschulen – 30 Stunden pro Woche zu geben. 18 Stunden also waren für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts usw. vorgesehen. Einer 40-Stunden-Woche entspräche nach Adam Riese (48:40 wie 30:25) ein Unterrichtsstundenmaximum der Lehrer von 25 Stunden plus 15 Stunden für Schreibtischarbeiten u. a. Diese Regelung wurde den Lehrern leider immer wieder vorenthalten, früher unter Hinweis auf den Lehrermangel, später mit der Begründung, die Staatskasse sei leer.

Wenn unserem Staate und unserer Gesellschaft die Qualität unseres Schulwesens und damit unser aller Zukunft nicht gleichgültig sind, müssen sie endlich denen, auf die es hierbei besonders ankommt, den Lehrern, Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, eine Gruppe von Arbeitnehmern schlechter zu stellen als die anderen.

Ich will den „Metallern" und „Druckern" nicht verwehren, für sich die 35-Stunden-Woche zu fordern; aber der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" und vor allen die Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft" sollten zunächst einmal für diejenigen eintreten, die noch immer nicht die 40-Stunden-Woche haben!

Wilhelm Rughase,
ein ehemaliger Volksschullehrer,
Hamburg

Wort des Tages

„Unser Glück ist uns näher als wir es annehmen. Meistens ist es da, aber wir sehen es nicht, weil sich zwischen ihm und uns falsche Urteile über den Wert der Dinge drängen. Diese Vorurteile übernehmen wir oft von unserer Umgebung. Beginnen wir damit, sie auszuräumen."

Henri Bergson; franz. Philosoph (1859–1941)

Streik-Gedanken

Was nützen ständig steigende Löhne und Sozialleistungen, wenn im gleichen Maße Preise, Inflation und Arbeitslosigkeit steigen?

Einige wenige Gewerkschaftsführer wollen mit der 35-Stunden-Woche diktatorisch über das ganze deutsche Volk bestimmen und die Regierung muß tatenlos zusehen, aber die Verantwortung tragen. Welch ein Irrsinn! Man stelle sich vor, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde eingeführt, dann fordern auch die ÖTV und die Beamten dasselbe. Sofort müßten die Steuern erhöht werden. Wer soll das bezahlen?

In der Schweiz wird 42 Stunden (Maurer 44 Stunden) gearbeitet und es gibt kaum Arbeitslose und kaum Inflation. Das sollte doch zu denken geben. Über so wichtige Fragen, wie Arbeitszeitverkürzung sollte das ganze Volk abstimmen, wie in der Schweiz, und nicht eine geringfügige Minderheit. Die Arbeitnehmer sind einsichtiger, als die Regierenden glauben.

Wenn unsere Gesetze so sind, daß Regierung und Bundeskanzler bei Entscheidungen, für die sie verantwortlich sind, nicht mitreden dürfen, müssen diese Gesetze zum Nutzen aller schleunigst geändert werden. Aber wer hat schon dazu den Mut?

So werden wir wohl weiterhin unter der Diktatur einiger weniger hoch verdienenden, zum Klassenhaß hetzenden Gewerkschaftsbosse, die keinerlei Verantwortung und Risiko tragen, leben müssen. Es muß angenommen werden, daß sie andere Ziele haben, als den Arbeitnehmern zu helfen. Den Schaden tragen vor allem die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und die kleinen und mittleren Selbständigen, die aufgeben müssen.

Hans Zeller,
Bamberg

*

„Zur Sonne, zum Streik": WELT vom 8. Mai

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

nüchtern betrachtet ist das Abstimmungsergebnis der Metaller verständlich. Wer wird schon das Angebot ausschlagen, für's Nichtstun bezahlt zu werden!

Viel mehr verwunderlich ist, daß sich die übrigen Bürger, vor allem die Sparer, die Rentner u. a. der VdK nicht zu Wort melden, die sonst hellwach sind, wenn es um ihren sozialen Besitzstand geht. Wenn die Forderungen der betreffenden Gewerkschaften durchgesetzt werden, sind sie alle von dem damit verbundenen Inflationsschub betroffen. Niemand kann vom Staat oder dem DGB einen Ausgleich dafür fordern, daß die laufenden Bezüge bzw. das Ersparte ganz erheblich an Wert verlieren werden.

Es ist immer nur von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Rede. Auf die übrigen Bürger, die auch leben wollen, wird keine Rücksicht genommen.

Mit freundlichen Grüßen
E. Flik,
Freudenstadt

Wahlsystem

„Cauchemar der Koalition": WELT vom 29. Mai

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Ihre Analyse ist nicht nur stichhaltig, sondern brillant. Sie wirft damit aber die Frage auf, ob unser Wahlsystem uns überhaupt in das Jahr 2000 führen kann. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich nach dem Kriege die freie soziale Marktordnung gegeben, die uns unsere Freiheit garantiert. Die Bevölkerung hat sich bei jeder Wahl mit Mehrheit für die großen Parteien ausgesprochen, die sich zu dieser Marktordnung bekannten.

Im Laufe der Entwicklung aber hat sich die Sozialdemokratische Partei nicht mehr so eindeutig dafür ausgesprochen, und so erkennt selbst Golo Mann, daß die Sozialdemokraten einen anderen Staat haben wollen. Mit Hilfe der Minderheit kann sie es sogar erreichen (die Grünen).

Dies ist aber nicht der Wille der Väter unseres Grundgesetzes gewesen. Wenn schon das Zwei-Parteien-System nicht total bejaht wird, so müßte zumindest das Mehrheitswahlrecht gelten. Koalitionen können dann immer noch gebildet werden, aber nicht mit dem Ziel, daß die Mehrheit majorisiert wird.

Es ist jetzt hohe Zeit, diese Änderungen herbeizuführen und die Chancen sind auch gut. Viele Sozialdemokraten werden dies genau so bejahen wie es sich die CDU/CSU eigentlich wünschen müßte.

Mit freundlichen Grüßen
C. Weidlich,
Berlin 15

Kleinschreibung

„Wie ein Minister den Kleinschreibern auf den Leim ging": WELT vom 21. Mai

Mitte Juni soll nach diesem Beitrag wieder einmal die Einführung der Kleinschreibung auf der Kultusministerkonferenz beraten werden.

Hoffentlich werden dabei auch die ganz einfachen Gegengründe bedacht: Wer etwas schreibt, will einem Leser etwas mitteilen, und erwartet, daß diese Mitteilung auch für einen wenig Geübten eindeutig lesbar und verständlich ist. Fest steht, daß die Großschreibung das Lesen erleichtert. Jeder kann dies beim Lesen von Fernschreiben in Kleinschreibung feststellen, das sehr mühsam ist.

Über einige Vereinfachungen und die Beseitigung von Regelwidrigkeiten könnte man beraten, aber die Großschreibung der Substantive sollte nicht zur Diskussion gestellt werden. Die sogenannte „gemäßigte Kleinschreibung" ist nämlich eine radikale Beseitigung der Großschreibung im laufenden Text.

Da Texte in der Regel von einem Menschen geschrieben, aber von vielen gelesen werden, gebietet allein die Rücksichtnahme auf die Mitmenschen als Leser, grundsätzlich die Großschreibung beizubehalten.

Wir Eltern fordern, unseren Kindern eine solche „Reform" zu ersparen, von der sicher ist, daß sie von der Gesellschaft nicht mitgetragen wird.

Dr. G. Friesecke,
Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V.
Bonn

ARD



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-EM
Deutschland – Portugal
11.55 Fußball-EM
Rumänien – Spanien
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Martin und der Zauberer
Ein holländischer Abenteuerfilm
Dem zwölfjährigen Martin macht die Schule überhaupt keine Freude, er ist ein Tagträumer, und gemeinsam mit seinem Großvater liebt er es, sich immer wieder phantastische Geschichten auszudenken.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Parteien zur Europawahl
20.15 Hallo, Dienstmann
Österreichischer Spielfilm (1951)
Mit Hans Moser, Paul Hörbiger u. a.
Regie: Franz Antel
22.00 Ökumene '84
Der Papst in Genf
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.05 Heut' abend
ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Elmar Wepper
23.50 Erzählungen aus dem hohen Norden
Siebenteilige Reihe nach Jack London
Harry, ein Goldsucher, der eines Tages tatsächlich fündig geworden ist, wird in der Wildnis von seinem Partner verlassen.
00.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die kleinen Strolche
16.15 Pinnwand extra
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
18.00 Brigitte und ihr Koch
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Pat und Patachon
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 auslandsjournal
Frankreich: Kraftprobe Europawahl / Großbritannien: Maggies Herausforderer Neil Kinnock / Kanada: Der lange Abschied des Pierre Trudeau / Kanada: Kein Englisch mehr in Buckingham / Falkland: Reserve hat Ruh'
Moderator: Horst Kalbus
20.15 Derrick
21.15 Der Sport-Spiegel
Jürgen Hingsen – Gold in L. A.?
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Kunstbiennale Venedig / La Bohème-Inszenierung von Volker Schlöndorff in Frankfurt / Die Eröffnung der Künstlerkneipe „La Paloma" in Hamburg, ausgestaltet von Jörg Immendorff
Moderation: Hannes Keil
22.45 Sport am Freitag
23.45 Abbott und Costello treffen Frankenstein
Amerikanischer Spielfilm (1948)
1.05 heute



Kaum zu glauben: Derrick (Horst Tappert) darf Gefühle zeigen. Seine Partnerin ist Marion Medicus (ZDF, 20.15 Uhr) FOTO: DEFD

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"
20.00 Tagesschau
20.15 Geschenk für das Teichhuhn
21.00 Im Schlepp: Die längsten Beine der Welt
Reportage über die Bohrinsel „Statfjord C"
21.45 Wo der Bürgermeister die Fabrik besetzt
22.15 Der Doktor und das liebe Vieh
23.00 Rockpalast
24.00 Nachrichten

NORD
18.00 Hallo Spencer
18.30 News
18.45 Follow me
19.15 Auf der Suche nach dem Ursprung
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
21.15 Dafür sollte man dich einsperren
22.00 Leute
24.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Klamottenkiste
18.15 Die Themse – Porträt einer Flußlandschaft
19.00 Weiße Russen
19.45 News of the Week
20.00 Freitags um 8
20.45 Notizen vom Nachbarn
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Leute

SÜDWEST
18.00 Aus meinem Reisetagebuch
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Wege zum Menschen: Leben heißt wachsen
21.00 Postfach 820
21.15 Lernen ist menschlich (9)
Anschl. Elternsache (9)
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Paare (2)
22.45 Sonnenpferde (6)
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Transparent
23.00 Sonnenpferde (6)

BAYERN
19.00 Unser Land
19.45 Das Abkommen
20.40 Z. E. N.
20.45 Reisewege zur Kunst: Le Marche
21.30 Rundschau
21.45 Nix für ungut!
21.50 Lieder – Rhythmen – Melodien
22.35 Sport heute
22.50 Unter dem Vulkan
00.25 Rundschau

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** hat dem Präsidenten der Handwerkskammer für Mittelfranken, Senator **Karl Halbig**, das von Bundespräsident **Karl Carstens** verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland in der Bayerischen Staatskanzlei überreicht.

*

Mit dem Verdienstkreuz am Band des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sind **Irene Stegmann** und **Lidwina Zapf** aus Frankfurt am Main geehrt worden. Die Auszeichnung erhielten die beiden Frauen für ihren besonderen sozialen Einsatz während ihrer 25jährigen Tätigkeit beim Caritas-Verband. Irene Stegmann und Lidwina Zapf haben vor 25 Jahren in Sachsenhausen ein Wohn- und Betreuungsangebot für Mädchen und junge Frauen aufgebaut, die nicht mehr der Prostitution nachgehen wollten. Daraus entwickelte sich dann eine Wohngemeinschaft für junge Frauen, die nicht allein leben konnten und fachliche Hilfe zur Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme brauchten.

*

Der langjährige Ordinarius für Rechtswissenschaften an der Universität Mainz, Professor **Johannes Baermann**, hat den „Preis der Immobilien-Messe Essen 1984" erhalten. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert und wird alle zwei Jahre anläßlich der „Immobilien-Messe" gemeinsam vom Ring Deutscher Makler und der Messe Essen vergeben. Mit dieser Auszeichnung werden die Verdienste des Rechtsexperten Baermann gewürdigt, der als „Vater des Wohnungseigentums" nach dem Wohnungseigentumsgesetz (WEG) gilt.

*

Die Jury der Fiduziarischen Stiftung „Freiheit der Presse" in Frankfurt am Main hat den „Wächterpreis der Tagespresse" an **Bernd Stadelmann** von den „Stuttgarter Nachrichten", **Winfried Rohloff** von der „Frankfurter Rundschau" sowie **Michael S. Koziol, Gerd E. Haida** und **Alfred Schmidt** vom „Haller Tageblatt" vergeben.

JUBILÄUM

Die Rickmers Reederei GmbH Rickmers Werft, eines der ältesten und bekanntesten deutschen Schiffahrts- und Schiffbauunternehmen, begeht heute ihr 150jähriges Jubiläum. Werftangehörige und Gäste feiern den Geburtstag auf dem Neubau MS „Johanna" (4200 Tonnen Tragfähigkeit) an der Ausrüstungspier der neuen Werft im Fischereihafen von Bremerhaven.

Den Festvortrag hält Altbundeskanzler **Helmut Schmidt**, Ehrenbürger der Seestadt. Schmidt wird über die Bedeutung des deutschen Schiffbaus und der deutschen Seeschiffahrt für die Bundesrepublik Deutschland sprechen. Das neue Werftgelände ist schon der dritte Werftplatz, seitdem der Gründer **R. C. Rickmers**, ein geborener Helgoländer, seinen ersten Bauplatz für kleinere hölzerne Schiffe eröffnete. Als der 20 Jahre später zu klein wurde, zog der Betrieb um. Die Rickmers Werft baute berühmte Schiffe, wie das Schulschiff „Herzogin Cecilie". Rickmers baute aber nicht nur Schiffe, sondern war auch Reeder. Seine Schiffe fahren auf allen Weltmeeren, insbesondere in Fernost.

*

Der pensionierte Pädagoge Dr. **Helmut Sauer** aus Eschwege, der sich bereits in den 50er und 60er Jahren den Ruf eines Retters des Hohen Meissners erworben hat, erhielt aus der Hand des Präsidenten der Universität Marburg, Professor Dr. **Walter Kröll**, die Urkunde zum Goldenen Doktorjubiläum. Sauer hat 1934 am Botanischen Institut der Universität Marburg mit einer entwicklungsgeschichtlichen Untersuchung zur verwandtschaftlichen Beziehung einiger Pflanzenfamilien den Doktorgrad erworben und war anschließend in den Schuldienst eingetreten. Besondere Verdienste erwarb er sich um den Erhalt des Hohen Meissners als Biotop, aber auch als Quelle der Wasserversorgung vieler umliegender Orte.

ERNENNUNG

Neuer Leiter der erst vor kurzem ins Leben gerufenen Abteilung für Klinische Chemie und des Zentrallaboratoriums im Interdisziplinären Medizinischen Zentrums der Universität Marburg wurde Professor Dr. **Axel Gressner** von der Technischen Hochschule Aachen. Gressner will sich in seinem neuen Aufgabenbereich vor allem mehreren wissenschaftlichen Schwerpunktprogrammen widmen. Dazu gehören unter anderem der Mechanismus der Leberzellnekrose und die Entstehung der Leberzirrhose. Ferner wird sich seine Abteilung mit Untersuchungen der therapeutischen Intervention durch endogene anti-inflammatorische Substanzen sowie mit einer Weiterentwicklung klinisch-chemischer Analyseverfahren und die Einführung neuer Methoden beschäftigen. In Aachen hat der 41jährige Wissenschaftler vor allem den Bindegewerbsstoffwechsel der Leber unter Schädigungsbedingungen wissenschaftlich untersucht.

KIRCHE

Vom Informationsreferat für das südliche Afrika im Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland wechselt Pfarrer **Karl Gutberlet** am 1. Juli zur Evangelischen Flughafenseelsorge auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen. Zusammen mit seinem katholischen Amtsbruder wird sich der 1936 in Dessau geborene Gutberlet in seinem neuen Wirkungskreis sowohl um die rund 30 000 Beschäftigten als auch die rund 60 000 Reisenden zu kümmern haben, die den Frankfurter Flughafen täglich frequentieren. An Spitzentagen landen und starten bis zu 600 Flugzeuge in der Main-Metropole.

Der Direktor des Wiener Theaters in der Josefstadt, der aus Leipzig gebürtige Professor **Ernst Haeussermann**, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Haeussermann war auch Mitglied des Direktoriums der Salzburger Festspiele und ordentlicher Hochschulprofessor. Bereits in seiner Gymnasiasten-Zeit versuchte er sich als Schauspieler, bis er 1933 am Burgtheater in Silvaras Schauspiel „Caprice" debütierte. 1939 wurde Haeussermann beim Besuch der Weltausstellung in New York vom Zweiten Weltkrieg überrascht und zur Emigration genötigt. In Hollywood arbeitete er eng mit **Max Reinhardt** zusammen, wirkte in rund 20 amerikanischen Filmen mit und kehrte nach Kriegsende als amerikanischer Kulturoffizier nach Wien zurück. Wieder in der Heimat, arbeitete Haeussermann federführend beim Sender „Rot-Weiß-Rot", betätigte sich auch als Filmproduzent und lehrte als Professor am Reinhardt-Seminar. 1953 wurde Haeussermann als zweiter Direktor des Theaters in der Josefstadt berufen, wo er bis 1958 tätig war. Im selben Jahr übernahm er die Direktion des Burgtheaters und wurde mit zehn Jahren Amtsdauer der am längsten amtierende Burgtheater-Direktor in diesem Jahrhundert. Von 1969 bis zu seinem Tode wirkte Haeussermann erneut als Direktor des Theaters in der Josefstadt.

*

Der langjährige Hörfunk-Programmdirektor des Bayerischen Rundfunks (BR), **Walter von Cube**, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Der gebürtige Stuttgarter war 1948 als Chefkommentator zum BR gekommen und hatte den Posten des Chefredakteurs übernommen. 1957 wurde er zum Programm-Koordinator, 1960 zum Programmdirektor Hörfunk und Stellvertreter des Intendanten berufen. Diesen Posten hatte er dann zwölf Jahre bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1972 inne.

Neues Kabinett ist für Kohl kein Thema

■ Fortsetzung von Seite 1

gen eines Bankenkonsortiums noch von einer Bitte an die Bundesregierung um eine Bürgschaft.

Die FDP-Führung sieht in den Meldungen über eine bevorstehende Anklageerhebung gegen Graf Lambsdorff eine gezielte „Beeinflussung und Beeinträchtigung unserer Chancen im Europawahlkampf". Der neue Generalsekretär Haussmann machte gestern deutlich, daß seine Partei *dennoch zur Zeit keinen* „Entscheidungsbedarf" sehe. Die Parteiführung werde „sich damit auseinandersetzen, wenn Entscheidungen des Gerichts zu Lambsdorff gefallen sind". Im Gegensatz zu Äußerungen des Bundeskanzlers, daß der Wirtschaftsminister im Falle einer Anklageerhebung zurücktreten werde, betonte Haussmann, daß Lambsdorff und die FDP-Führung sich ihre Entscheidung in diesem Fall vorbehielten. Die Koalitionsparteien hätten das „Recht, sich jeweils über ihre Personen und Ressorts Gedanken zu machen".

FDP will stärkere Profilierung

p. p. Bonn

FDP-Generalsekretär Haussmann hat auch in den Bereichen der Steuerreform-Diskussion und der *Ehescheidungs-Debatte den Willen* seiner Partei deutlich gemacht, eine „stärkere Profilierung" gegenüber dem Koalitionspartner zu erreichen. *Am kommenden Montag* und *Donnerstag* werden beide Themen im Bundesvorstand und in einer Runde mit den Landesvorsitzenden breit *erörtert werden, um den eigenen* Standpunkt festzulegen. In der Frage des Steuerrechts verwies Haussmann ausdrücklich auf die negativen Erfahrungen *mit* dem geplanten Amnestiegesetz, die sich nicht wiederholen sollen.

Bei der geplanten Steuerreform ist *die FDP nach Haussmanns Worten* nicht bereit, auf Überlegungen in der Union einzugehen, angesichts einer voraussichtlich geringer gewordenen Verteilungsmasse *zum* 1. Januar 1986 nur die Familienentlastung in Kraft zu setzen und die Tarifreform auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. *Dies* werde „keine Koalitionsgrundlage" sein.

Gesamtmetall dringt auf schnelle Schlichtung

Arbeitsrechtler Rüthers im Gespräch / IG Metall berät

DW. Bonn

Auf einer Sondersitzung in Frankfurt will der Vorstand der IG Metall heute sein weiteres Vorgehen im Metall-Tarifkonflikt beraten, der voraussichtlich nur noch durch die „besondere Schlichtung" gelöst werden kann. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall *ist der Meinung, daß das* Schlichtungsverfahren unbedingt noch in dieser Woche beginnen sollte, um – wie es sein Sprecher Werner Riek *formulierte* – „weitere für die Unternehmen und die Beschäftigten nicht mehr zu verantwortende Verzögerungen zu vermeiden".

Die Arbeitgeber denken an den Konstanzer Arbeitsrechtler Professor Bernd Rüthers als Schlichter. Das Spezialgebiet des Wissenschaftlers ist das Tarifrecht. Da Rüthers die Arbeitgeberseite in der Mitbestimmungsklage gegen die Gewerkschaften vertreten hat, würde bei der IG Metall ein entsprechender Vorschlag mit Skepsis aufgenommen, hieß es gestern vormittag in Gewerkschaftskreisen. Gesamtmetall benannte bereits *als Beisitzer den Verhandlungs*führer für Nordwürttemberg/Nordbaden, Hans-Peter Stihl, den hessischen Verhandlungsführer Georg Ringenberg *und den Vorsitzenden* des Verhandlungskreises von Gesamtmetall, Gerhard Müller. Nach der seit dem 1. Januar 1980 gültigen *Schlichtungsordnung in der Metallin*dustrie kann die „besondere Schlichtung" während eines Arbeitskampfes nur von beiden Seiten einvernehmlich eingeleitet werden. Die IG Metall hatte nach dem Abbruch der Stuttgarter Tarifverhandlungen erkennen lassen, daß sie von sich aus eine Schlichtung nicht vorschlagen, sich einem Vorschlag der Arbeitgeber aber nicht verschließen werde.

Mit Kritik an der Entscheidung der Arbeitgeber, die Aussperrung im nördlichen Baden-Württemberg auszudehnen, meldeten sich die CDU-Sozialausschüsse zu Wort. Ihr Hauptgeschäftsführer Heribert Scharrenbroich erklärte, durch diesen Schritt der Unternehmer komme es „zum ungünstigsten Zeitpunkt zu einer weiteren, höchst bedauerlichen Eskalation des Arbeitskampfes". Auch die hessischen Arbeitgeber beschlossen gestern, von Dienstag an die Aussperrung auszudehnen.

Im Beschwerdeverfahren der Bundesanstalt für Arbeit gegen die Entscheidung des Frankfurter Sozialgerichts, den sogenannten Franke-Erlaß bis zur Hauptverhandlung auszusetzen, ist noch *kein Termin* bestimmt. Beim Landessozialgericht (LSG) mußte gestern mittag noch über Ablehnungsanträge gegen insgesamt vier Richter entschieden werden.

Im Tarifkonflikt der Druckindustrie sollen die Verhandlungen morgen fortgesetzt werden.

Seite 2: Besser jetzt als nie

Blüm gegen Sozialschlacht

● Fortsetzung von Seite 1

Blüm: Tabus sind immer schlecht. Sie sind im Urwald zu Hause und nicht in einer zivilisierten Gesellschaft. Aber Patentrezepte passen auch nicht. Die Regierung ist immer für differenzierte Lösungen, die auf unterschiedliche Verhältnisse Rücksicht nehmen. Man kann nicht mit der Dampfwalze Arbeitszeitpolitik machen. Für flexible Lösungen ist wahrscheinlich die Jahresarbeitszeit besser geeignet als die Wochenarbeitszeit. In zwanzig Jahren ist die Wochenarbeitszeit vielleicht ein Museumsstück. Die Arbeitszeiten werden gemischter, wenn betriebliche Arbeitszeit und individuelle Arbeitszeit sich auseinanderentwickeln.

WELT: Wäre das Beispiel der Niederlande ein gangbarer Weg, wo die 38-Stunden-Woche in der Metallindustrie über die Jahresarbeitszeit-Verkürzung für Arbeitnehmer erreicht werden soll, wobei die Betriebszeiten der Produktionsanlagen *nicht* verringert werden sollen?

Blüm: Man kann auch von anderen lernen. Der holländische Weg jedenfalls erlaubt Regelungen, die für den Betrieb anpassungsfähiger sind als generelle Einheitslösungen. Der Phantasie sind freilich keine Grenzen gesetzt, auch andere tragbare flexible Konzepte zu finden. Man darf nie vergessen, daß die Verhältnisse im Mittelstand *andere sind als in der Groß*industrie.

Sacharow-Film: KPF sagte Teilnahme ab

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Beisein von vier sozialistischen Kabinettsmitgliedern, aber unter auffallender Abwesenheit von Vertretern der Kommunistischen Partei oder der sowjetischen Botschaft, erlebte der amerikanisch-englische Fernsehfilm „Sacharow" am Mittwoch im Pariser Palais Chaillot vor 720 geladenen Gästen seine Welturaufführung. Der Film fußt auf Sacharow-Tagebüchern, die in den Westen gelangten, und schildert ergreifend den Opfergang des sowjetischen Atomwissenschaftlers von seinen ersten Protesten gegen Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion in den späten sechziger Jahren bis zu seiner Verbannung nach Gorki 1980. Die Hauptrolle spielt der Amerikaner Jason Robards, die Engländerin Glenda Jackson tritt in der Rolle der Frau Sacharows, Jelena Bonner, auf. Unter den Zuschauern war auch Tanja Jankelevitch, die Stieftochter des Wissenschaftlers. Präsident Mitterrand, der am nächsten Mittwoch eine dreitägige offizielle Visite in der Sowjetunion macht, hatte sich von seinem Kulturminister Jacques Lang vertreten lassen.

Im Elyseepalast *hält man* sich zur Frage Sacharow im Zusammenhang mit dem Mitterrand-Besuch in Moskau nach wie vor sehr bedeckt: Natürlich werde der Präsident auch über Sacharow in Moskau sprechen, aber es wäre gewiß übertrieben von ihm zu erwarten, daß er ein persönliches Zusammentreffen mit dem Wissenschaftler fordern könne. Doch habe Mitterrand Frankreichs Position in der Menschenrechtsfrage klargestellt.

„Solange wir von Sacharow reden, wird er leben. Von dem Tage an, an dem wir schweigen, wird er tot sein", sagte der polnische Dissident Marek Halter zur Einführung. Das von ihm geleitete Internationale Sacharow-Komitee habe seit dem 12. Mai keinerlei Nachricht über Verbleib und Befinden der Sacharows mehr, mit Ausnahme der „wenig zuverlässigen" offiziellen sowjetischen Mitteilungen. Für ihr Leben und ihre Gesundheit sei daher leider Schlimmstes zu befürchten.

Der *von dem englischen Regisseur* Jack Gold inszenierte Film soll ab der nächsten Woche gleichzeitig in mehreren westlichen Ländern und in Israel *gezeigt werden und dann über die* Fernsehschirme gehen.

Ferreiras Rückkehr bringt Uruguay in Bedrängnis

Oppositionspolitiker muß heute mit Verhaftung rechnen

WERNER THOMAS, Miami

Ein Ereignis von einiger Tragweite steht dem südamerikanischen Staat Uruguay morgen bevor. Im Hafen der Hauptstadt Montevideo wird das argentinische Fährschiff „Ciudad de Mar del Plata" vor Anker gehen, und an Bord werden der frühere Senator Wilson Ferreira Aldunate, 400 Parteifreunde und Sympathisanten sowie 200 Journalisten sein. Die Pressevertreter werden dann gleich über Ferreiras Festnahme berichten.

Die Rückkehr des prominentesten und einflußreichsten Oppositionspolitikers nach einem Exilaufenthalt von elf Jahren hält das Land bereits seit Wochen in Atem. Je näher der 16. Juni rückte, desto stärker wuchs jedoch die Nervosität. Die Furcht ist weit verbreitet, daß es in dieser emotionsgeladenen Atmosphäre zu blutigen Zwischenfällen mit ungewissen Folgen kommen kann.

Schon sehen besorgte politische Beobachter die für November geplanten Wahlen in Gefahr, bei denen Ferreira als Präsidentschaftskandidat auftreten will, obgleich ihm bis 1991 die politischen Rechte aberkannt wurden. Die Bischofskonferenz appellierte an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren. Das Innenministerium dekretierte ein totales Informationsverbot über Ferreira und warnte vor „professionellen Agitatoren", die „Märtyrer schaffen" wollen.

Über der Wahl liegt der Verdacht der Manipulation

Ferreira führt die Nationalpartei, die derzeit größte politische Bewegung Uruguays. Er hatte bereits bei den letzten Wahlen 1972 kandidiert und nur knapp gegen seinen damaligen Rivalen Juan Maria Bordaberry verloren. Über diesem Urnengang liegt der Verdacht der Manipulation. Ein Jahr später, die linken Tupamaros-Rebellen rieben die Nation immer tiefer in das politische Chaos, übernahmen die Militärs die Macht. Ferreira floh ins Ausland.

Der linksliberale Politiker, der bis November vergangenen Jahres in der venezolanischen Hauptstadt Caracas lebte und dann nach Buenos Aires übersiedelte, war der schärfste Kritiker der uruguayischen Militärregierung. Unablässig klagte er die Streitkräfte wegen Menschenrechtsverletzungen an. Als Ferreira 1976 vor dem amerikanischen Kongreß erschien, stellte die US-Regierung kurze Zeit später den Verkauf von Waffen an Uruguay ein. Prompt erließ die Militärjustiz einen Haftbefehl gegen Ferreira, weil er der „Kollaboration *mit subversiven Kräften" verdächtigt* wurde. Dieser Haftbefehl soll nun vollstreckt werden.

Verhandlungen mit Parteien über politisches Abkommen

Ferreiras Rückkehr-Entscheidung führte zu offenen Meinungsverschiedenheiten mit den beiden anderen offiziellen Parteien, der „*Partido Colorado*" und der kleinen Bürgerunion. Jorge Batlle, ein ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Colorados, glaubt, Ferreira hätte warten sollen. „Ich habe ihn gewarnt, vorsichtig zu sein. Er kann eine Katastrophe auslösen." Der Demokratisierungsprozeß sei in Gefahr.

Es ist ein zähflüssiger Prozeß, der immer wieder Rückschläge erlitt. Die Militärregierung des Präsidenten Gregorio Alvarez, seit drei Jahren im Amt, will wohl Wort halten und am 25. November Wahlen durchführen. In den nächsten Wochen sollen jedoch noch Verhandlungen mit den Parteien über ein politisches Abkommen geführt werden.

Die Militärs möchten auch *nach* dem Machtwechsel den Sicherheitssektor kontrollieren. Die Nationalpartei lehnt eine Teilnahme an solchen Gesprächen ab, solange der politische Bannspruch gegen Ferreira nicht aufgehoben ist. General Hugo Medina, der neue Kommandeur der *Streitkräfte, erinnerte letzte Woche:* „Es bleibt nicht mehr viel Zeit (für Verhandlungen)."

Julio Sanguinetti, der Generalsekretär der Colorado-Partei, warnte wiederum die Militärs, die Geduldspanne der drei Millionen Uruguayer nicht zu überschätzen. Wenn nicht planmäßig gewählt werde, drohe eine Welle der Gewalt. „Nach elf Jahren Militärregierung toleriert das Volk nur noch einen Ausweg: eine neue demokratische Ordnung." (SAD)

Moskau soll Hochrüstung beenden

DW. Bonn

Die CDU/CSU hat an die Sowjetunion *appelliert*, ihre „*hemmungslose* Hochrüstung" zu beenden, um damit den von ihr verschuldeten „Teufelskreis" von Vorrüstung und Nach*rüstung zu d*urchbrechen. Der für Abrüstung zuständige Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Todenhöfer, erklärte gestern in Bonn, die westliche *Allianz* und besonders die Bundesrepublik Deutschland seien zu einem umfassenden Abrüstungsdialog mit Moskau bereit. Zuvor aber müßten *die* Sowjets ihre Blockadepolitik in allen zentralen Fragen der Abrüstung aufgeben.

Todenhöfer präsentierte eine Übersicht über das militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, die auf Angaben der Bundesregierung fußt. Danach gibt es bei den nuklearen *Mittelstreckenraketen* größerer Reichweite ein Übergewicht des Ostblocks gegenüber der NATO von 14:1, bei den Kurzstreckenraketen liegt die *Relation* bei 7:1, bei der Zahl der Jagdflugzeuge liege der Vorsprung der Sowjets bei 5,3:1.

Syrien wird weiter vermitteln

AP, Beirut

Die syrische Regierung soll, wie es gestern in Beirut hieß, abermals zwischen den zerstrittenen Parteien der libanesischen Christen und der Moslems vermitteln. Wie die Zeitungen übereinstimmend berichteten, geht es bei diesem neuen Anlauf zu einem Vermittlungsversuch um die Frage der Neuorganisation des Oberkommandos der libanesischen Streitkräfte. So soll sich der libanesische Staatspräsident Gemayel telefonisch an den syrischen Vizepräsidenten Chaddam gewandt und von ihm die Zusage erhalten haben, daß er nach Beirut kommen werde, um zu versuchen, einen Kompromiß zu finden. Die Moslems im Libanon plädieren für die Einrichtung eines gemeinsamen Oberkommandos der Streitkräfte, das den bisherigen maronitischen Oberkommandierenden Tannus ersetzen soll. Gemayel hatte vorgeschlagen, Tannus durch einen anderen maronitischen Oberkommandierenden zu ersetzen und dazu einen Stellvertreter mit einem schiitischen Moslem zu besetzen.

Staatliche Lösung ?

J. Sch. (Paris) – Creusot-Loire ist noch nicht k. o., aber auf dem besten Wege dazu. Das gerichtliche Vergleichsverfahren kann über den Konkurs zur Liquidierung führen, wenn es nicht doch noch zu einem neuen Rettungsplan kommen sollte. Die Aussichten dafür sind aber sehr schlecht.

Die verstaatlichten Banken als Hauptgläubiger wollen auf Anweisung der Regierung dem Defizitunternehmen nur unter der Bedingung weitere Mittel zur Verfügung stellen, daß die privaten Aktionäre (Schneider-Empain) tief in die eigene Tasche greifen, was diese aber ablehnen. Vor allem aber hat Konzernpräsident Pineau-Valencienne das Vertrauen der Banken und der Regierung verloren. So weigerte sich der für die Sanierung zuständige Industrieminister Fabius sogar, Pineau-Valencienne in den letzten Wochen zu empfangen. Steht dieser doch in Verdacht, der Holding-Gesellschaft Schneider S.A., deren Präsident er ebenfalls ist, die guten Teile des Konzerns zu erhalten und die schlechten, insbesondere die Stahlunternehmen, dem Staat zuzuschanzen.

Für die ohnehin sehr schwierige *Geschäftslage des Unternehmens* kann sich das als katastrophal erweisen. Denn wer wagt es heute noch, diesem einen längerfristigen Auftrag zu erteilen? Das würde sich nicht zuletzt für die französische Handelsbilanz sehr nachteilig auswirken. Creusot-Loire exportiert 50 Prozent seiner Produktion. Außerdem stehen Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Deshalb müßte es letztlich wohl doch zu einer staatlichen Lösung kommen, um Creusot-Loire wenigstens teilweise zu erhalten.

Kein Geschäft

fu (London) – Das Geschäft der Versicherung von Satelliten dürfte alles andere als lukrativ sein. Jedenfalls grübeln die Versicherungsmakler in London darüber nach, wie sie diesmal einen Versicherungsanspruch in Höhe von 63 Millionen Dollar aus dem jüngsten Verlust eines Satelliten am besten verkraften. Der Kommunikations-Satellit mit einem versicherten Wert von insgesamt 102 Millionen Dollar war am letzten Wochenende nur wenige Minuten nach dem Start seiner Trägerrakete in Florida als Verlust gemeldet. Bereits im Februar waren innerhalb weniger Tage gleich zwei Satelliten im Verlauf einer amerikanischen Space-Shuttle-Mission verlorengegangen. Die Forderungen an den Londoner Versicherungsplatz: 50 Prozent der Versicherungssumme von 105 Millionen Dollar für den Satelliten „Weststar 6" und 66 Prozent der 75 Millionen Dollar, für die „*Palapa B 2*" rückversichert war. Dem Londoner Versicherungsgeschäft bleibt nur zu wünschen, daß sich die Lage am Himmel stabilisiert.

Zusätzliche Auftriebskräfte

Von WILHELM FURLER, London

Die britische Wirtschaft befindet sich seit dem vergangenen Jahr in einer deutlich sichtbaren Belebungsphase. Das *Bruttosozialprodukt* stieg im vergangenen Jahr um rund drei Prozent, und auch in diesem Jahr dürfte die Wachstumsrate höchstens geringfügig darunter liegen. Jedenfalls zeigen die kürzlich veröffentlichten Regierungs-Statistiken, daß das Bruttosozialprodukt im ersten Quartal dieses Jahres um drei Prozent über dem in der gleichen Zeit des Vorjahres lag.

Am deutlichsten kommt die kontinuierliche Verbesserung der konjunkturellen Lage in den Umfrageergebnissen zum Ausdruck, die der britische Industrieverband DBI von seinen Mitgliedsfirmen einholt. Seit Ende letzten Jahres nimmt der Optimismus in der verarbeitenden Wirtschaft Großbritanniens von Monat zu Monat zu. Gegenwärtig ist die Zuversicht über die weitere wirtschaftliche Entwicklung so stark ausgeprägt wie seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr.

So berichten die Mitgliedsunternehmen den beiden letzten Umfragen zufolge über eine kräftigere Zunahme von Aufträgen und der Produktion als je zuvor während der vergangenen sieben Jahre. Und die Auftragsbücher sind so voll, wie seit der ersten Hälfte 1979, also vor Beginn der schweren Rezession, nicht mehr.

Praktisch *alleiniger Motor* der konjunkturellen Belebung in Großbritannien war bisher die Verbrauchernachfrage, basierend auf einem erheblichen Nachholbedarf der Konsumenten. Und vorerst sieht es nicht danach aus, als ließe sich diese Konjunktur-Lokomotive in absehbarer Zeit abkoppeln. Eher wird sich eine zweite Lokomotive vor den Zug spannen lassen, nämlich die wachsende Investitionsneigung.

So kommt das Ministerium für Handel und Industrie in seiner jüngsten Beurteilung der Investitions-Absichten in Großbritannien zu dem Ergebnis, daß die Investitionen der britischen Wirtschaft im laufenden Jahr um mehr als neun Prozent zunehmen. So stark ausgeprägt war die Investitionsneigung in diesem Land zum letzten Mal vor sechs Jahren. Auch für 1985 wird nach der Regierungs-Erhebung ein weiterer Anstieg erwartet.

Entsprechend geht die deutliche Mehrheit der Konjunktur-Experten und Wirtschaftsforscher in Großbritannien davon aus, *daß die Wirtschaft* des Landes auch weiterhin und für einige Zeit in mäßigem Umfang wachsen wird. Neben den drei Triebfedern Konsum, Investitionen und Lageraufbau werde sich vor allem das Wachstum im Welthandel positiv auf die britischen Wirtschafts-Aktivitäten auswirken.

So rechnen die britischen Großbanken übereinstimmend damit, daß sich der Welthandel sowohl im laufenden als auch im nächsten Jahr um mindestens fünf Prozent ausweiten *wird, nachdem er 1983 nur um etwa* zwei Prozent gewachsen ist. Dies dürfte dazu führen, daß die britische Leistungsbilanz bis Ende des Jahres deutliche Überschüsse abwerfen *wird – getragen allerdings hauptsächlich* von den hohen Überschüssen aus dem Dienstleistungs-Bereich (vor allem die Londoner City mit ihren Banken, Versicherungen, Broker- und *Handelsfirmen sowie der Luftverkehr*) und aus dem Export von Nordseeöl. Großbritannien ist heute der viertgrößte Ölproduzent der Welt.

Ermutigend ist auch die Entwicklung der Zinsen und der Inflationsrate. Trotz der aus den USA stark einwirkenden Zins-Auftriebskräfte konnte das Zinsniveau in Großbritannien bislang grundsätzlich gehalten werden. Lediglich um ein halbes Prozent auf zwischen neun und 9,25 haben die britischen Großbanken ihren Basis-Ausleihesatz zuletzt am 10. Mai an. Die Inflationsrate lag im März und April bei aufs Jahr gerechnet 5,2 Prozent, und alles sieht danach aus, als würde sie in den nächsten Monaten wieder fallen.

Lediglich die Arbeitslosenzahlen verharren hartnäckig bei mehr als drei Millionen oder 13 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Wenn auch einem weiteren Anstieg Einhalt geboten werden konnte, sieht es nicht danach aus, als könnte die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit deutlich reduziert werden. Zu groß sind noch die Reserven für eine weitere Verbesserung der Produktivität. *Und demographische Erhebungen zeigen*, daß die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter in den nächsten Jahren merklich wachsen wird.

AGRARPOLITIK / Bonn: Die Gemeinschaft braucht höhere Beiträge

Kiechle verteidigt die Subventionen für die Landwirte mit Nachdruck

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte von acht auf 13 Prozent wird zum 1. Juli in Kraft gesetzt. Davon geht Ernährungsminister Ignaz Kiechle aus, wie er in einem Gespräch mit der WELT vor dem heutigen Hearing des Finanzausschusses des Bundestages zu diesem Thema erklärte. Das gelte selbst dann, wenn auch dem nächsten EG-Gipfel in Fontainebleau bei Paris am 25. und 26. Juni keine einvernehmliche Lösung gefunden werden könnte.

Wenn es nur um einen Ausgleich für den weiteren Abbau des deutschen Grenzausgleichs um fünf Prozentpunkte zum 1. Januar 1985 gegangen wäre, dann hätte die Anhebung der Vorsteuerpauschale um drei Punkte, wie von den EG-Agrarministern im März beschlossen, ausgereicht.

Da die EG-Kommission jedoch danach noch flankierende Maßnahmen erlassen hat, die zu Preissenkungen in der Bundesrepublik führen, hält der Minister die Aufstockung der Vorsteuerpauschale für gerechtfertigt. Kiechle erläuterte die Auswirkungen der flankierenden Maßnahmen am Beispiel des Weizenpreises, der für die deutschen Bauern immer noch eine zentrale Rolle spiele. Durch die Verkürzung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von zehn auf fünf Monate, durch die Verlängerung *des Zahlungsziels bei der Intervention* von einem auf vier Monate und die Reduzierung des Aufschlags für Mahlweizen müßten die deutschen Bauern Preiseinbußen von fünf bis sechs Prozent verkraften, die zu der im März beschlossenen Preissenkung von einem Prozent hinzu kämen.

Ähnlich sähe es bei Milch aus. Die Vorschrift, daß der Wassergehalt des Magermilchpulvers weiter von vier auf 3,5 Prozent reduziert werden muß, koste einen Pfennig je Liter Milch. Dadurch sollen die Landwirte veranlaßt werden, weniger für die staatlichen Läger und mehr für den Markt zu produzieren. *Dem hält* Kiechle entgegen, daß schon jetzt das Magermilchpulver, in großem Umfang unverkäuflich sei.

Allerdings geht Kiechle nicht davon aus, daß die EG-Kommission am Montag einen Vorschlag zur Anhebung der Vorsteuerpauschale um fünf Prozentpunkte zum 1. Juli machen werde, über den dann der Ministerrat befinden könnte. Dabei liegt für den Minister nicht das Problem in dem zeitlichen Vorziehen der Anhebung, weil in dem EG-Beschluß kein Termin genannt sei.

Dann müßten sich die Staats- und *Regierungschefs mit diesem Thema* auf dem nächsten Gipfel beschäftigen, der einen Tag vor der abschließenden Lesung des Gesetzes im Bundestag stattfindet. Dafür kennzeichnet Kiechle die Lage so: „Die Gemeinschaft braucht höhere Beiträge und sie braucht eine höhere Überbrückungsfinanzierung." Da die Bundesrepublik der größte Netto-Zahler sei, könne ohne sie nichts laufen. Wenn es jetzt wegen des Streits um den britischen Beitrag nicht zu einem Beschluß kommen sollte, so müßte die deutsche Erhöhung der Vorsteuerpauschale eben später nachträglich abgesegnet werden.

Auch andere Staaten hielten sich nicht immer buchstabengetreu an das EG-Recht. Und ständig weitere Belastungen könnten der deutschen Landwirtschaft, die in der Einkommensstatistik an drittletzter Stelle liege, nicht zugemutet werden. *Allerdings sollte in Verhandlungen* verhindert werden, daß die EG-Kommission den Gerichtshof anruft.

Den Vorwurf, daß die höhere Vorsteuerpauschale, da sie umsatzbezo*gen sei, die größeren Betriebe stärker* begünstige, begegnet Kiechle mit dem Hinweis, daß auch die Einkommenseinbußen aufgrund der Preissenkungen vom Umsatz abhingen. *Indirekt schnitten jedoch die kleineren* Betriebe besser ab. Denn sie müßten die Milchmengen, für die der Preis auch weiterhin garantiert bleibt, nicht so stark einschränken *wie die Großbetriebe. Auch bei der* Aufstockung des Bundeszuschusses zur Unfallversicherung, der von der früheren Regierung bereits auf 200 Millionen reduziert worden war, jetzt auf 400 Millionen Mark festgeschrieben ist, würden die kleineren Betriebe vergleichsweise stärker begünstigt.

AKTIENMARKT

Die Streiks und ihre Folgen ließen die Kurse sinken

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Aktienkurse haben sich gestern deutlich abgeschwächt, nachdem die Notierungen bereits am Mittwoch auf breiter Front abgebröckelt waren. Die blue chips der Branchen Auto, Elektro, Chemie und Banken erlitten Verluste von ein bis 2½ Prozent ihres Kurswertes.

Bei einer nur geringen Aufnahmeneigung des privaten Publikums und institutioneller Anleger drückten vor allem Verkäufe aus dem Ausland auf die Kurse. Von einem nennenswerten Abgabedruck könne allerdings nicht *gesprochen werden, so hieß es auf* dem Parkett. Immerhin ist aber nicht zu übersehen, daß ausländische Investoren die Situation des deutschen *Aktienmarktes zur Zeit ungünstig beurteilen*. Das Erscheinungsbild der Bundesrepublik leide nicht nur unter dem Tarifkampf selbst, sondern unter dem vermuteten politischen Motiven, die hinter dem Streik stünden. Man frage sich im Ausland, so berichteten Börsianer aus ihren Gesprächen mit ausländischen Kollegen, ob die Bundesrepublik wirklich ein politisch stabiles Land bleibe.

Die weiter geschwundene Hoffnung auf eine baldige vernünftige Beilegung des Tarifkonflikts hat auch im Inland auf die Börsenstimmung gedrückt. Man beobachtete eine verstärkte Neigung, mehr Liquidität zu halten. Als zusätzliche Belastung wurde die Zuspitzung der Schuldenkrise empfunden, die sich wegen Argentinien anbahnt.

Nachdem deshalb am Mittwoch schon in New York Bankaktien unter Druck geraten waren – die führenden Titel sanken auf neue Jahrestiefstkurse – bei einem unveränderten Dow-Jones-Index von 1110,53 Punkten, standen gestern auch deutsche Bankaktien stärker unter Druck. So gaben Dresdner Bank auf 150,50 (-3,30) DM nach, Deutsche Bank auf 340,50 (-3) DM und Commerzbank auf 155 (-1,50) DM. Die größten Verluste erlitten die Autoaktien. Porsche schwächten sich auf 985 (-25) DM ab, Mercedes auf 490 *(-10) DM, Daimler auf 561 (-7) DM*, BMW auf 389 (-3) DM und VW auf 186,50 (-3) DM. Am Chemiemarkt fielen BASF auf 159,20 (-1,80) DM, Bayer auf 164,20 (-2,80) DM und Hoechster auf 161 (-2,50) DM. Versorgungsaktien bröckelten um ein bis zwei Mark ab. Am Elektromarkt gingen Siemens auf 386 (-4) DM zurück und die am Vortag festen AEG auf 98 (-2,20) DM. Der Allgemeintendenz schlossen sich auch Nixdorf bei 480 (-11) DM an. Bei den Maschinenbauwerten lagen die Einbußen zwischen ein und drei Mark. Der Aktienindex der WELT ging von 147,3 auf einen neuen Jahrestiefststand von 145,5 Punkten zurück.

Am Rentenmarkt war die Tendenz nach dem Kursanstieg am New Yorker *Bondmarkt freundlich*. Die Kurse stiegen um 5–15 Pfennig. Der amtliche Dollarkurs ging von 2,7168 auf 2,7115 DM zurück.

AUF EIN WORT



» Bei allem Stolz auf das Erreichte bleiben Sorgen um eine vernünftige Perspektive: Der Hüttenvertrag läuft 1988 aus. Hier muß jetzt ernsthaft verhandelt werden. Ein Anschlußvertrag muß her, die Zeit drängt; Gespräche mit den Stahlunternehmern stehen für mich auf der Tagesordnung ganz oben an. «

Adolf Schmidt, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum

FOTO: JUPP DARCHINGER

Zweifel an Prognose zur Leistungsbilanz

Mk. Bonn

Trotz des Exportbooms rechnet der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) nicht mit einem deutschen Leistungsbilanzüberschuß von 15 bis 20 Mrd. DM, der bisher prognostiziert worden war. Denn in den ersten vier Monaten 1984 habe der Überschuß mit 1,5 Mrd. DM nur rund 30 Prozent des Vorjahresstandes betragen. Bis zum Herbst müsse damit gerechnet werden, daß der Warenhandel die Fehlbeträge bei den Dienstleistungen und Übertragungen nicht kompensieren könne. Aufgrund des Streiks und des „Sommerlochs" würden die Ausfuhrüberschüsse sinken.

FORSCHUNG

Riesenhuber: Kapazitäten in Europa sind zersplittert

HEINZ HECK, Bonn

Forschungsminister Heinz Riesenhuber hat vor dem Wirtschaftsrat der CDU vor allem zwei Ursachen für den Rückstand Europas, etwa gegenüber Japan, in schnell wachsenden und hochinnovativen Wirtschaftszweigen verantwortlich gemacht. Die europäischen Länder verfügten dank ihrer starken und tragfähigen Grundlagenforschung zwar über eine Vielzahl innovativer Ideen, würden aber die Ergebnisse zu langsam in marktreife Produkte umsetzen.

Trotz des Abbaus der klassischen tarifären Handelshemmnisse würden die nationalen Märkte durch Normen und andere Maßnahmen voneinander abgegrenzt und die „Forschungskapazitäten zersplittert". Folglich könnten große Serien, die die Basis für eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit bilden, oft nicht erreicht werden. Die Erhöhung des Innovationstempos sei eine vorrangige Aufgabe der einzelnen Staaten. Ergänzend dazu sollten die EG-Forschungs- und Innovationsprogramme nach klar definierten Kriterien länderübergreifende Aufgaben angehen.

Riesenhuber nannte beispielhaft für die gemeinsame Forschung im europäischen Maßstab das im Frühjahr 1984 in Culham (Großbritannien) eingeweihte Kernfusionsprojekt. Es übersteige die nationalen Kräfte und sei nur in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen. Das Esprit-Programm ist ein anderes Beispiel für die Zusammenfassung nationaler Forschungseinheiten zu effizienten Größenordnungen. Auch Weltraumforschung und Verkehr seien bereits in die europäische Dimension hineingewachsen.

BERLIN

Pieroths Initiative zeigt erste sichtbare Erfolge

KAREN SÖHLER, Bonn

Berlin soll nicht länger „Subventionsstadt" bleiben. Die alte deutsche Metropole soll sich aufgrund der zahlreichen Vorteile, die sie Unternehmen bietet, zu einem für Investoren reizvollen Platz entwickeln. Wirtschaftssenator Elmar Pieroth zog in Bonn Bilanz über die Erfolge der neuen Politik in den letzten eineinhalb Jahren – abgesehen von der erheblich verbesserten Konjunktur.

Pieroth betonte vor allem die Eigeninitiative, die Berlin ergriffen hat: – Seit Ende 1983 wurde das ehemalige AEG-Gebäude zu einem Innovations- und Gründerzentrum umfunktioniert, in dem jetzt 15 junge Existenzgründer hochtechnologische Produkte entwickeln – in enger Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin.

– Die Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie, an der auch Daimler Benz und VW beteiligt sind, besteht seit Juni vergangenen Jahres.

– Drei Venture-Capital-Gesellschaften haben sich auf Berliner Boden niedergelassen und ergänzen damit die Finanzierungshilfen des Innovationsfonds des Senats für den Berliner Mittelstand.

Ergebnis des neuen Flair sei unter anderem, daß die Brinkmann-Holding, der Vorstandsbereich „Entwicklung" der Salzgitter AG und die Forschungsgruppe im Bereich „Bio-Technik" der Veba AG nach Berlin übersiedeln. Pieroth hofft, daß dies nur der Anfang einer langen Erfolgskette ist. Sechs Monate ist der Senator durch die Bundesrepublik gereist, um weitere Unternehmen anzuziehen. Welche Verträge sich dabei ergeben haben, wird Pieroth zur zweiten Berliner Wirtschaftskonferenz am 19. und 20. Juni bekanntgeben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BDI fordert eine bessere Infrastrukturpolitik

Bonn (Mk.) – Eine langfristige Gesamtstrategie für die Infrastrukturpolitik fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Investitionen und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen könnten in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Energie, Forschung und Bildung vielfältige Innovations- und Beschäftigungsimpulse auslösen. Die Wachstumsschwäche der vergangenen Jahre sei nicht zuletzt auf eine Finanzpolitik zurückzuführen, die die *öffentlichen Infrastrukturinvestitionen* zurückgedrängt habe. Für die Bundesregierung stelle sich daher die schwierige Aufgabe, neben der weiterhin erforderlichen Haushaltskonsolidierung schwerwiegende Versäumnisse im Infrastrukturbereich aufzuarbeiten.

Keine Beschlüsse

Hamburg (AP) – Ohne kreditpolitische Beschlüsse ist gestern die Sitzung des Zentralbankrates zu Ende gegangen, die nicht wie üblich am Frankfurter Sitz der Bundesbank, sondern in Hamburg stattfand. Damit bleiben der Diskontsatz unverändert bei vier Prozent und der Lombardsatz bei 5,5 Prozent.

Dresdner Bank reagiert

Hannover (dos) – Offenbar als Folge der nicht zustande gekommenen Fusion zwischen der Oldenburgischen Landesbank AG (OLB) und der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, hat die Dresdner Bank AG, die mehrheitlich an beiden Instituten beteiligt ist, den Kooperationsvertrag mit der niedersächsischen Landesregierung in Sachen OLB gekündigt. Das Scheitern der Fusionspläne ist ganz wesentlich auf den Widerstand der OLB-Minderheitsaktionäre (Bremer Landesbank und Land Niedersachsen) zurückzuführen. Der Vertrag war 1977 im Zuge des Verkaufs eines OLB-Aktienpakets an die Dresdner Bank „auf unbestimmte Zeit" geschlossen worden. Er sieht auch vor, daß die Unabhängigkeit der OLB und Selbständigkeit der OLB gewahrt bleibt.

Beteiligung untersagt

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt in Berlin hat dem Verlag des „Südkurier", Konstanz, einen Beteiligungserwerb an der Singener Wochenblatt GmbH + Co. KG, Singen, untersagt. Nach Auffassung des Amtes hat der Südkurier auf dem Leser- und dem Anzeigenmarkt für regionale Abonnementszeitungen im Landkreis Konstanz eine marktbeherrschende Stellung, die der Beteiligungserwerb verstärken würde. Die betroffenen Unternehmen haben gegen die Untersagungsverfügung Beschwerde eingelegt.

Preisunterbietungen

Washington (dpa/VWD) – Eine Gruppe von US-Stahlproduzenten hat gegen Argentinien, Brasilien, Südkorea, Mexiko und Spanien Klage wegen Preisunterbietungen und Subventionen bei Stahlexporten in die *USA* erhoben. Die *US-Hersteller* machen, hauptsächlich für Röhrenlieferungen, Dumpingpreise zwischen 169 und 265 Prozent unter dem Wettbewerbspreis geltend. Über die Klage muß jetzt die Internationale Handelskommission (ITC) der US-Regierung befinden. Im Fall einer Entscheidung zugunsten der Kläger drohen den Ländern Ausgleichs- und Strafzölle drohen.

Weltbank-Anleihe

Frankfurt (VWD) – Mit einem Zinssatz von 8½ Prozent ist die achtjährige Anleihe der Weltbank über 300 Mill. DM ausgestattet, teilt die Deutsche Bank als Federführerin des deutschen Emissionskonsortiums der Weltbank mit. Die Papiere werden zu pari zum öffentlichen Verkauf angeboten und sollen zur amtlichen Notierung an allen deutschen Börsen eingeführt werden.

TELEMATICA '84

Kongreßmesse ordnet den Bildschirmtext-Markt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Als „hochaktuelle Startmesse" für die bundesweite Einführung des Mediums Bildschirmtext versteht sich die „telematica 84", Fachmesse und Fachkongreß für Bildschirmtext, Kabelfernsehen, Mikrocomputer, Breitbandtechnik und Bürokommunikation, die vom 18. bis 21. Juni 1984 in den Messehallen am Stuttgarter Killesberg stattfindet. Dieser neue Kongreßmessetyp für einen „explodierenden" Markt der Telematik, also der Verbindung aus Telekommunikation und Informatik, stelle nach Worten Walter Gehrings, Geschäftsführer der Stuttgarter Messe- und Kongreß-GmbH, einen wichtigen Beitrag dar, jenen Markt zu ordnen.

Auf der „telematica 84", an der sich 212 Anbieter aus 12 Ländern beteiligen, werden Medien von gestern, heute und morgen übergreifend dargestellt. Damit zeige man Insidern und Interessenten ohne besondere Vorkenntnisse, welche Möglichkeiten diese Medien den gewerblichen oder privaten Nutzern bieten. Bei der Eröffnungsveranstaltung am kommenden Montag wird Bundespostminister Schwarz-Schilling zu den Zielen und den Ausbaukonzepten der Bundespost Stellung nehmen.

Auf nicht minder große Resonanz stößt der mit der Messe verknüpfte Kongreß, zu dem sich (nach gegenwärtigem Stand) rund 2700 Teilnehmer angesagt haben. Die vier Kongreßteile: Bildschirmtext, Breitbandkommunikation, Fernsehen und Hörfunk über Kabel und Satelliten sowie Telematik. Zum Ausstellungsteil der „telematica 84" rechnen die Veranstalter mit rund 20 000 Fachbesuchern.

ABGASARME AUTOS / Minister Zimmermann konnte sich nicht durchsetzen

Es soll nur Steuerermäßigung geben

HEINZ HECK, Bonn

Einen Tausendmarkschein für Käufer abgasarmer Autos wird es voraussichtlich nicht geben. Jedenfalls hat sich Innenminister Friedrich Zimmermann mit seiner Wunschvorstellung im Gespräch mit den Ministern Werner Dollinger und Gerhard Stoltenberg sowie Staatssekretär Otto Schlecht vom Wirtschaftsministerium nicht durchsetzen können. Allerdings fällt das letzte Wort erst am 3. Juli im Kabinett, wenn über das Gesamtpaket der Steuervergünstigungen für umweltfreundliche Autos entschieden werden soll.

Als sicher gilt eine zeitlich gestaffelte Kfz-Steuerbefreiung ab 1986 für fünf bis sieben Jahre. Fahrzeuge der Hubraumklasse unter 1,6 Litern werden für sieben Jahre befreit, für die Mittelklasse (unter 2,6 Litern) gibt es sechs Jahre Steuerfreiheit und ab 2,6 Liter Hubraum fünf Jahre. Die Kfz-Steuer beträgt derzeit 14,40 Mark je 100 Kubikzentimeter Hubraum im Jahr. Wer also ab 1986 zum Beispiel ein Auto mit einem 1,6-Liter-Motor erwirbt, spart – über sieben Jahre verteilt – gut 1600 Mark. In der Mittelklasse beträgt die Ersparnis im günstigsten Falle (also bei Berechnung von 2,6 Litern Hubraum) knapp 2250 Mark in sechs Jahren. Für eine Drei-Liter-Maschine fährt, spart in fünf Jahren 2160 Mark Steuern.

Die Kfz-Steuerlösung soll aufkommensneutral sein. Das heißt: Die Länder, denen die Kfz-Steuer zufließt, sollen in dem mutmaßlichen Umstellungszeitraum von etwa zehn Jahren keine Einnahmeverluste hinnehmen. Daher wird ab 1986 die Kfz-Steuer für herkömmliche Autos auf etwa 18 bis 20 Mark je 100 Kubikzentimeter erhöht. Die Erhöhung wird bis zum 3. Juli genau festgelegt.

Die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin soll drei Pfennig niedriger liegen als für verbleites. Dies soll dadurch erreicht werden, daß sie (1985 oder 1986) für bleifreies um einen auf 50 Pfennig je Liter gesenkt und für verbleites um zwei auf 53 Pfennig erhöht wird. Da die Herstellung unverbleiten Benzins etwa um drei Pfennig teurer ist, hofft man, mit dieser „Spreizung" des Mineralölsteuersatzes in etwa Preisgleichheit zu erzielen. Allerdings können Markteinflüsse ohne weiteres auch andere Preisverläufe auslösen. Ein Pfennig Mineralölsteuer verschafft dem Bund derzeit jährlich etwa 350 Millionen Mark Einnahmen. Die angestrebte Lösung führt zunächst zu Mehreinnahmen, die allerdings mit dem Vordringen des bleifreien Benzins in den nächsten Jahren wieder zurückgehen und dann verschwinden.

Die von Zimmermann zunächst vorgeschlagene Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes hat in der Ministerrunde am Mittwoch abend keine Rolle mehr gespielt.

MARC RICH

USA stellen Amtshilfe-Antrag

dpa/VWD, New York

Die amerikanischen Justizbehörden haben in dem mutmaßlich größten Steuerbetrug der US-Geschichte die Schweizer Behörden gegen den in Zug ansässigen Marc-Rich-Warenhandelskonzern um Amtshilfe gebeten. Dies verlautete in New York. Nach monatelangen Verzögerungen hat das zuständige New Yorker Gericht jetzt offiziell die Aushändigung von zahlreichen Geschäftsdokumenten der Marc Rich + Co. beantragt, die von den Schweizer Behörden beschlagnahmt worden waren. Die Auslieferung kann in etwa drei Wochen erfolgen.

Die Eigentümer des riesigen Handelshauses, die Amerikaner Marc Rich und Pincus Green, werden beschuldigt, 48 Millionen Dollar Steuern auf Rohölgewinne hinterzogen zu haben. Die Schweiz hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Amerikaner den *vereinbarten Rechtsweg* einhalten und offiziell um Amtshilfe nachsuchen müssen, ehe sie die Dokumente erhalten. Die New Yorker Ankläger in dem Verfahren sahen jedoch hierin nur einen Versuch der Angeklagten, die Auslieferung der in der Schweiz befindlichen Dokumente zu verhindern. Der Prozeß gegen die Marc-Rich-Gruppe und ihre wichtigsten Mitarbeiter wird am 25. Juni in New York beginnen.

PAPIERWERKE WALDHOF-ASCHAFFENBURG / Im laufenden Jahr Schlußstrich unter Strukturwandel

„Für etwas Dividende sollte das Geld ausreichen"

DANKWARD SEITZ, München

Nach einem jahrelangen, tiefgreifenden Strukturwandel bei der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, glaubt ihr neuer Vorstandsvorsitzender Willi Klein-Gunnewyk Ende 1984 endlich darunter den Schlußstrich ziehen zu können. Seiner Überzeugung nach werden dann 1985, selbst wenn sich die Konjunktur stark abschwächen sollte, in der PWA-Gruppe zumindest keine Betriebsverluste mehr anfallen.

Möglicherweise, so Klein-Gunnewyk zuversichtlich, „werden wir uns einer Dividendenforderung unserer Aktionäre schon für 1984 nicht mehr verschließen können". Und: „Auch wenn dann die Bilanzsituation noch nicht erfreulich ist, sollte das Geld für das bißchen Dividende von 8 Prozent schon ausreichen." Zuletzt hatte *PWA für 1981 auf das Grundkapital* von 200 Mill. DM 5 Prozent ausgeschüttet.

Keine Themen seien inzwischen mehr, so Klein-Gunnewyk, die Sanierungen der österreichischen Tochter Hallein Papier AG und des Werkes Witzenhausen. In Hallein habe man sie Mitte 1983 abschließen können, in Witzenhausen werde dies in den *nächsten Wochen möglich sein. Bis* auf das schwedische Werk Wistavarfs AB, an dem PWA zusammen mit der Svenska Cellulosa AB zu je 50 Prozent beteiligt ist, werde daher 1984 kein einziges Unternehmen der Gruppe mehr ein negatives Betriebs- oder Bilanzergebnis *ausweisen müssen*.

Der Durchbruch bei Wistavarfs wird nach Ansicht von Klein-Gunnewyk aber auch bereits Anfang des vierten Quartal 1984 geschafft werden können. Allerdings werde für 1984 noch einmal ein einstelliger Millionen-Verlust anfallen. Im vergangenen Jahr dürften es, wie angedeutet wurde, knapp 20 Mill. DM gewesen sein. Getrennt hat sich PWA 1983 von den Firmen Natronag und Fleischer, weil ohne zusätzliche Aufwendungen keine Aussicht auf Erfolg bestanden habe. Von ihnen mußte die AG noch einmal einen Verlust von 25 Mill. DM verdauen. Einschließlich anderer *PWA-Sparten* summiert sich die Verlustübernahme auf 40,8 (37,0) Mill. DM, denen Erträge aus Gewinnabführungen von 38,1 (40,4) Mill. DM gegenüberstehen.

Zuversichtlich stimmt Klein-Gunnewyk neben *diesen Sanierungs*erfolgen, daß sich die positive Tendenz in der PWA-Geschäftsentwicklung, die seit dem zweiten Halbjahr 1983 festzustellen sei, in den ersten vier Monaten angehalten und sich sogar verstärkt *fortgesetzt* hat. Gegen*über der entsprechenden Vorjahres*zeit sei der Umsatz um 10,6 Prozent gestiegen. Bemerkenswert sei dabei, daß dazu sowohl Mengen- als auch wieder Preiserhöhungen beigetragen hätten. Den Umsatz 1983 von 2,6 Mrd. DM habe man dagegen nur durch *Mengensteigerungen halten können*.

Daß die PWA-Gruppe 1983 mit einem Bilanzverlust von 21,7 Mill. DM nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr abschließt, bedeutet nach Ansicht von Klein-Gunnewyk nur auf den ersten Blick eine Verschlechterung. Insgesamt habe man nämlich nach einem Betriebsgewinn von 17,6 Mill. DM und einem neutralen Ergebnis von 11,9 *Mill. DM* nach *Abzug* von 2,1 Mill. DM Ertragssteuern und 20,9 Mill. DM Zuführung zu den Pensionsrückstellungen einen Jahresüberschuß von 6,5 (minus 0,3) Mill. DM erzielt. Zur Risikovorsorge – vor allem für die Sanierung von Witzenhausen – *habe man dann aus dem Ertrag* 36,4 (11,4) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt, was nach der Ergebnisverrechnung mit Fremdgesellschaftern zu dem Gruppenverlust geführt habe.

In dieser Ertragsrücklage sieht Klein-Gunnewyk, der nach dem Strukturwandel nun für eine bessere Bilanzstruktur bei PWA sorgen muß, auch den Vorteil, Liquidität in der Kasse behalten und die Fremdfinanzierung abbauen zu können. In der *Gruppen-Bilanz* stehen immerhin Verbindlichkeiten mit 1,23 (1,33) Mrd. DM zu Buche, davon gegenüber Kreditinstituten insgesamt 673 (769) Mill. DM. An Zinsen mußten dafür 81,0 (83,2) Mill. DM aufgewandt werden. Ein erheblicher Nachholbedarf besteht auch noch bei den Pensionsrückstellungen mit 180 Mill. DM. Erklärtes Konsolidierungsziel ist eine Eigenkapitalquote von 18 Prozent gegenüber 15,6 (14,2) Prozent Ende 1983.

Darunter leiden soll keineswegs *der weitere Ausbau von PWA-Positio*nen, versicherte Klein-Gunnewyk. Daß die Investitionen 1983 zurückgenommen worden seien und auch in diesem Jahr nicht wesentlich höher ausfallen sollen, sei mehr oder weniger „nur eine Pause", nachdem für *Sachanlagen in den letzten fünf Jah*ren fast 830 Mill. DM ausgegeben wurden. In näherer Zukunft werde dieses Volumen sicher wieder steigen.

PWA-Gruppe	1983	±%
Produktion (1000 t)		
Zellstoff/Holzschliff	620	+ 2,0
Papier	1193	15,1
Papierzerzeugnisse	410	+ 3,8
Umsatz (Mill. DM)	2616	+ 0,6
davon Export	1009	+ 6,7
Rohertrag	1077	+ 1,5
Sachinvestitionen	82	– 67,2
Abschreibungen	136	+ 13,3
Beschäftigte	10 407	– 5,5
Bilanzsumme	1727	– 2,1
Grundkapital	200	unver.
Rücklagen	86	+ 73,8
Jahresüberschuß/ Jahresverlust	+ 6,5	(– 0,3)
Bilanzverlust	– 21,7	(± 0)

WELTBÖRSEN / Creusot-Loire beeinflußt Paris kaum

Starke Verluste in Tokio

Paris (J. SCH.) – An der Pariser Börse wartet man gespannt auf den Ausgang des Konflikts zwischen der *Regierung und der Verwaltung* von Creusot-Loire. Nachdem dessen Präsident Pineau-Valencienne am Mittwoch das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt und einen Konkursantrag in Aussicht gestellt hatte, wurde die Notierung von Creusot-Loire *und deren Holding Schneider S.A.* sowie von Jeumont Industrie, die zum gleichen Konzern gehört, ausgesetzt. Inzwischen erklärte Industrieminister Fabius, sich einer Liquidierung des Unternehmens zu widersetzen. Die Entscheidung des Gerichts *wird für nächste Woche erwartet*. In Pariser Finanzkreisen heißt es dazu, daß Pineau-Valencienne aus persönlichen Interessen die Dinge auf die Spitze treiben wolle, um seinen Posten als Präsident der Schneider S.A. zu retten. Regierung und Banken seien aber bestrebt, seiner Tätigkeit ein Ende zu bereiten. Auf die allgemeine Kursentwicklung hatte die Affäre Creusot-Loire keinen Einfluß. Der Index blieb unverändert, nachdem die Kurse an den Tagen zuvor entsprechend der internationalen Tendenz etwas unter Druck geraten war.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

New York (VWD) – *Uneinheitlich* mit leichter Neigung zur Schwäche schloß die New Yorker Effektenbörse zur Wochenmitte. Der Dow-Jones-Index für *30* Industriewerte beendete die Berichtszeit bei 1110,53 (Vorwoche 1133,84). Die Nachricht, daß die US-Einzelhandelsumsätze im Mai nur um 0,2 Prozent gestiegen sind, führte zu einer festeren Eröffnung. Als es dann allerdings an Anschlußaufträgen mangelte, *kam es bis Mit*tag zu einer leichten Abschwächung. Analytiker bezeichneten es als ermutigend, daß das Widerstandsniveau von 1100 Dow-Jones-Index nicht nach unten durchbrochen wurde, was aus psychologischer Sicht sehr wichtig sei. Positiv bewertete man ferner, daß der Verkaufsdruck per Saldo recht gering blieb. Dies zeige, daß man sich in Kreisen der Privatanleger offensichtlich Gedanken darüber mache, ob die fundamentale Schwächeneigung, die in jüngster Zeit am Markt deutlich spürbar war, abklinge.

Tokio (dlt) – Nach der Erholung in der Vorwoche kam es in Tokio erneut zu Kurseinbrüchen. Der Dow-Jones-Index verlor 167,3 Punkte und sank auf 10 148,7. Die Tagesumsätze bewegten *sich zwischen 340 und 448* Millionen Stück. Der Kursrückgang an der Wall Street, Ungewißheit über die Entwicklung der amerikanischen Zinsen und die neuen Rekordzahlen der ausstehenden Schulden aus Kreditkäufen waren die Hauptursachen für die Abwärtsbewegung.

London (fu) – Die Kurse an der Londoner Börse haben sich nach den starken Verlusten von Ende Mai, als der Financial-Times-Index in nur drei Wochen über 120 Punkte einbüßte, wieder *stabilisiert. Mit dazu* beigetragen hat der wachsende Konjunkturoptimismus. Zur Wochenmitte schloß der Index bei 834,5 Punkten.

Italiens Etatdefizit nimmt weiter zu

dpa/VWD, Mailand

Das italienische Haushaltsdefizit wird nach Erklärungen von Schatzminister Giovanni Goria in diesem Jahr 100 000 Mrd. Lire (166 Mrd. DM) erreichen und den Voranschlag damit um 15 Prozent übertreffen, wenn in der zweiten Jahreshälfte nicht zusätzliche Fiskalmaßnahmen zur Stabilisierung ergriffen werden.

Gestützt wird diese düstere Prognose von der italienischen Zentralbank. Nach den von ihr bekanntgegebenen Zahlen belief sich die öffentliche Schuld Ende 1983 bereits auf 435 000 Mrd. Lire (725 Mrd. DM). Das entsprach 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Voraussetzungen für eine Stabilisierung sind nach Ansicht der italienischen Zentralbank erstens eine Einkommenspolitik, die es gestattet, die Inflationsrate von jetzt 13 Prozent auf fünf Prozent im kommenden Jahr zu senken. Zweitens eine Politik, mit der die Ausgaben der öffentlichen *Hand um real nicht mehr* als ein Prozent steigen sollen.

LURGI / Anpassungsmaßnahmen zur Überbrückung der gegenwärtigen Durststrecke

Großaufträge sind weltweit Mangelware

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Für die Lurgi-Gesellschaften, seit Anfang März in der Metallgesellschafts-Tochter Lurgi GmbH zusammengefaßt, sieht die nähere Zukunft wenig erfreulich aus. Die weltweite Flaute im Großanlagenbau, die schon 1982/83 (30. 9.) einen Rückgang der Auftragseingänge auf 1,2 (1,7) Mrd. DM bewirkt hatte, erweist sich als beständig. „Wir sehen in der ganzen Welt derzeit nur einen einzigen Auftrag über 100 Mill. DM", klagt Dietrich Ertl, Vorsitzender der Geschäftsführung und aus früheren Jahren an *ganz andere Beträge gewöhnt*.

Einschließlich aller Absichtserklärungen konnte das Unternehmen im neuen Geschäftsjahr bislang Aufträge in der Gesamthöhe von 950 Mill. DM verbuchen, fast exakt auf Vorjahresniveau. Auch die Prognose fürs Gesamtjahr ist mit Neuaufträgen von 1,3 Mrd. DM nicht weit vom Volumen des Jahres 1982/83 entfernt. Einen Unterschied gibt es allerdings: Nachdem im Vorjahr keine einzige Bestellung die 100-Millionen-Mark-Schwelle erreichte, steht jetzt immerhin ein Auftrag von 150 Mill. DM (beinahe) in den Büchern. Gleichwohl: „Mit diesen und den noch erwarteten Aufträgen werden wir voraussichtlich unsere Kosten nicht voll decken können, so daß weitere Anpassungsmaßnahmen zur Überbrückung der gegenwärtigen Durststrecke unvermeidlich sind", kündigt Ertl an.

Zwar sind die Ingenieur-Abteilungen – Schwerpunkt der ganzen Unternehmenstätigkeit (Personalkostenquote: 80 Prozent) – zur Zeit noch voll *ausgelastet oder fahren sogar* Überstunden. Das verdanken sie allerdings nur dem Auftragsüberhang früherer guter Jahre, der auch 1982/83 noch für einen Umsatz von 1,8 Mrd. DM sorgte. Doch fürs Gesamtjahr erwartet das Management nur noch eine Leistung von 2,6 Mill. Arbeitsstunden, 13 Prozent weniger als im Vorjahr. Nachdem schon im bisherigen Jahrsverlauf die weltweite Belegschaft um 150 auf 4900 Mitarbeiter geschrumpft ist, soll sie noch um weitere 300 bis 500 Personen verringert werden.

„Wir rechnen damit, daß die Kostenschere in zwei bis drei Jahren wieder geschlossen ist", hofft Ertl., Auch sonst zeigt er sich optimistisch: „Wenn es nicht sehr viel schlechter wird, *dann* stehen *wir* die nächsten fünf Jahre auf jeden Fall gesund durch." Helfen werden dabei auch jene „mehreren hundert Millionen Mark" an Rückstellungen, die das Unternehmen schon in früheren Jahren für noch laufende Geschäfte ge*bildet hat. Auch die Muttergesell*schaft soll weiterhin einen „gebührenden Beitrag bekommen". Die Abführung für 1982/83 war zwar etwas niedriger ausgefallen als in den Vorjahren, war „aber immer noch recht zufriedenstellend". Mit etwa 3 Prozent Umsatzrendite vor Steuern (in besseren Jahren 4,5 Prozent) dürfte das Unternehmen innerhalb des Großanlagenbaus immer noch eine sehr gute Position halten.

Nordkoreas Krise verschärft sich

dpa/VWD, Tokio

Nordkoreas Handel erlebte 1983 einen „außergewöhnlichen Abschwung", was nach einer Analyse der halboffiziellen japanischen Außenhandelsorganisation Jetro auf eine generelle Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage schließen läßt. Nach den Berechnungen verringerte *sich der gesamte nordkoreanische* Warenverkehr mit den 19 wichtigsten Handelspartnern 1983 verglichen mit 1982 um elf Prozent auf rund zwei Mrd. Dollar und hinterließ Pjoengjang ein Defizit von 210 Mill. Dollar.

Deutlich gesunkene Exporte nach Westeuropa und Japan sowie in die beiden wichtigsten kommunistischen Partnerländer Sowjetunion und China haben nach diesen Angaben die Schuldenkrise Pjoengjangs weiter verschärft. Die Ausfuhrverluste von *12,6 Prozent auf insgesamt 890 Mill.* Dollar führt Jetro hauptsächlich auf technologische Probleme Nordkoreas bei der Weiterentwicklung seiner NE-Metallindustrie zurück.

Im Mai weniger Autos zugelassen

J. Sch. Paris

Die Lage der französischen Automobilindustrie hat sich weiter verschlechtert. Auf dem Inlandsmarkt schrumpfte im Mai der Absatz der Peugeot-Gruppe gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 14 Prozent auf 52 994 und der Renault-Gruppe um 19,5 Prozent auf 50 740 Personenwagen, während 60 103 oder 4,8 Prozent mehr ausländische Wagen zugelassen wurden. An den um 10 Prozent geschrumpften Gesamtzulassungen waren die Importwagen mit 36,7 Prozent beteiligt, gegenüber nur 35 Prozent in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Ford stand im Mai mit einem Anteil von 8,8 Prozent an erster Stelle, gefolgt von VW-Audi mit 6,2 Prozent, Fiat mit 5,3 Prozent und General Motors-Opel mit 4,3 Prozent. Auch auf den ausländischen Märkten hat die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Automobilindustrie jedenfalls bis April nachgelassen. Die Exportzahlen für Mai liegen noch nicht vor.

KÜHNE & NAGEL / Sanierung macht Fortschritte

Ertragsbasis gefestigt

JAN BRECH, Hamburg

Die internationale Transportorganisation Kühne & Nagel hat die Ertragsbasis im Berichtsjahr 1983 weiter gefestigt. Rezessionsbedingte Auftragsrückgänge in einzelnen Regionen sind durch die Ausweitung der Geschäfte in zahlreichen anderen Ländern ausgeglichen worden. Außerdem, so betont Klaus-Michael Kühne, der zusammen mit dem Chef des britischen Lonhro-Konzerns, Roland W. Rowland, die Luxemburger Holding Kühne & Nagel AG führt, habe man weitere Fortschritte bei der Sanierung noch verbliebener *Schwachstellen und der Kostenkon*trolle erzielt.

Diese Erfolge schlagen sich deutlich in dem konsolidierten Gruppenabschluß nieder, der die drei großen Bereiche KN Deutshcland, KN International und KN Western Hemisphere umfaßt. *Bei einem um 8 Pro*zent auf 4,4 Mrd. DM gestiegenen Umsatz weist die Gruppe einen Reingewinn von 25,6 Mill. DM aus. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Verbesserung um 25 Prozent. Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich gar um 32 Prozent auf knapp 47 Mill. DM. Dazu steuerte die deutsche Gruppe 52 Prozent, KN International 37 und KN Western *Hemisphere 11* Prozent bei.

Kühne & Nagel bewege sich mit diesem Ergebnis auf der Ertragsskala im internationalen Speditionsgewerbe sehr weit oben, meint Kühne. Stützen seien die Sparten Überseespedition *mit einem Umsatzanteil* von 36 Prozent, Luftfracht (18 Prozent) und das Lagergeschäft (12 Prozent), während die Landverkehre mit einem Umsatzanteil von 20 Prozent unterschiedliche Beiträge einbrächten. Hinter den Erwartungen blieben 1983 vor allem die Verkehre innerhalb Westeuropas zurück. Einbußen gab es in der Nahost-Region.

Am stärksten hiervon betroffen war die KN Internationl AG. Deren Ergebnis von 8,4 Mill. Schweizer Franken (minus 13,5 Prozent) bezeichnet Kühne denoch als insgesamt befriedigend. KN habe vor allem die Positionen im Fernen Osten, im südlichen Afrika sowie Australien/Neuseeland gestärkt. Als neue Aktivität ist in der neu gegründeten Nacora Holding AG die Vermittlung von Transport- und Sachversicherungen aufgenommen worden. Dieses Versicherungsgeschäft soll sowohl in Verbindung mit KN-Stützpunkten in aller Welt als auch durch eigenständige Maklertätigkeit ausgebaut werden.

Das hohe Ertragsniveau der Vorjahre hat die KN Deutschland gehalten. Bei einem um 1,5 Prozent auf 1,7 Mrd. DM gestiegenen Umsatz weist sie *einen um 15,6 Prozent* verbesserten Gewinn von 12,6 Mill. DM aus. Rückgänge im Seefrachtgeschäft konnten durch gute Erträge im nationalen und grenzüberschreitenden Landverkehr sowie im Lagerbereich ausgeglichen werden. In dieser Sparte ist besonders die Lagerung und Verteilung von Markenartikeln ausgebaut worden. Anlaufverluste erlitt KN anfangs bei dem neu aufgenommenen Paketdienst.

Wesentlich verbessert hat sich 1983 schließlich das Ergebnis der KN Western Hemisphere. Das gute Ergebnis in Kanada ist nur noch geringfügig von Verlusten in den USA belastet gewesen. *Als Reingewinn* weist die Gruppe 0,2 Mill. Dollar aus, nachdem im Vorjahr rote Zahlen gerade noch vermieden worden sind. Die Sanierung in den USA sei inzwischen so weit, daß 1984 mit Gewinn gearbeitet werde.

Die Prognose für dieses Jahr ist zuversichtlich. Transporteinbußen in den Nahen und Mittleren Osten gleichen verstärkte Tätigkeiten *auf ande*ren Märkten vor allem im Fernen Osten und in Nordamerika aus. Ziel für 1984 bleibt, die im Branchenvergleich überdurchschnittliche Ertragskraft zu behaupten, das Dienstleistungsprogramm innovativ *weiterzuentwickeln und die* Reisebüro-Kette zu erweitern. Bei der Überseespedition steht der Ausbau von Container-Verkehren im Mittelpunkt.

ERBA / Konsumrückgang befürchtet – Auftragseingang um neun Prozent gestiegen

Fortschritte im Gesundungsprozeß

DANKWARD SEITZ, München

Einen weiterhin positiven Geschäftsverlauf verzeichnete die Erba AG, Erlangen, in den ersten fünf Monaten 1984. Vor allem bei Baumwollstoffen sei die Nachfrage mode*bedingt äußerst rege. Wie Vorstands*sprecher Hartmut H. Kunstmann bekanntgab, erhöhte sich der Umsatz um 8,5 Prozent auf 133 Mill. DM gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Auftragseingang erhöhte sich sogar um 9 Prozent, so daß bei einem Auftragsbestand von 125 Mill. DM (plus 14 Prozent) die Betriebe dreischichtig voll ausgelastet und die Beschäftigung der 2717 (2749) Mitarbeiter für die *nächsten Monate gesichert sei*.

Für die nächsten Monate rechnet Kunstmann vor allem der sinkenden Ausgabefreudigkeit der Verbraucher vor dem Hintergrund des Arbeitskampfes in der Metallindustrie mit einer Stabilisierung der Textilnach*frage. Unabhängig davon würden* sich aber die in den letzten Jahren durchgeführten Strukturverbesserungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die das Unternehmen nach dem Zusammenbruch des Glöggler-Textilkonzerns erheblich belastet hatten, positiv auf die Ergebnisentwicklung niederschlagen. Zudem ergäben sich durch weitere Verlagerung der Produktion auf hochspezialisierte Produkte verbesserte Absatz*chancen und Rentabilitätsaussichten*.

Bereits 1983 ist Erba, so Kunstmann, mit einer deutlich verbesserten Ergebnissituation auf dem Weg einer weiteren Stärkung der Ertragskraft des Unternehmens vorangekommen. Dies spiegelt sich aber ebenso wie *die gute Konjunkur* bei den Baumwollverarbeitern auf den ersten Blick in dem knapp gehaltenen Umsatz von 288,5 (290,8) Mill. DM wider, nachdem im Vorjahr hier noch ein Plus von 8,5 Prozent erzielt werden konnte. Insbesondere im Auslandsgeschäft mußte Erba durch Sondereinflüsse Abstriche hinnehmen – die Exportquote sank auf 38,6 (43,3) Prozent –, während der Inlands*absatz um 7,2 Prozent zunahm*. Die gezielte Bereinigung der Produktpalette sowie die verbesserte Kosten- und Erlössituation ließen aber bei kontinuierlicher Auslastung der Werke den Rohertrag gegenüber dem Vorjahr nochmals um 2,6 Prozent auf 161,5 Mill. DM steigen.

Der ausgewiesene Jahresüberschuß von 5,7 (9,6) Mill. DM ist im Gegensatz zum Vorjahr nur in geringem Umfang von außerordentlichen Erträgen (1,9 nach 11,1 Mill. DM) beeinflußt worden und resultiert, so Kunstmann, nahezu ausschließlich aus dem effektiv *erwirtschafteten* Betriebsergebnis. Der Personalaufwand stieg lediglich um 1,0 Prozent auf 108,4 Mill. DM. Nach Einstellung von insgesamt *6,3* Mill. DM – davon 3,5 Mill. DM Gewinnvortrag aus 1982 – in die freien Rücklagen weist Erba einen Bilanzgewinn von 2,9 (3,5) Mill. DM aus. Er soll auf Beschluß der Hauptversammlung (16. Juli) ebenfalls in die Rücklagen fließen, so daß dann bei einem *Grundkapital von* 32,3 Mill. DM ein Eigenkapital von 52,5 (43,3) Mill. DM besteht. Die Eigenkapitalquote wird sich dadurch auf 25,3 (22,0) Prozent verbessern.

Der Gesundungsprozeß bei Erba kommt auch im Anstieg der Investitionen *auf 18,5* (12,6) Mill. *DM zum* Ausdruck bei Abschreibungen von 11,9 (12,5) Mill. DM.

	14.6.	13.6.
H Aach M Beteil. 9	990	980
H Aach. M. Vers.	299 G	299 G
D Aach. Rück.	958 G	950 T
D Aseag *4	275 G	275 T
M Act-Gogg	116	115 bG
H Adca 0	117,5 b	G
D Adler 9	298 G	298 G
F Adt AG 4	105	104
F AEG-Telef 0	97,6	100,5
D AEG-Kabel 7,5	270 T	270 T
S Aesculap 8	330 bG	327 G
F AGAB 5	120	121 bG
D Agrippina *7	581 G	581 G
M Agrob 0	–	240 bG
M dgl. Vz. 0	190	194
M Aigner	270 bG	271 bG
M Akt. Kaufb. *18	1400 B	1400 B
H Agiv 9	316 B	316
H Albingia 7	570	570 G
D Alexanderw. 0	126 bB	126,1
Hn Allerthal *0	182	182 G
S A.Ba.**6,3+1,75	1548	1540 G
S d.NA**6,3+1,75	1040 G	1040 G
S d.35%E.6,3+1,75	1700 bG	1700 bG
D Allianz Leb. 9	4300	4200
D Allianz V. 10	766	770
S Allweiler St. 8	350 G	325 G
S dgl. Vz. 9	240 G	240 G
F Altana 9,5	304	305
F Andreae-N.Z. 0	163	165
H Audi NSU 0	260 G	260 G
M Augsburger Kg. 0	105	102
S Badenwerk 6	135 G	135,5
F Bd.Württ.Bk. 9+1	417 G	419 G
D Balcke-Dürr 0	191 G	191
F Bankg. v. 1899 *10	435	445 bB
D Banning ** 20	950 T	950 T
H BASF 5	159,8	162
H Bavaria 3	186 G	186
D Bayer 4	165	167,5
F B. Br. Sch.-J. 6	274 T	276 T
M Bayer. Hdlb. 10	293	297
M Bayer. Hartst. *12	1170 B	1170 B
M Bayer. Hypo 9	275	276,5bG
M Bayer. Lloyd 0	285 TB	295 B
H BMW 10	391	393
M Bayer. Vbk. 10	312,5	317 bG
H Beiersdorf 8	354	356
F BHF-Bank 9+1,5	263	264
B Berl. Kindl 4	129	129
B Bekula 5+1	92,6	94
B Berthold 0	250,5	260
S Bilf.+Berg. 10	200	199
F Binding 7	228	230
M Blattmetall 9,5	1080 B	1080 B
D Boch.Gels. Str. 0	280 T	280 T
D Bonner Zement 2	210 B	210 B
F Brau AG 3	190 B	190 B
M Brhs. Amb. *5+5	800 G	800 G
F Braun Vz. 15,2	455 G	455 G
H Br.H.Hypo 10	318	316 G
Hn Brsch.Jute *0	105 G	105

	14.6.	13.6.
H Breitenb.-C. *28	580 G	588 G
H Br. Straßb. *0	460 T	460 T
H Br. Vulkan 0	62,5	62,2
F Br. Wollk. 4,5+1,5	123 G	123,5D
F BBC 6	208,5	214
S BSU Terall % 28	1250 G	1250 G
D Buckau-W. 0	137 G	137 G
D Buderus *12	420 G	420 G
M Bgl.Br.Ing *11+1	740 G	740 G
S Bgl.Brh.Rav. *0	370 G	370
S Calw D. **16	830	835
F Casella 10	425	425
F Ceag 0	108 G	109,9
F Chem. Vw. *0	287 G	288
D Colonia 5	310 bG	310
D Commerzb. 0	156	157,5
D Cobk. RestRM	11,1 T	11,1 T
D Conc. Chem. *7+8	240	245
B Conc. Sp. *0	380 T	380 T
D Contigas 7,5	285	285 G
D Conti Gummi 0	126,8	126,7
D Daniv. St. 6,825	277	279 T
D dgl. Vz. 12,9	445 G	445 G
S Daimler 10,5+1	562	572
M Deckel AG 0	136	137
D Dt. Atl. Tel. 9	378 T	380 T
H Deag 0	293,4 G	293 bG
D Dt. Babcock St. 0	154	155
D dgl. Vz. 0	154	159
F Dt. Bank 11	340,5	344,6
D Dt. Centrb. 12	495 G	495
D Dt. ContiRück 0	3850 B	3850 B
D dgl. NA 0	1200 B	1200 B
F Dt. Eff.-Wbk. 8	337	337
F Degussa 9	373,8	382
H Dt. Hyp. H.-Bin. 9	245 G	245
H Dt.Hyp.F.-Bt.10+2,5	405 G	402 G
S DLW 10	278	277
Hn Dt. Spezialgl. 8	201 G	201 G
F Dt. Steinz. *6	236 G	256 bG
H DeTeWe 8	390 T	390 T
F Dt. Texaco 7,7	223 bG	223
B Dt. Eisenh. *0	170 G	170 T
M Diamalt 0	100,1	101 bG
D Didier 5,5	165	167
F D.bl. Quellen 7,5	262	262
D Dierig Hold 0	177,5	179
D Ditm. & N **40	4000 G	4000 G
D DAB 3	117	117,9
D Dm. Ritter 7,7	265 G	265 G
D DUB-Schulth. 7	244,5	245
D Duewag 4	118	120
D Dresdn. Bank 6	151,8	153,5
D Dyckerh. Z 5	214,5	218
D dgl. Vz. 5	215 bB	223
F Dywidag 8	177	180,5
D Edelst. Witten. *0	225 B	225 B
F Eichbaum-Br. 5	175 G	175 G
D Eisb. Verk. 10	252 G	252 G
M Ekatit-Ried. 3	9,5 bG	9,5 bG
H Elbschloß 5,5	389 G	390,5 G
M En. Oberfr.N 4,5	300 B	300 B

	14.6.	13.6.
M En. Ostb. 5+1	265	270
M Elkroft 0	38	38,3
B Engelhardt 7	228 G	228
D Enka 2,67	217	218 bB
M Erlus 10	570	520 bB
M Erste Kulmb. 8	920	915 bB
S espl *0	17 bG	17,1
S Essl. Masch. *6	255	245
M Esterer **16	510	510
D Farb. Liqu. RM 0	8,45	8,5
F Flachglas 8	249	249
D Ford 0	1120 G	1120 G
B Forst. Ebn. *4	2250 B	2250 bB
M Fr. Oberl. Wk. 5	370 bG	370 bB
F Frankf. Hypo 12	510,5	505
F Frankona R. 5	340 G	340 G
F dgl. NA 5	278 G	278 G
F dgl.50 % E. 2,5	272 T	274 T
H Gaestm. Bk. 0 0	157 BxD	160 B
M Gehe *4	276	276
D Gels.wasser 6+0,5	160	160
D Gerresh. Gl. 0	137	139
F Gestra	155	155
D Gildem. 0	64,5	65 bG
D Girmes 0	165	164
D Glas & Sp. *11	240 G	240 G
D Goldschm. 4	160	161
M Glw. Frk. *7	265 bB	265 G
F Grünzw. H. 4	127 G	127,5
H Guano *0	460 B	460 T
D GHH St. 5	146,5	146,5
D GHH Vz. 5	135,5	136,5
M Hacker-Psch. 23,5	1280 bG	1280
H Hageda 0	112 B	112 T
D Hagen Batterie	128,5	130
H Hall.-Meurer *0	134,2bG	134,2bG
D Hamborner 7	258	258
H Hbg.Hochb. *4,64	89 G	89,2
H HEW 5	86,5	87,9
H Hdl. Lüb. 7,5	285 G	285 G
H Harmstorf 3	113,5	110,1
D Harpener 9	291	294
F Hartm. & B.St.N 3	446 bB	430
F dgl. Vz. 3	325 bG	322
M Hasen-Bräu 9	1070 G	1070 G
S Heidelb. Zem. 6,5	488 GG	488
M Heilit & W. 5	290 G	290 G
D Hein. Lehm. *0	192 bB	192 G
D Heinr. Ind. *8+2	340 bB	344
H Hemmoor 12,3	299 bB	300 G
F Henninger 0	120,7	122,5
B Herlitz 8	217	208,5
B dgl. Vz. 9	214	208
B Hermes 4	320 G	320 G
S Hesser *14,5	385 G	385 G
D Hindr. Autt. *5	180 G	185 G
D Hochtief 9+2	586 G	590 G
D Hoechst 7	161,5	164
D Hoesch 0	112,2	114,5
M Helbr. Cbg. 2	580 G	580 G
D Hoffm. St. 4	177 G	177 G
S Hohner *0	289 bB	288 G

	14.6.	13.6.
H Holsten-Br. 6+1	265	261
F Holzmann 10	453	452
D Horten 0	193	195,8
S Hw. Kayser *12	260 G	260
D Hussel 7	265	265
D Huta Hegerfeld 0	76 bB	76,9
M Hutschenr. 9	255,5bG	258 bG
H Hypo Hbg. 10+2,5	430	430,5
D IKB 7	176 bG	178
S IWKA 0	225	225
M Isar-Amper 6	290 bG	290 bG
D Isenbeck *9,5	320 G	320 G
H Jacobsen *8	615 G	615 G
H Jute Bremen 3	180 G	178 G
D Kabelmetal 2,5	153	156
D Kali Chemie 10	317,5	318
D Kali u. Salz 3	196,5	198
D Karstadt 6	249	255 G
D Kaufhof 6,5	224	230
S Kempinski 3,5	205 T	210,5
D Keramag 0	168	166
F KSB 0	163	160
F dgl. Vz. 2	146,5	149,5
Hn KWS 6	343	346
D KHD 7,5	242	244
D Klöckner-Wk. 0	60,1	61,5
D Kochs-Adler *12	378 bB	370 T
D Köln-Düssd. *10+5	390 T	395 T
D Köln. Rück. *16	810 B	810
B Kolitzer *0	198 G	198 G
S Kolb & Sch. 0	156,5 G	136,9
S Kolbenschmidt	163,1	164,1
F Kr. Rheinf. 6,5	207,5	207,5
S Kraft Altw. *14	520 G	520 G
M Krauss-Maffei *15	1850 G	1850 bG
D Kronschr. 7,5	177 TB	180 B
D Krupp-Stahl *0	78,5 bB	78
H Kübler. *5	615 G	610
D Küppersb. *0	255 G	255 G
D KKB 10	450 T	450
F Kupferberg *16	–	–
F Lohmeyer 10	348	341
D Langenbr. 10	1575 G	1400 bB
D dgl. Vz. 10,5	1375 G	1375 G
F Lech Elektr. 7,5	295	291
D Leffers 11	256 bB	256
B Lehmann 0	73 B	73 B
M Leon. Drahtw. 10	320 bG	325 B
F Linde 9	364,5	369,8
Hn Lind. Gildem. *15	512	510
M Löwenbräu 16+5	1450 bG	1450 G
D Lufthansa 2,5	136,5	137
D dgl. Vz. 2,5	136	137,5
D Magd. Feuer 7,5	440 G	440 G
H Maihak 3	148 bG	150
F Mainkraft *15	490	480 G
F MAB 6,5	380 B	380 B
F dgl. Vz. 6,5	–	410 B

	14.6.	13.6.
D Mannesmann 6	140,5	142
F Mannh. Vers. 8	517	510 bG
H Markt & K. *4	328 B	329,9
F MAN St. 4	145	147
F dgl. Vz. 4	141	142
F MAN-Rol. 16+4,2	360 G	360 G
S M.Müll.Weing. *8	259	285
D Mauser 0	89,8	89 bG
F Mercedes 10,5+1	490	501
F Metallges. 0	2226	227,5
S Met. u. Lack 0	125 bG	125 bG
S Mülag 6,5+1	347 G	347 G
F Moenus 0	73,8	70,5
F Monachia 5	–	
Hn Mühl. Rüm. 5	159 G	159 G
M Mü. Rück. Inhab. 9	998	1020 G
M dgl. 50% E. 9	450 bB	453
M MAK Stoffe 0	80,2 bG	81,5 bG
S Neckarw. Essl. 7	258	258
F Neckermann 0	89	89,5
M N. Bw. Hof 8	220	225 bG
M Niedermayr *4	228 G	228 G
H Nordcement 2,5	180,9	180 G
H Nord. Steing. 0	92,8	91,8
D Nordstern A. *10	765 G	765 G
D dgl. NA *5 *10	750 G	750 G
B Nordst. Leb. *16	3350	3350 G
H NWK St. 9,375	197 G	197 G
H dgl Vz. 9,375	168,8	169,8
H Old. Ldbk. 8	250 bG	251
D O & K *0	197	199 bG
H Otavi 3	–	–
F PWA 0	87,9	88
F Parkbräu *14	420 G	420
M Patrizier-Br. 0	241 G	241
M Paulaner 34	1790	1780Grt
D Pegulan 4	248 G	251 bB
D dgl. Vz. 4,5	251 TB	251 T
F Pfälz. HypoF 10+2,5	460	470 G
F Pfaff 5	161	162
D Philips Kom. 5	419,5	419
H Phoenix G. 3	130,1	132
F Pittler Masch. 0	57	60
D Pongs & Z. 0	–	–
S Porsche	985	1010
M Porz. Waldsa. 0	175 G	175 bG
H Preussag 8	266	267
S Progress. 7	248	254
M Rathgeber *8	390 G	390 G
D Rav. Spinne 0	198 GG	195 G
F Reichelbräu 7,5	390 bG	390 G
H Reichelt 0	126 G	125,5
S Rheinel. 10	465 G	468
F Rhein. Hypo 9	440 G	450 G
D Rhein. Textil *6	390 T	390 T
D Rhein. Boden 6	158,5	161
D RWE St. 8	161	162
D dgl. Vz. 8	160	160,8
D RWK 0	275 G	275 G
D Rheinmetall 6	280 G	280

	14.6.	13.6.
D Rhenag 7	281	290
Hn Ried. d. H. *11	420	425 B
H Rind. Sch.A **0	825 T	825 T
H dgl. Lit. B **0	630 T	450 T
F Rosenthal 8,5	234	236
H Ruberoid 5,5	750 G	–
D Rütgers 7	318	320 T
S Salamander 7,5	174,5	175 G
H Scheidem. *5,1	143 G	143 T
D Schering 10,5	330	329,5
D Schiess 4	114,8	114,5
M Schlenk 4	185 GG	185
F Schloßqu.H. *14	–	
D Schub. & Salz 0	92 T	94 G
S Schw. Zellst. *0	238	235 bG
H Securitas *0	420 T	420 T
F Seitz Enz. N. 3	181	185
S SEL 10,5	386	385 bG
S Sekt. Wach. *16	790 G	790 G
H Siemens 8	387	392
F Sinalco * 13	482 G	482,1 G
F Sinner 12	295 G	300 G
H Sloman Nept.* 0	118	118 G
M Sp. Kolbm. *14	736	785
S Sp. Plersee *16	750	700 TG
D St. Bochum *6	195 G	196
H P & S *8	156 G	156
F Steigenb. *12	1450 G	1450 G
F Stempel 4	148 bG	154
D Stern-Br. 0	180	184
D Stinnes 18	600 bB	590 G
B Stock 1,92	505 G	505 G
D Stöhr 0	99	100
D Stolb. Zink 20	940 T	940 T
D Stollwerk 6,5+2,5	–	505
D Strabag 10	190,5	191 bG
M Stumpf 0	123	124 G
M dgl. Vz. 0	129 B	129 B
M Stürtz **80	4455 G	4435 G
S St. Bäckerm. *0	250 G	250 G
S St. Hofbräu 7,5+4+3	590 bB	600
S dgl. Vz. 8,5+4	450 G	410
M Süd-Chemie 9	370 G	370 bG
M Südboden 10	370 G	367
S Südz. 10	316,5	325 G
B Temp. Feld. *4	600 G	600 G
B Terr. Rud. **9	2000 G	2000 G
Hn Teut. C. Vz. 5+3	154	155
D Thür. Gas. 7,5	338	335 G
F Thuringia 10	725	750
D Thyssen 2	83,1	84
D Thyssen Ind. 1,2	65,5	66,5
H Triton-Belco 4	126,2 G	126
M Triumph-Adler 0	412 bG	409 bG
M Oberl. Ufr. 5	322 G	322 G
H Ostra Hann. V. 1	115 G	115 G
F Varta 4	173,5	175
D Veba 7,5	165	166,7
F Veith-Pirelli 7,5	193	195
M Ver. Aach.-Bin. *13	980 GG	960 G
M dgl. N.A. *13	950 G	930 G
S V. Ah.u. Sur. *0	165 B	165 B
F VDM 6,666	175 G	170 T

	14.6.	13.6.
D V. Dt. Nickel *0	121	123
D VEW 6	122	122,4
S Ver. Filz *0	138 G	138 G
F VGT 2	140,5	138 bG
H V. Kammgarn 0	28 T	28
M V. Kunstm. 5	158 G	158 bG
D V. Rumpus *0	147 G	147 G
D V. Seidenw. St. 0	114	115
H V. Werkst. 0	150 B	151 G
H Vereins-Westb. 10	297	298
M Vbk.-Nürnbg. 10	331	331
D Vict. Leben *16	3630	3650
D dgl. 50% E. *8	5100	3090
F Vögele 3	127 bG	127 G
M Vogtl. Bwsp. 8	186 bG	193
D VW 0	186,8	190,5
M Wanderer *8+1	275 B	275 B
D Wedag 3	159	158
F Wella	415	417
D Westag & Get. 0	77 bG	77 G
F Wickrath *6	420	440 bB
Hn Wilke *0	8,5 T	8,5 T
S Wolld. Weil 0	141 G	141 G
S Württ. Cattun 10	345 G	345 bG
S Württ. El. 9	410 G	410 G
S Württ. Feuer 9	540	537
S Württ. Hypo 10+1	485 G	485 G
S Württ. Lein *16	1600 G	1600 G
S WMF 0	160	156 bG
S dgl. Vz. 3	152	155,9
S Württ. Bd. *18	1400 TB	1430 TB
M Würzb. Hofb. *0	340 G	340 G
M Zahnr. Renk. 7	244 B	244 bB
D Zanders	177	176
S Zeag Zement 8	314	315
S Zeiss Ikon *10	231	231 G
M Zucker & Co. *0	390 G	390 G
S ZWL Gr. & Ber. 8	670	665

Freiverkehr

	14.6.	13.6.
Br AG Weser *0	110 bB	120
Hn Allbank 5	225	224 G
F Alldephi G.*7,875	118,5	119
F Asko 6	–	900
H Audi Gen. **0,16	0,20	0,65 G
H Auronia 10	420 G	425 G
F Bad. Salzschl. *0	480 G	480 G
Br Bkv. Bremen 5	200	200 G
D Bw. Gronau **0	410 G	410 G
H Bau-V.Hbg *2,56	390 B	400 B
H Behrens 2,F. 0	90	91
B Bergmann 7	308 G	308 G
S Br. Chuss 5	279 G	279 G
Hn Br. Feldschl. **66	4900 G	4900 G
F Br. Moninger 0	138 B	138 B
Hn Brschw.M. 3	100 G	100 G
Br Brem. Lager 4	94	94 G
Br Brem. H.Eis. **0	6200 G	6200 G
D Babcock BSH *0	350 G	350 G
Hn Ch. Oker *8	665 G	665 G

	14.6.	13.6.
B Chem. Brockh. 7+1	275 G	275 G
H Deimo 4	175	175
S Dinkelacker 7,5	1095	1095
D Dol.-Basalt *10	330 bB	330 bB
D Dorst. Masch. *0	500 G	500 G
H Drägerw. Vz. 7	230,5	230,5
H dgl. Gen.	131	131
Hn Einb. Br. 10+1,5	465 G	465 G
D Eisen u. Hütt. *8+6	258	258
M Electronic 2000 20	830 bG	830 bG
Br Essl. Werft 0	120	120
B Eschweil. Berg *0	100 G	100 G
D Gema AG *2,56	326 T	326 T
M Germ. B.W. *3,84	112,5	112,5
B Gruschwitz *4	345 T	345 T
B Gümmer *0	300 G	300 G
H Hanke-B. *16	790 G	790 G
H Hbg. Getr. 6	125 G	125 G
H dgl. Vz. 6	113 G	113 G
H Hann. Papier 0	119	119
H Hapag-Lloyd 0	69,7	69,7
Hn Hbrh. Wolt. *12	550 G	550 G
F Hornschuch 0	130	133
F Katz Werke 0	135 B	132 G
M Kerkerbachb. 25+5	255bGrt	252 bG
S Knoeckel 2,50	122,5	120,1
M Knürr-Mech. 6	130 bG	130 bG
F Koepp 3,5	128 B	128 B
M Kraftw. Haag *12	975 TG	995 TG
H Kühlhaus *0	400 G	400 G
F KKK St. 6+2	280	280 G
F dgl. Vz. 10,625	268	265
D Lehnkering 7	265bGrt	262 T
Hn Meinecke *24+6	562 G	562 G
H NY H. Gummi 0	55 bG	55 G
H Nordd. Hypo 3	160 B	160 B
H Oelmühle 10	208	210
Hn Phywe *6	170 G	175 G
B Pomm. Zucker 15	830 G	830 G
F Riebeck M.**1,13	300 B	305
D Rösler 3	275 G	275 G
D Rückforth 17	250bGrt	255bBrt
H Schichau Uw.0	100	106
S Schloßg. St. *22	1550 G	1550 G
D Schuschlag *15	–	435 T
S Schwabenverl. *6	260 G	260 G
F Seilwolf 0	69 G	69 G
M Solenhofer *12	1360 G	1360 G
M Spinne Z. **60,9	1450 G	1450 G
S Swd. Salzw. 5	280 G	283
M Triumph Inv. 7,5	126	136
M dgl. Gen. 3,75	65	65 bG
M Triumph-Inv. *10	205 G	205 G
D VA Verm. *0	390 T	390 T
M VFB Verm. *20	700 B	700 bB
Hn V. Schmingel *12	815 G	815 G
D Vict. Feuer *16+2	1900 T	1900 T
D Walther 13,5	420 G	420 G
D Wasag *0	370 T	365
D Wf. Kupfer *7	333 G	535 G
D dgl. Vz. *9	620 T	620 T
D W. Zellstoff 0	130,6 G	130,6 G
Br Wilkens *18	450 G	455

Ungeregelt. Freiverkehr

	14.6.	13.6.
M A. Alpenm. 14%	380 TB	380bBrt
F Allgussa *16	950 G	950 G
F Alte Leipz.B**7	467 G	467 G
F dgl. 50% NA *5	449 G	449 G
M BCT	188 bB	191,5bB
F Berl. AG Ind.*4	220 G	220 G
D Berl. Leben 9	830 G	830 G
M Bernard **28+7	3150	3150
F Bibl. Institut 5	560 G	560 G
F Bürst. Kränzl *0	325 G	325 G
D Dachz. Idunah.*0	650 T	650 T
F Deere Lanz *6	180 G	180 G
F Diskusw. 0	65	65 G
F DM Hansa 5,55	210 G	210 G
D Garbe, Lahm 0	181 bG	182 G
F Gas, K'laut.7,5	360	360
F Georg A. 4	182 G	182 G
F Gerling **50	1385	1390 G
F dgl. NA 5	135,5	137 G
F dgl. Vz. 5	130 G	130 G
D Germ. Epe 0	75,5	72,5 G
F Grossm. *13	250 G	250
F Hanfw. Obera. *0	140 G	140 G
D Koenig & B. 5+2,5	198 bB	190 G
D dgl. NA 5+2,5	180 T	180 T
D Köln Verw. 3,5	320 T	320 T
F Karl Stahl 0	9,9	10
F Langbein-Pf. 0	70	71
F M. Fahr *10	450 B	450 B
S Mm. Oberk. 8	410 G	410 G
Hn Nwd. Hefe *11	440 G	440 G
Hn Osn. Bierbr. *0	265 G	265 G
F Papier Weiss 0	120	120 G
F Sarona V. 8,25	225	225
D Schött *0	–	–
F Schwab 5	340 G	340 G
M SM Software	350 B	330 bB
M Tewidata	160 bG	152,5bB
F Tonw. Wiesl.*10	820 G	850
F Veritas G. 3	400 B	400 B
F Westafr. Vict. 0	–	–
F Wibau 4	6,8	6,7

Unnotierte Werte

	14.6.	13.6.
F Global Nat **0	16,35	16,5
F Henninger Con	2,5	2,46
F Properties Int.	29,5 G	29,5 G
F Uac **0	1,1 bG	1,15 bB

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. * Stücke in 100 DM, ** abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Rentenkurse zogen leicht an

Am Rentenmarkt war die Gesamttendenz am Donnerstag etwas freundlicher. Im Bereich der Bundesobligationen mit vier Jahren Restlaufzeit wurden die Notierungen *bis um 0,2 Prozentpunkte* heraufgesetzt.

Öffentliche Anleihen und auch die von den Streiks stärker in Mitleidenschaft gezogenen DM-Auslandsanleihen lagen überwiegend gut gehalten, wobei die Notierungen um 0,05 bis 0,1 Prozentpunkt heraufgesetzt wurden. Die Bundesbank gab zum Marktausgleich 30,6 Mill. DM nominal ab, die Umlaufrendite fiel auf 8,05 (8,06) Prozent. Am Pfandbriefmarkt herrschte bei behaupteten Kursen Zurückhaltung vor.

LEITZ / Kurzarbeitsphase jetzt abgeschlossen

Basis zum Durchstarten

JOACHIM WEBER, Wetzlar

Wenn er auch zugestehen muß, daß „Kostenniveau und Strukturen noch nicht weit genug abgesenkt und bereinigt sind, um bei einem Konjunktureinbruch nicht ins Trudeln zu kommen", so ist Urs Scherrer, Geschäftsführungsvorsitzender der Ernst Leitz Wetzlar GmbH, Wetzlar, *doch zuversichtlich: „Wir haben jetzt* eine gute Basis fürs Durchstarten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre."

Bereits in diesem Jahr soll sich das Ergebnis erheblich weiter verbessern, vorausgesetzt, der Arbeitskampf in der Metallindustrie dauert *nicht allzu lange.* Deutliche Ertragsfortschritte machte der Optik-, Feinmechanik- und Elektronik-Spezialist schon 1983 mit einem Jahresüberschuß *von 1,4 Mill. DM,* der einem Verlust von 0,3 Mill. DM folgte. Diese Verbesserung gelang bei einem Umsatzrückgang auf 340 (348) Mill. DM.

Dazu trugen zwar auch außerordentliche Erträge (in Gestalt der Auflösung einer Steuerrückstellung von 1,6 Mill. DM) bei. Doch auch strukturell wurde einiges angepackt. So gelang es, die Vorräte um 11 Prozent auf 151 (169) Mill. DM zu reduzieren und mit vorsichtigen Investitionen von 12 Mill. DM bei 15 Mill. DM Abschreibung auch ansonsten den Finanzierungsrahmen zu schonen. Der Erfolg: eine verkürzte Bilanz von 303 (329) Mill. DM und ein Zinsaufwand von 5,7 (10,3) Mill. DM.

Hinzu kam eine Verringerung der Personalkosten um 14 Mill. DM, Ergebnis eines Belegschaftsabbaus auf 3580 (3920) Mitarbeiter (April 1984: 3450) und der Kurzarbeitszuschüsse von 6 Mill. DM. Nachdem die ersten fünf Monate 1984 dem Unternehmen ein Umsatzwachstum von 12 Prozent und neue Aufträge, die um 30 Prozent über dem Umsatzvolumen lagen, brachten, soll die Kurzarbeitsphase jetzt abgeschlossen sein. Ohne einen Rückgang im Sondergeräte-(Militär-)Geschäft wären die Zuwächse noch stattlicher ausgefallen.

Für die Zukunft setzt Leitz besonders stark auf die Elektronik. Gute Chancen rechnet sich das Management im Geschäft mit der Halbleiterindustrie aus. Alle großen US-Hersteller von integrierten Schaltkreisen zählen bereits zur Leitz-Klientel. Aber auch in die anderen Produkte des Traditionsunternehmens hat die *Elektronik Einzug* erhalten. Auch die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen zeigen die Nähe zur Elektronik: Mit gut 40 Mill. DM erreichten sie *rund 12 Prozent vom Umsatz.*

Umsatz bei Bäckern stagniert

dpa/VWD, Lübeck

Die fast 40 000 Bäckerfachgeschäfte in der Bundesrepublik haben 1983 „kleinere Brötchen" backen müssen. Auf der Jahrestagung des Zentralverbandes des deutschen Bäckerhandwerks *sagte dessen Präsident Hans* Baum in Travemünde, die Umsätze im Bäckerhandwerk seien 1983 nur um 0,8 Prozent auf rund 17 Mrd. DM gestiegen. Dies bedeute real eine Abnahme. Rund 1,6 Prozent der Betriebe hätten sogar schließen müssen. Die Ursachen sieht Baum in der allgemeinen Konjunkturlage und der hohen Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik. Darüber hinaus habe sich der Wettbewerb in diesem Bereich in der letzten Zeit außerordentlich verschärft.

Im laufenden Jahr erwartet das Bäckerhandwerk jedoch wieder steigende Umsatzzahlen. Dies habe sich bereits in den letzten vier Monaten 1983 abgezeichnet. Eine scharfe Absage erteilte der Verbandspräsident der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das sei im Bäckerhandwerk überhaupt nicht realisierbar. Die Bäckermeister und ihre Familienangehörigen arbeiteten schon jetzt 60 und mehr Stunden in der Woche. Kritik übte er auch an Überlegungen zur Änderung des Ladenschlußgesetzes. Dies werde *auf keinen Fall zu einer* Ausweitung der Umsätze führen, sondern allenfalls zu einer Verlagerung, die zudem mit höheren Kosten verbunden sei.

AMK BERLIN / Haushaltsansatz unterschritten

Ergebnis stark verbessert

tb, Berlin

Mit einem wesentlich besseren Ergebnis hat die AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongreß-GmbH im Geschäftsjahr 1983 abgeschnitten. Die Verlustabdeckung *durch das* Land Berlin konnte 1983 nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung Walther Moslener, der die Gesellschaft *zur Jahresmitte verläßt,* auf 28,4 Millionen DM gedrückt werden. Das sind 7 Mill. weniger als der Senat im Haushalt bereitgestellt hat. Selbst wenn dabei die sogenannte Grundlast – veranstaltungsunabhängige Energiekosten, Reinigungs- und Bewachungskosten, Eigentümerversicherungen sowie die Umfinanzierung – von Sozialveranstaltungen daran erheblich beteiligt sind, liegt das Ergebnis um 8 Mill. DM besser.

In den Vorjahren mußte der Senat von Berlin bei der AMK Verluste von jeweils mehr als 50 Mill. DM abdekken. Für das laufende Jahr sind im Haushalt des Landes Berlin nach Angaben von Geschäftsführer Manfred Busche 36,2 Mill. DM vorgesehen.

Die Ergebnisverbesserung bei der AMK sei nicht allein durch Kosteneinsparungen zustande gekommen, sondern auch durch höhere Umsätze. Der Gesamtumsatz *lag bei 101,3 Mill.* DM. Ohne Grundlast wurden 88,2 Mill. DM erreicht. Damit wurde das Ergebnis von 1981 nur leicht unterschritten. *Kräftige Umsatzsteigerungen* gab es in den Bereichen Messeun und Ausstellungen sowie Kongresse.

Für das laufende Jahr ist die AMK Berlin zuversichtlich, den Haushaltsansatz des Senats wieder zu unterschreiten. Das erste Halbjahr sei zufriedenstellend verlaufen und auch *die zweite Hälfte lasse sich gut an.*

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Jos. Hündgen & Sohn GmbH & Co.; **Berlin Charlottenburg:** ELGAS Elektrogeräte Zweigniederlassung d. Oswald Manchen Armaturen-Röhren-Großhandlung GmbH; **Fürth/Odw.:** Buch-Kammer, Rimbach; **Hameln:** Ebeling GmbH, Bad Münder; Harald Schaper, Bad Pyrmont; WEDRUPA Weser Druck- u. Papierverarbeitungs GmbH, Hessisch Oldendorf; **München:** Maximilian Walter Maria Billig; Nachl. d. Karl-Heinz Höck; **Nürnberg:** Rudolf Häuser, Abenberg; **Schweinfurt:** Olly's Jeans u. Sportswear GmbH; **Stuttgart:** Prodoma Hausrenovierung, Magstadt.

Anschlußkonkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: GKL Ges. f. klima- u. lufttechnische Anlagen mbH; **Hechingen:** Rudolf Haas; **Krefeld:** Fischell & Janson GmbH & Co. KG, Tönisvorst.

Vergleich beantragt: Lübbecke: 1) Heinrich Albert Beteiligungs GmbH, Rahden; 2) H. Wiecke GmbH & Co. KG, Rahden.

BARMENIA / Mehr ausgezahlt als an Beiträgen geleistet

Kostenbewußtsein trägt Früchte

HARALD POSNY, Wuppertal

Nach einem 1983 noch besser als im Jahr zuvor verlaufenen Geschäft erhalten die rund 908 000 (876 000) *Versicherten* der Barmenia Krankenversicherung aG, Wuppertal, auch für 1984 frohe Kunde: Sie alle werden wegen des günstigen Schadenverlaufs nicht mit Beitragsanpassungen konfrontiert. Rund 250 000 Versicherte, die 1983 keine Leistungen in Anspruch genommen haben, erhalten erstmals seit 10 Jahren wieder eine Beitragsrückerstattung in Form einer Barausschüttung von bis zu 2 Monatsbeiträgen der Vollkostenversicherung bzw. einen Monatsbeitrag *von Zusatzversicherungen.* Für 1984 ist sie bereits garantiert, für 1985 ist sogar schon eine Verbesserung auf drei Monatsbeiträge vorgesehen.

Dies alles bewirkt bei der Barmenia, dem sechstgrößten und als wohl einzigem jedermann zugänglichen privaten Krankenversicherer, die bemerkenswerte jenseits von 100 Prozent liegende Leistungsquote, d. h. für 100 DM Prämie flossen in Form von Leistungen aus eingereichten Leistungen und Beitragsrückerstattungen 101,40 DM zurück.

Vorstandsvorsitzender Günter Völker sieht diesen Erfolg als Ergebnis der von der Ärzteschaft „angenommenen" neuen Gebührenordnung mit ihren *Kostendämpfungs*effekten sowie der immer wieder beim Kunden wachgehaltenen Bemühungen um mehr Kostenbewußtsein.

Flankiert wird das Ergebnis stabiler Aufwendungen für Versicherungsfälle von kräftig sprudelnden Kapitalerträgen und weiter gesunkenen Kostensätzen. Die demgegenüber ausgewiesene Steigerung der Beitragseinnahmen rührt noch aus der Anpassung des Jahres 1982, die sich erst 1983 voll auswirkte. Vom Bruttoergebnis (99,5 nach 71,3 Mill. DM) fließen 94 (95,4) Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu. Den Rücklagen werden 6 (4) Mill. DM zugeführt.

Die Lebensversicherung des Konzerns (Beitragsvolumen 766 Mill. DM) hat 1983 ihren Rohüberschuß um 11 (17) Prozent auf 76 Mill. DM erhöht, das sind 44 (42,8) Prozent der Beiträge. Er kommt voll der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (172 nach 159 Mill. DM) zugute. Überdurchschnittlich stark wuchs auch das Neugeschäft um 25,5 (Vorjahr minus 8,8) Prozent auf 536 Mill. DM, der Bestand um 5,7 (3,8) Prozent auf 4,45 Mrd. DM Versicherungssumme. Die Kapitalanlagen erhöhten sich um 9,6 (10) Prozent auf 1,4 Mrd. DM, die Net*toerträge daraus betrugen 107 (97)* Mill. DM. Die Durchschnittsrendite erreichte 7,9 Prozent.

Deutlicher Anstieg der Beitragseinnahmen um 7,3 Prozent auf (brutto) 70 Mill. DM und ein um 3,5 Prozent auf 29 Mill. DM verminderter Schadenaufwand bestimmten das *Bild des Sach-HUK-Versicherers.* Die Gesellschaft, die 40 Prozent des Beitragsaufkommens aus dem Unfallgeschäft bezieht, und auch künftig Personenversicherer bleiben will, weist einen technischen Verlust von 0,4 (0,7) Mill. DM aus.

Barmenia Kranken	1983	± %
Beiträge (Mill. DM)	524	+ 6,4
Aufw. f. Vers.Fälle	396	–
Versich.-Leistung [1]	532	+ 6,6
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	94	+ 38,6
Rückstr. f. Beitr. Rückerst.	189	+ 62,6
Kapitalanlagen [2]	1287	+ 12,5
Kapitalerträge [3]	93	+ 16,2

in % d.verd.Beitr.	1983	1982	1981
Schadenquote [4]	75,8	80,6	83,6
Leistungsquote [5]	101,6	101,4	99,3
Kostenquote [6]	11,9	12,2	13,1
Überschußquote [7]	19,0	14,5	9,7

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 7,8 (7,6) Prozent; [4] Aufw. f. Vers. Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw. Kosten; [7] Bruttoüberschuß.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

DAL-Bedarf bei 809 Mill.

Mainz (VWD) – Fünf Gesellschafterbanken der in Schwierigkeiten geratenen Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL) haben in diesem Jahr einen Wertberichtigungsbedarf von 809 Mill. DM abzudecken. Dieser Betrag wurde erstmals offiziell vom rheinland-pfälzischen Finanzminister Wagner genannt. Nicht in diesem Betrag enthalten sind die Vorjahresverluste von 474 Mill. DM.

Neuer Betrieb in Berlin

Berlin (tb.) – Eine Verdoppelung des Umsatzes auf 80 Mill. DM bis 1987 erwartet die Guhl Kosmetik GmbH, Berlin. Wie der Vorsitzende der Geschäftsleitung dieser Tochtergesellschaft der Beiersdorf AG, Jan-Peter Hink, mitteilte, hat Guhl (einschließlich der Tochter Sauerwald Chemie GmbH, die Körperpflegemittel für *Beiersdorf produziert) 1983 einen* Umsatz von 40,2 (36,4) Mill. DM erzielt. In den ersten fünf Monaten wurde ein Plus von 28 Prozent erreicht. In Berlin wurde für rund 15 Mill. DM eine neue Produktionsstätte errichtet. *Gegenwärtig werden 174 Mitarbeiter beschäftigt.*

Erste Computer-Show

Köln (dpa/VWD) – Die erste „Internationale Computer-Show Köln" ist gestern eröffnet worden. Die viertägige Veranstaltung ist auf Kleincomputer für Beruf, Heim und Hobby spezialisiert und steht auch interessierten Laien offen. Neben 158 deutschen Ausstellern beteiligen sich 62 ausländische *Firmen aus 13 Ländern.* Die Computer-Show zielt auf den nach Branchenangaben erst zu 10 Prozent ausgeschöpften Markt für Kleincomputer in der Bundesrepublik.

Holzmann mit Bonus

Frankfurt (dpa/VWD) – Aufsichtsrat *und Vorstand der Philipp Holz*mann AG, Frankfurt, schlagen der zum 22. August einberufenen Hauptversammlung eine Dividende von 10 DM und einen Bonus von einer DM je 50-DM-Aktie vor. Ausgeschüttet werden *damit 19,8 Mill. DM nach 18 Mill.* DM im Vorjahr. Großaktionär ist mit über 25 Prozent die Deutsche Bank.

Wiking jetzt bei Sieper

Lüdenscheid (DW.) – Die Sieper Werke GmbH, Lüdenscheid, nach eigenen Angaben mit Siku-Spielzeugmodellen Marktführer in Deutschland, hat zum 1. Juni die Firma Wiking Modellbau, Berlin, übernommen. Für Sieper stelle die Übernahme eine Ergänzung des eigenen Spiel- und Modellsortiments dar, so die Unternehmensleitung. Wiking bleibe mit der Produktionsstätte als selbständige Betriebseinheit in Berlin. Die Sieper Werke GmbH produzieren neben Siku-Spielzeug noch technische Artikel und Kunststoff*möbel in Hilchenbach. In beiden* Betrieben werden zur Zeit 600 Mitarbeiter beschäftigt.

NAMEN

Wilhelm Ewert, Vorstandssprecher der Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG, ist zum *Aufsichtsratsvorsitzenden der Bonnfinanz* AG für Vermögensberatung und Vermittlung gewählt worden.

Kurt Bauer, langjähriger Geschäftsführer der Marburger Tapetenfabrik J. B. Schaefer GmbH und Co. KG, Kirchhain, ist im Alter von 51 Jahren gestorben.

Carl-Will Pfeiffer, *Präsident* des Bundesverbandes der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz (VGA), wurde gestern 60 Jahre alt.

Dr. Franz-Josef Weitkemper, Finanzchef im Vorstand der Bayer AG, Leverkusen, wird heute 60 Jahre alt.

Ulrich W. Reinholdt (44) ist zum Hauptbevollmächtigten der National Union Feuerversicherungs-gesellschaft - Direktion für Deutschland - sowie zum alleinigen Geschäftsführer der *American International Un*derwriters GmbH (AIU), beide Frankfurt, berufen worden.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Verkaufsangebot über DM 65.000.000,– neue Inhaber-Aktien

Wertpapier-Kenn-Nr. 802 322

Die ordentliche Hauptversammlung der Berliner Bank Aktiengesellschaft vom 16. Mai 1984 hat die Erhöhung des Grundkapitals von DM 185 000 000,– auf DM 250 000 000,– durch Ausgabe von DM 65 000 000,– neuen Inhaber-Aktien beschlossen; die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1984 zur Hälfte gewinnanteilberechtigt.

Diese DM 65 000 000,– neuen Inhaber-Aktien werden in der Zeit

vom 18. bis 20. Juni 1984

zum Preis von DM 145,– je 50-Mark-Aktie

von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG freibleibend zum Kauf angeboten.

Kaufanträge nehmen die Berliner Bank AG sowie die nachstehend genannten Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Baden-Württembergische Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Sparkasse der Stadt Berlin West
Vereins- und Westbank AG

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Effektenprovision und Börsenumsatzsteuer ist von den Erwerbern am 29. Juni 1984 zu entrichten.

Die neuen Aktien werden den Erwerbern nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Girosammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zum Vorliegen von Einzelurkunden können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Einzelurkunden lauten über Nennbeträge von DM 50,– und DM 1000,–. Sie werden mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1–20 und Erneuerungsschein ausgestattet sein; der Gewinnanteilschein Nr. 1 trägt den roten Aufdruck „1/2".

Die zum Kauf angebotenen Aktien sind an den Wertpapierbörsen in Berlin, Düsseldorf und Frankfurt am Main zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Die Notierung wird voraussichtlich am 2. Juli 1984 aufgenommen.

Berlin, im Juni 1984 **Der Vorstand**

Linde AUF GUTEM KURS

Geschäftsjahr 1983

Die gesamtwirtschaftliche Lage hat auch den Geschäftsverlauf des Linde-Konzerns beeinflußt.

Auftragseingang Der Auftragseingang der Linde-Weltgruppe erreichte mit 3,008 Mrd. DM fast den Vorjahreswert. Im Inlands-Konzern ging der Auftragseingang um 6,1% auf 2,415 Mrd. DM zurück.

Umsatz und Gesamtleistung Der Weltumsatz war mit 3,364 Mrd. DM um 10,4% höher als im Vorjahr. Hierzu trugen alle großen Arbeitsgebiete bei. Der Umsatz des Linde-Konzerns übertraf mit 2,671 Mrd. DM den Vorjahreswert um 6,3%. Die Gesamtleistung ging durch die Verminderung des Halbfabrikatebestands, bedingt durch den Auftragseingangsrückgang im Anlagengeschäft, um 3,5% auf 2,438 Mrd. DM zurück.

Investitionen Die Sachanlagezugänge erreichten weltweit 187 Mio. DM. Im Inlands-Konzern betrugen die Zugänge für Sachanlagen 144 Mio. DM bei Abschreibungen von 112 Mio. DM.

Mitarbeiter Weltweit waren 18 622 Mitarbeiter beschäftigt. Im Linde-Konzern Inland war die Belegschaft mit 15 051 Mitarbeitern geringfügig kleiner als im Vorjahr.

Ergebnis Der Jahresüberschuß vor Steuern des Konzerns Inland betrug 126 Mio. DM (Vorjahr 127 Mio. DM).

Dividende Aus dem Bilanzgewinn der Linde AG von 32,4 Mio. DM wird eine unveränderte Dividende in Höhe von 9 DM gezahlt. Zusammen mit der Steuergutschrift von 5,06 DM erhalten die inländischen Aktionäre je 50-DM-Aktie einen Betrag von 14,06 DM.

Konzern Inland (Werte in Mio. DM, soweit nicht anders vermerkt)

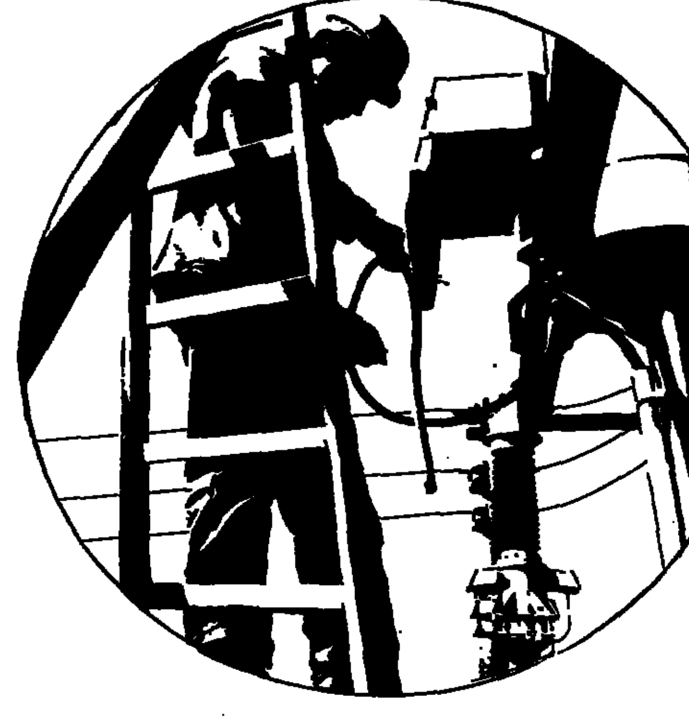
	1983	1982		1983	1982
Umsatzerlöse	2671	2513	Sachanlagezugänge	144	107
Exportanteil	42,9%	43,4%	Mitarbeiter	15051	15094
Gesamtleistung	2438	2526	Eigenkapital	661	648
Auftragseingang	2415	2571	Jahresüberschuß vor Steuern	126	127
Auftragsbestand	2378	2631	Dividende je 50-DM-Aktie in DM	9	9



Kältetechnik
Anlagenbau und Verfahrenstechnik
Flurförderzeuge und Hydraulik
Technische Gase

LINDE AKTIENGESELLSCHAFT
6200 Wiesbaden 1
Abraham-Lincoln-Straße 21

HASTRA
partner für energie



1983 haben wir 118 Millionen DM zur Sicherung der Versorgung unserer Kunden mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Wasser investiert.

Diese Investitionen tragen zur Belebung der Wirtschaft in unserer Region und damit zur Arbeitsplatzsicherung bei.

HASTRA auf einen Blick:

Anzahl der Kunden	582 000
Stromversorgung:	
Absatz (Mio. kWh)	6 141
Jahreshöchstleistung (MW)	1 077
Leitungslänge (km)	33 205
Anzahl der Transformatorenstationen	11 783
Anzahl der Umspannwerke	80
Gasabsatz (Mio. kWh)	692
Fernwärmeabsatz (Mio. kWh)	44
Wasserabsatz (Mio. m³)	3
Anzahl der Mitarbeiter	2 225

...im Geschäftsjahr '83:

Aus der Bilanz zum 31. 12. 1983	(in Mio. DM)
Anlagevermögen	1 813
Umlaufvermögen	322
	2 135
Grundkapital	95
Rücklagen	132
Wertberichtigungen	1 177
Bauzuschüsse	256
Rückstellungen	347
Verbindlichkeiten	116
Bilanzgewinn	12
	2 135

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung 1983	(in Mio. DM)
Umsatzerlöse	1 206
Sonstige Erträge	42
	1 248
Sachaufwand	886
Personalaufwand	155
Finanzaufwand und Gewinnsteuern	190
Jahresüberschuß	17

Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene, vollständige Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

HANNOVER-BRAUNSCHWEIGISCHE STROMVERSORGUNGS-A·G

PWA

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit zur ordentlichen Hauptversammlung ein. Sie findet am Mittwoch, dem 25. Juli 1984, um 10.30 Uhr im Sheraton Hotel in München, Arabellastraße 6 (Kongreßzentrum) statt.

Tagesordnung

1.
Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1983 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts.

2.
Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

3.
Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984. Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, ihr Stimmrecht ausüben oder Anträge stellen wollen, bitten wir, gemäß § 21 der Gesellschaftssatzung, ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bis spätestens am Mittwoch, dem 18. Juli 1984, bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen im Bundesgebiet zu hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort zu belassen.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Für den Fall einer Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist der hierfür auszustellende Hinterlegungsschein spätestens am Freitag, dem 20. Juli 1984, bei der Gesellschaftskasse einzureichen.

München, im Juni 1984

PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Nachlaßauktion

im Auftrage des Herrn Testamentsvollstreckers versteigere ich gem. Bedingungen Donnerstag, den 21. Juni, 10 Uhr, Bogenstraße 45, bei den Hochbleesen, 2000 Hamburg 13

hochw. figürl. u. a. Porzellan des 17. bis 20. Jh.
eines Düsseldorfer Sammlers

Meissen: 16tlg. Eßservice Kobaltrand, 2 Kaffeeservice rote Rose für 12 Pers., Mokkaservice rote Rose, 20 Tassen- u. Gedekke, Teekannen, 60 Wand-, Eß-, Obst- u. kl. Teller in Zwiebel-, Drachen-, Weinlaub- u. a. Dekors, Vorlageschalen, gezackte Blattschale, Doppelschale Biedermeier, Kopchen, Amphox m. franz. Frauenköpfen, Langschwanzpapagei, 10 Figuren, Kerzenhalter u. Vase m. Silberrand, 10 Vasen Kobalt-, Drachen- u. a., 6fl. Deckenlampe.

KPM Berlin: Bodenvase, Tischlampe, Kobaltvase, Schalen, Gedecke, 11 Wandteller m. Goldrand u. Dekor, Figuren, Tassen, 20 Eß-, Kuchen- u. a. Teller u, a.

Nymphenburg/Fürstenberg/Frankenthal: Obst-, Eß- u. a. Teller verschied. Dekors, Gedecke, Schalen, Leuchter, Figuren, Sänfte.

Dresden/Volkstedt/Sevères u. a.: Blumenübertöpfe, Aufsatzschale m. Figuren, 4tl. Leuchter, 3 Musikanten u. a. Figuren, Konfekt- u. a. Schalen u. Dosen, Tassen, Deckel- u. a. Vasen, Amphore, Vasen- u. Wandleuchter, Uhr, Wand- u. a. Teller, antiker Chinateller, 50 cm.

Kristall u. Silber: *50 Römer, Likör- u. Sektgläser, Karaffen,* Leuchter, Tabletts, Schalen, Zigarettendosen u. Bestecke.

Ölbilder: v. Wedekind u. a., Aquarelle, Colorstiche u. Bleistiftzeichnungen, Elfenbein- u. a. Miniaturen, Spiegel, Untersätze.

Antik. Orientteppiche u. -brücken: Heriz 3,5×4,5, Afghan 2,40×3,30, Belutsch, Buchara, Garajeh, Shiraz, Gasghai, Ghom- u. Isfahan-Seidenbrücken.

- Mahagoni-Vitrinen-, Bücher-, Anbau-, Eck- u. a. Schränke, Ohrenbackensessel.

Arthur Landjunk Werner Landjunk, Schätzer u. vereid. u. öff. best. Versteigerer
Büro: 2 HH 13, Bogenstraße 45, Telefon 040/44 78 07
Bes. Mi., 20. 6., 13–20 Uhr. Schriftl. Gebote werden angenommen.

Jahresbericht der VAW-Gruppe '83

VAW·Vereinigte Aluminium-Werke Aktiengesellschaft Berlin·Bonn

Konzernbilanz

Aktiva (Millionen DM)	1983	1982
Sachanlagen	1.623	1.723
Finanzanlagen	121	107
Vorräte	983	1.075
Forderungen	740	607
Flüssige Mittel	55	60
	3.522	3.572

Passiva	1983	1982
Eigenkapital	825	812
Eigenkapitalähnliche Darlehen	250	250
Pensionsrückstellungen und Unterstützungseinrichtungen	204	165
Langfristige Darlehen	1.279	1.242
Mittel- und kurzfristige Verbindlichkeiten	944	1.103
Konzernergebnis	20	–
	3.522	3.572

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Millionen DM	1983	1982
Außenumsatz	3.889	3.257
Bestandserhöhung	218	43
Andere aktivierte Eigenleistungen	21	29
Gesamtleistung	4.128	3.329
Materialeinsatz	2.546	1.950
Rohertrag	1.582	1.379
Sonstige Erträge	123	227
	1.705	1.606
Personalaufwendungen	844	801
Abschreibungen	288	309
Zinsaufwendungen	116	190
Steuern	88	31
Sonstige Aufwendungen	338	295
	1.674	1.626
Jahresüberschuß/Vorjahr Fehlbetrag	31	20
Gewinnvortrag, Veränderung Ausgleichsposten u. a.	./. 11	20
Konzernergebnis	20	–

Der vollständige Jahresabschluß und der auf freiwilliger Grundlage erstellte Konzernabschluß zum 31. Dezember 1983 tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers, der Treuarbeit Aktiengesellschaft.



Ertragsausschüttung

HAUS-INVEST

Für das Geschäftsjahr 1983/84 werden ab 15. Juni 1984 auf Ertragsschein Nr. 12

DM 3,20 pro Anteil

ausgeschüttet.
Bei Wiederanlage der Ausschüttung bietet „HAUS-INVEST" auf den Ausgabepreis einen

Wiederanlagerabatt von 3%

„HAUS-INVEST" macht seine Anteilseigner auf diese günstige Möglichkeit aufmerksam; sie besteht bis zum 3. September 1984

„HAUS-INVEST" *ist eine sichere Vermögensanlage mit laufenden Erträgen.*

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte der Fonds ein Gesamtergebnis von 6,3%

Depotbank COMMERZBANK

Vertrieb durch **COMMERZBANK** und **ADIG**-Gesellschafter.

HAUS-INVEST

Um zum Frieden zu gelangen, zum Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.

VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE EV
35 KASSEL WERNER-HILPERT-STRASSE 2 POSTSCHECKKONTO HANNOVER 1033 60-01

GROSSES GESCHÄFT

ERZEUGUNGSWERK VON PALLETS VERKAUFT WEGEN GESCHÄFTSAUFGABE DIE GANZE STAMMVERARBEITUNGSANLAGE ZUR PALLETSERZEUGUNG 1500 STÜCK TÄGLICH MIT MÖGLICHKEIT ERHEBLICHER VERMEHRUNG. SEHR LEISTUNGSFÄHIGE WIE NEU MASCHINEN: SCHUMACHER, RAIMANN, BOHN UND CRUSE. VERHANDLUNGSBASIS DM 550 000. BITTE SICH AN DR. STEFANO BERTORELLO, VIALE REGINA 9. RUF 02-27 88 40, MAILAND, WENDEN.

Texter/ Schriftsteller
nimmt noch Aufträge entgegen. Zuschr. erb. unt. PJ 48088 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Vertrauliche Spezialaufträge
im In- und Ausland erledigt serioser Einzelkämpfer.
Zuschr. unter P 6975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen





An alle Pan Am Aktionäre, deren Stimmanweisungen noch ausstehen:

Bitte beachten Sie die Aufforderung Ihrer depotführenden Bank und stimmen Sie für die Verbesserung von Pan Am durch Einführung einer neuen Dachgesellschaft.

Einen Stimmvorschlag hierzu erhalten Sie über Ihre Depotbank. Diese benötigt Ihre Weisung bis zum

20. Juni 1984,

damit der Vorschlag auf unserer vertagten Hauptversammlung am 27. Juni 1984 in New York zur positiven Abstimmung gelangt. Das Gesetz fordert eine 2/3-Mehrheit des ausstehenden Kapitals. Ihr Schweigen kann daher die vorgeschlagene Verbesserung verhindern. Es kommt also auch auf Ihre Stimmen an.

Sollten Sie Ihre Stimmanweisung noch nicht erhalten oder nicht zur Hand haben, so benutzen Sie bitte das hier abgedruckte Formular.

Stimmanweisung

für die für mich (uns) gehaltenen Aktien der Pan American World Airways, Inc.

an: ______________________________
(depotführende Bank, Filiale bzw. Zweigstelle, in Blockschrift)

Der (die) Unterzeichnende(n) bittet(n) Sie, mit allen für mich (uns) gehaltenen Stammaktien der Pan American World Airways, Inc. („Pan Am") in der unten angegebenen Weise über den im Stimmvorschlag von 26. März 1984 beschriebenen Fusionsvertrag und -plan abzustimmen, der die Schaffung einer Dachgesellschaft vorsieht, die als Emittentin an die Stelle von Pan Am tritt und der Pan Am und Pan Am World Services, Inc. als Tochtergesellschaften angegliedert werden. Sollte(n) ich (wir) die nachstehenden Wahlmöglichkeiten offengelassen haben, so bitte(n) ich (wir) alle für mich (uns) gehaltenen Aktien für den Fusionsvertrag und -plan zu stimmen.

O für O gegen O Enthaltung

_____ Juni 1984 ______________________________
(Unterschrift(en))

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Name(n): ________ Straße: ________ Wohnort: ________

Depot-Nummer: ________ Anzahl der Aktien: ________

Sollten Sie im Zusammenhang mit dem Vorstehenden noch zusätzlicher Informationen bedürfen, so setzen Sie sich telefonisch in Verbindung mit Pan Am unter (06 11) 69 05 412 oder 01 30-55 66 (Ortsgebühr innerhalb Deutschlands).

FUSSBALL / Die Europameisterschaft hat ihren ersten großen Star – Vincenzo Scifo

● Der deutsche Aufsteiger der Saison ist zweifellos der Stuttgarter Guido Buchwald. Er nimmt es gelassen. Vor seinem ersten wichtigen internationalen Einsatz sagt er: „Warum soll ich nervös werden, ich habe doch nichts zu verlieren." Sein Vorteil: Mit Karl-Heinz und Bernd Förster hat er innerhalb der Mannschaft zwei Stuttgarter Kollegen, die ihm in der deutschen Eliteelf mit Rat und Tat zur Seite stehen. Alle Welt spricht von einem typischen Schwaben, geboren aber ist er in Berlin. Auch seine beiden Brüder spielen in Schwaben bei Amateurklubs Fußball, aber nur er wurde entdeckt für den Profifußball.

● Begeistert feierte gestern die europäische Presse nach dem 2:0-Sieg der Belgier über Jugoslawien einen neuen Star: den erst 18jährigen Spielmacher Vincenzo Scifo vom RSC Anderlecht. Die Brüsseler „Het Laatste Nieuws": „Gebt Scifo einen Ball, und er macht alles." Das „Het Nieuwsblad": „Scifo – ein neuer europäischer Star ist geboren." Dem konnte der „Sport" in Belgrad nur noch entgegenhalten: „Wir waren unglücklich und hilflos. Die Belgier haben sich mit diesem Spiel Tür und Tor für das Halbfinale geöffnet." Mit Hilfe eines 18jährigen namens Vincenzo Scifo, der italienische Eltern hat..

● Die Reporter des Zweiten Deutschen Fernsehens wollten es entdeckt haben – und sorgten für eine ungewöhnliche Aktion: Gestern wurden offiziell von Vertretern des französischen Fußball-Verbandes die Tore im Pariser Prinzenpark-Stadion nachgemessen. Die Reporter glaubten sie zu niedrig, dem einen Tor fehlten zwei, dem anderen sechs Zentimeter. Die Beruhigung folgte gestern, das Eröffnungsspiel ist unter regulären Umständen abgelaufen: Auf den Millimeter genau sind beide Tore 7,32 Meter breit und 2,44 Meter hoch – so wie es in den Regeln steht, so wie es das deutsche Schiedsrichtergespann auch annahm.

Guido Buchwald – ruhiger Schwabe, geboren in Berlin

ULRICH DOST, **Straßburg**

Vollkommen ruhig sitzt er da, mit den langen Beinen weiß er manchmal nicht wohin, aber ansonsten strahlt er eine schon fast ungewöhnliche Selbstsicherheit aus. In wenigen Stunden wird Guido Buchwald (VfB Stuttgart) erst sein zweites Länderspiel bestreiten. Das erste Spiel der deutschen Nationalmannschaft bei der EM-Endrunde gegen die Portugiesen. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, die auf eine innere Unruhe schließen lassen. Kein Spiel mit dem Zimmerschlüssel, kein zerfahrenes Drehen der Locken auf dem Kopf mit den Fingern, keine hastigen Bewegungen, kein unkontrolliertes Mienenspiel.

„Nun mal ehrlich, Herr Buchwald, Millionen sind heute an den Fernsehschirmen, ein weltweites Interesse, und Sie als Neuling mittendrin, beunruhigt Sie das gar nicht?"

Die Antwort kommt ehrlich und wohldurchdacht: „Warum soll ich *mich aufregen, ich kann doch nichts* verlieren. An das ganze Drum und Dran denke ich nicht, ich konzentriere mich ganz auf mein Spiel." Vielleicht ist es das große Glück des Guido Buchwald, daß er in den letzten Wochen und Monaten gar nicht die Zeit gehabt hat, intensiv darüber nachzudenken, was mit ihm passiert ist. Bis es nämlich zu diesem Spiel gestern abend in Straßburg kam, hat er etwas erlebt, was im allgemeinen als Blitzkarriere bezeichnet wird.



Wolfgang Overath ist sein Vorbild: Guido Buchwald. FOTO: MINKOFF

In der letzten Saison spielte er noch für die Stuttgarter Kickers in der zweiten Liga, dann wechselte er zum VfB Stuttgart, und die Entwicklung nahm ihren Lauf. Erst einmal der Stammplatz, dann die Deutsche Meisterschaft, die Spiele mit der Olympia-Auswahl, im April in Zürich gegen Weltmeister Italien das erste Länderspiel und nun die Teilnahme an der Endrunde der Europameisterschaft. Kein Wunder, daß sich in den letzten Monaten seine Zielsetzungen immer wieder änderten, daß er von seinen eigenen Vorstellungen schon fast zu schnell eingeholt wurde. Guido Buchwald, noch im Januar 1984: „Ich glaube, daß ich nach wie vor noch auf der Kippe stehe, was einen Stammplatz beim VfB Stuttgart betrifft."

Zum Thema Nationalelf: „Das ist für mich ein Ziel, aber noch sehr weit weg." Derselbe Spieler, nur drei Monate später zum gleichen Themenkomplex: „Meinen Stammplatz beim VfB habe ich sicher. Ganz eindeutig, die Nationalmannschaft ist mein großes Ziel, ich will das so schnell wie möglich erreichen."

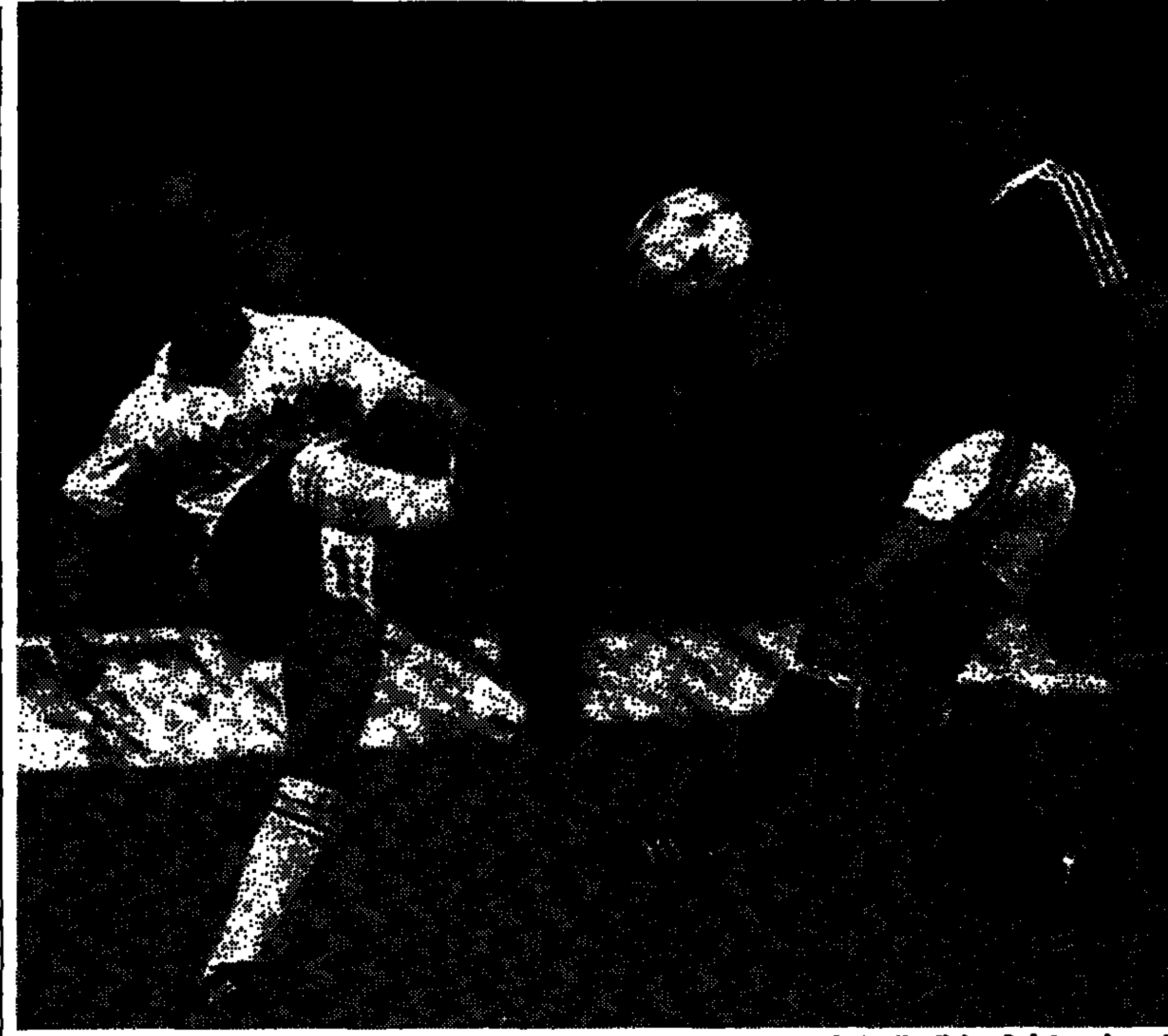
Guido Buchwald, der Mittelfeldspieler mit den defensiven Aufgaben, glaubt, daß seine Berufung für die EM hauptsächlich Erich Ribbeck zu verdanken hat. Bei der Olympia-Auswahl von Ribbeck hat er sich *„richtig wohl gefühlt"*. *Buchwald:* „Ob Lehrgang oder Spiele, ich bin immer gerne hingefahren, wir hatten eine einmalige Atmosphäre. Da wurde geflachst, gelacht, wir waren alle unheimlich locker."

Er weiß genau, warum das so sein konnte: „*Die Olympia-Auswahl* wurde von der Öffentlichkeit nicht so ernst genommen, es fehlte der Druck." Die Stimmung in der Nationalelf sei schon etwas anderes, aber nicht so eisig, wie er es sich vorgestellt hatte: „Karl-Heinz Förster hat mir viel erzählt von den Vorkommnissen 1982 in Spanien. Jetzt ist es ganz anders, hier spricht jeder mit jedem, ich bin angenehm überrascht." Auch ein Hierarchiedenken will er nicht festgestellt haben: „Es ist klar, daß der Rummenigge mal etwas sagt. Aber ich habe nicht das Gefühl, daß ich ganz unten stehe und nichts sagen darf."

Seine Sprache verrät, daß er aus dem Schwabenland kommt, aber er ist kein gebürtiger Schwabe: „Ich bin ein Berliner." Am 24. Januar 1961 kam er im Berliner Bezirk Neukölln zur Welt. Sein Vater arbeitete zu der Zeit bei der von der „DDR" verwalteten Reichsbahn. Aber schon 1963 ließen sich die Buchwalds zur Bundesbahn versetzen und zogen nach *Wannweil bei Reutlingen, wo die drei* Söhne mit dem Fußballspielen begannen. Guidos Bruder Norbert, der älteste, trainiert inzwischen den TV Bempflingen. Bruder Thomas spielt heute noch für den SV Wannweil.

Aber nur Guido, der vom achten bis 15. Lebensjahr ebenfalls in Wannweil spielte, fiel den Talentsuchern auf. Ein Jahr gab er beim TSV Pliezheim ein Zwischenspiel, ehe er zu den Stuttgarter Kickers kam. Schon 1979 wurde er Deutscher Jugendmeister. „Buschi", wie er genannt wird, hat die Realschule und eine Lehre als Elektroinstallateur abgeschlossen. Doch schon als 10jähriger hatte er genaue Berufsvorstellungen: „Ich will Fußball-Profi werden. So einer wie Wolfgang Overath."

Die Technik des früheren Kölner Nationalspielers hatte es ihm angetan. Heute ist er selbstkritisch genug zuzugeben, daß er sein Vorbild nicht eingeholt hat – was die Technik betrifft. Dafür aber kann er 90 Minuten rennen, pausenlos, von vorne nach hinten und umgekehrt. Er sagt: „Ich laufe einfach gerne, aber es muß ein Ball in der Nähe sein."



Er erinnert an Wolfgang Overath. Ein technisch fast schon perfekter, mannschaftsdienlicher Spieler mit großer Übersicht bei seinen Pässen: Vincenzo Scifo (links, im Zweikampf mit dem Jugoslawen Katanec). FOTO: AP

Alain Giresse: „Diese Belgier, diese Teufel"

dpa, **Nantes**

Frankreichs Fußballtrainer Michel Hidalgo trat mit seiner Mannschaft recht nachdenklich die Reise ins zweite Europameisterschafts-Quartier nach Orvault bei Nantes an. Die starke Vorstellung der Belgier gegen Jugoslawien (2:0) hat ihre Wirkung hinterlassen. „Alle, die in den Belgiern nur einen Punktelieferanten gesehen haben, irrten. Das wird ein äußerst schweres Spiel für uns. Vielleicht noch schwerer als gegen Dänemark", sagte Hidalgo, der mit seinem designierten Nachfolger Henri Michel nach Lens gereist war. Und dann: „In Nantes geht es schon um den Gruppensieg." In Nantes spielen die Franzosen am Samstag gegen die Belgier.

Bei der Fernsehübertragung war es im Quartier der staunenden Franzosen immer ruhiger geworden. „Diese Belgier, diese Teufel!", schüttelte Alain Giresse den Kopf. „Wir werden uns für Scifo, Ceulemans und Vercauteren etwas einfallen lassen müssen," meinte Hidalgo.

Die Probleme durch den Ausfall des gesperrten Amoros und die Ungewißheit, ob der am Knie verletzte Vorstopper Le Roux aufgeboten werden kann, kommen hinzu. Immerhin muß die zuletzt in sechs Länderspielen ohne Gegentor gebliebene Abwehr erstmals geändert werden.

Trainer des Weltmeisters hatte Tränen in den Augen – er kannte Belgiens Italiener nicht

MARTIN HÄGELE, **Lens**

Mitternacht lag schon längst hinter Lens. Der Stimmung tat das keinen Abbruch. Immer wieder schwappte die Begeisterung aus den Kneipen über die Bürgersteige. „Schiffoo, schiffoo", dröhnte es an den Theken *und auf den Straßen. Belgiens neuer* Fußball-Schlachtruf. Die Fans mit den schwarz-gelb-roten Käppis feierten ihren neuen Fußballhelden.

Vincenzo Scifo, 18 Jahre jung, Gastarbeiterkind aus La Louvière in den Ardennen; seit ein paar Tagen erst besitzt er den belgischen Paß. „Ich brauche diesen Vincenzo, macht einen Belgier aus ihm", hatte Nationaltrainer Guy Thys vor ein paar Wochen gefordert.

Thys lachte am Mittwochabend in Lens.

Ein anderer hatte Tränen in den Augen, Tränen der Wut. Enzo Bearzot, der Trainer von Fußballweltmeister Italien war auf der Tribüne außer sich: „Wenn ich den zuvor gesehen hätte, den hätte ich sofort geholt. Scifo würde bei mir spielen, warum hat mir nur keiner von diesem Burschen berichtet?"

„Tut mir leid, zu spät", antwortete Scifo, als er von der Hochachtung des italienischen Nationaltrainer erfuhr. Aber er bedaure seinen Schritt nicht, so Scifo. „Ich bin hier geboren, deshalb ist es normal, daß ich für Belgien spiele."

Bearzot hätte sich bei einem berühmten Tribünennachbarn über den neuen Star erkundigen können. Eddy Merckx, der damalige Rad-Star saß nur ein paar Meter weiter. Merckx gilt als einer der begeistertsten Parteigänger des Fußballklubs RSC Anderlecht.

Belgiens Top-Klub stellte beim 2:0-Sieg über Jugoslawien sechs Mann fürs Nationalteam. Fünf Kollegen um sich herum zu haben, das half dem jungen Vincenzo schon bei seinem Debüt. Keiner war da, der ihm die Rolle des Dirigenten streitig gemacht hätte. Im Gegenteil, die Alten suchten ihn, schoben ihm die Verantwortung zu.

Scifo schlug Pässe, rannte und trickste, aber nie machte er einen Haken *zu viel. Und alles, was er tat, tat er* für die Mannschaft. Scifo erinnerte an Wolfgang Overath.

Und die Zuschauer fühlten, wie da vor ihren Augen ein Fußballstern aufging. Wie Scifos Kollegen fingen auch sie Feuer an dem einfachen und gleichzeitig brillanten Spiel des jungen Mannes, und spätestens als Scifo dem Verteidiger Grun in der 44. Minute den Ball so geschickt an den Kopf geschossen hatte, daß der ihn zum 2:0 einköpfen mußte, spätestens da war klar, daß mit dem Vize-Europameister bei diesem Turnier ganz ernsthaft gerechnet werden muß.

Auch Georges Grun (22) war ein Neuling aus Anderlecht. Ihn hatte Thys erst am Sonntag eingeladen, nachdem feststand, daß der etatmäßige Linksverteidiger Michael Renquin heute abend mit seinem Klub Servette Genf das Entscheidungsspiel um die Schweizer Meisterschaft bestreiten muß.

Der alte Fuchs Thys hatte wieder einmal goldene Fingerchen gehabt. Thys versteht viel vom Geschäft. „Zieh die Handbremse an, Enzo, schone dich", hatte der Trainer auch in der Pause zu Scifo gesagt. Thys *wußte, was auf den Jungen hinterher* zukommen würde.

Der Rummel um einen neuen Star. Die Augen unter den pechschwarzen Haaren sind dauernd auf der Suche, und wiederholt bittet er, doch zum Mannschaftsbus durchgelassen zu werden. Noch ist Enzo Scifo ein scheuer Junge. „Nein", sagt er, „ihr dürft mich nicht mit Platini vergleichen. Platini hat Hunderte gute Spiele gemacht, ich erst eins." Was natürlich nicht stimmt. Weil sich das Ta*lent des Bergarbeitersohnes* aus La Louvière im kleinen Belgien schnell herumgesprochen hat, kaufte der RSC Anderlecht Enzo schon mit vierzehn Jahren. Enzo durfte aber in seiner Heimat bleiben, mußte erst im vergangenen Jahr in die Großstadt.

Anderlechts Trainer van Himst baut ihn behutsam auf, läßt ihn sporadisch in der ersten Mannschaft die Luft des großen Fußball schnuppern. Erst in der Rückrunde machte er ihn zum Stammspieler. Und dem 17jährigen gelangen im Europapokal gegen Tiflis und Nottingham glänzende Partien. Er zog mit seinem Klub ins Europapokal-Finale.

Spätestens da hätten auch die Jugoslawen die Gefahr riechen müssen. „Wir haben ihn nicht für voll genommen", sagt der jugoslawische Mittelfeldspieler Sestic. Auch Trainer Todor Veselinovic zuckte nur mit den Schultern.

Das wird nicht noch einmal passieren. Schon die Franzosen werden Scifo einen Wachhund auf die Waden hetzen. „Fifty fifty", so Torwart Jean-Marie Pfaff, stünden die Chancen gegen Frankreich. Später zieht er den deutschen Beobachter zur Seite. Er *glaube, das Endspiel werde wie in* Rom Deutschland gegen Belgien heißen. Pfaff: „Nur diesmal gewinnen wir."

Jean-Marie Pfaff ist glänzend aufgelegt nach dem 2:0, an dem er in gleicher Weise wie Scifo beteiligt ist. Denn an diesem Tag hat er seine Rolle als neuer Chef der belgischen Abwehr eindrucksvoll bestätigt.

Im Quartier hat es nämlich zuvor Krach gegeben, weil Jean-Marie Pfaff die jungen Kollegen, die für die Skan*dalsünder Meeuws, Gerets, Plessers* und nun auch Renquin eingesetzt werden mußten, ständig angemotzt hatte. Sie würden nicht richtig dekken, so Pfaff.

Um diesen Vorwurf zu überprüfen, stellte sich Trainer Thys beim Trainingsspiel zusammen mit seinem Torwart in den Kasten. „Da ist ein Loch", „hier ist das nächste Loch", schrie Pfaff bei diesem Speiel ständig. Und es gelang ihm tatsächlich, Thys zu überzeugen. Der Trainer be*stimmte, daß die gesamte Abwehr* nun auf Pfaffs Kommando zu hören hat.

„Siehst du", sagt Pfaff, „das ist moderner Fußball. Die Alten sorgen für Disziplin, die Jungen für Ideen. Die Mischung muß stimmen. Auf diese Weise haben die Holländer mit Johan Cruyff früher ihre großen Erfolge erreicht."

Aber was passiert, wenn die Gesperrten zurückkommen? Pfaff: „Das Vertrauen ist weg, es ist keine Ehre mehr für mich, mit denen zu spielen." Belgiens Fußball hat einen übelriechenden Zopf abgeschnitten. Pfaff träumte, und die Fans sangen.

Alle gehören dazu, Ende der Drei-Klassen-Gesellschaft

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft präsentiert sich in Frankreich mit zwei Gesichtern: das eine glatt rasiert, das andere mit leichten Bartstoppeln. Diese Äußerlichkeiten symbolisieren den Status. Den Stammspielern stehen die einsatzwilligen Ersatzleute gegenüber. „Ich rasiere mich erst wieder, wenn ich zum Einsatz gekommen *bin", sagt der Mönchengladbacher* Reservist Hans-Günter Bruns.

Erstmals gibt es keine Drei-Klassen-Gesellschaft. Die Tribünenkaste ist abgeschafft worden. Bundestrainer Jupp Derwall und sein französischer Kollege Hidalgo haben im *Vorfeld der EM bei der* Europäischen Fußball-Union (UEFA) erfolgreich interveniert. Durften bisher doch nur fünf Reservespieler auf der Auswechselbank sitzen. „Wenn ich schon 20 Spieler mitnehmen kann, dann will ich auch bei *jedem Spiel auf sie zurückgreifen* können", sagt Derwall und ergänzt: „Mir ist der eine so gut wie der andere, alle gehören dazu."

Derwall weiß, daß das Zugehörigkeitsgefühl für die Disziplin und Moral seiner Truppe eine wichtige Voraussetzung ist. Barg doch die früher propagierte Drei-Klassen-Gesellschaft mit den EM-Touristen als Hinterbänklern immer Kontroversen in sich. Derwall will den Spielern das Gefühl der Gemeinsamkeit vermitteln. Einzige Ausnahme war gestern beim Auftakt *gegen Portugal der Stuttgarter Hel*mut Rohleder, der als dritter deutscher Torhüter mit einem Tribünenticket vorlieb nehmen mußte.

Wie das Gefühl der Drittklassigkeit an einem nagen kann, weiß auch der heutige Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge. Bei der Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien wurde Rummenigge im Spiel gegen Polen auf die Tribüne verbannt. Weit weg von denen, die unten auf dem Rasen ihr Spiel machten. Rummenigge nennt das noch heute „die dunkelste Stunde in meiner Karriere". Jetzt ist Mannschaftsarzt Heinrich Hess überzeugt: „Die Atmosphäre ist so gut wie lange nicht mehr." (SID)

HEUTE

● **Ruhetag** in Frankreich. Morgen spielt die Gruppe 1: Frankreich – Belgien (17.15 Uhr) in Nantes, Dänemark – Jugoslawien (20.30 Uhr) in Lyon.

● ***Im Fernsehen:*** Wiederholung der Spiele von gestern abend im gemeinsamen Vormittags-Programm von ARD und ZDF: Deutschland – Portugal ab 10.23 Uhr, Rumänien – Spanien ab 11.55 Uhr.

● **Jubiläum:** Frankreichs Mannschaftskapitän Platini bestreitet morgen gegen Belgien sein 50. Länderspiel. Das Siegtor im Eröffnungsspiel war sein 27. Treffer in der Nationalmannschaft. Damit zog er mit dem legendären Just Fontaine gleich, der Torschützenkönig der Weltmeisterschaft von 1958 in Schweden war.

● **Zuschauer:** Frankreich rätselt darüber, wie so viele Dänen zum Eröffnungsspiel ins Stadion kommen konnten. 8 560 Karten standen nach dem Verteilerschlüssel für Frankreichs Gegner zur Verfügung, etwa die dreifache Zahl wurde an Dänen verkauft. Frankreichs Trainer Hidalgo: „Wir hätten auch in Kopenhagen spielen können, so viele waren es."

STATISTIK

● **Belgien – Jugoslawien 2:0 (2:0).**

Belgien: Pfaff (30 Jahre/42 Länderspiele) – Clijsters (27/5) ab 34. Lambrichts (29/4) – Grun (22/1), de Greef (26/3), de Wolf (26/9) – Scifo (18/2), Vandereycken (30/37), Vercauteren (27/36), Ceulemans (27/44) – Claesen (21/6), Vandenbergh (25/30). – **Jugoslawien:** Simovic (30/8) – Zajec (28/28) – Nenad Stojkovic (28/30), Hadzibegic (28/10), Katanec (21/6) – Sestic (28/15), Gudelj (24/16), Bazdarevic (24/8) ab 60. Dragan Stojkovic (19/6), Susic (29/32) – Halilovic (21/10), Zlatko Vujovic (26/27) ab 78. Cvetkovic (22/4). – **Schiedsrichter:** Erik Fredrikson (Schweden). – **Tore:** 1:0 Vandenbergh (28.), 2:0 Grun (45.).

● **Verwarnungen:** 15 Spieler sind *mit einer Gelben Karte belastet.* Bei der nächsten sind sie für ein Spiel gesperrt. In der deutschen Mannschaft trifft das nur auf Mittelstürmer Rudi Völler zu. Gruppe 1: Bellone, Ferreri (Frankreich), Lerby (Dänemark), Elzner, Katanec, Vujovec (Jugoslawien), Belgien keiner. – Gruppe 2: Lima Pereira (Portugal), Lung, Bölöni, Gabor, Jorgulescu (Rumänien), Maceda, Gordillo, Francisco (Spanien).

Didier Six grollt, er spielt Rolle des stillen Rebellen

Die Sonne strahlt vom Himmel, und nach dem 1:0-Sieg über Dänemark sieht für die Franzosen sowieso alles etwas freundlicher aus. Nur Didier Six macht ein Gesicht wie sieben Tage Regenwetter. Der 29 Jahre alte ehemalige Spieler des VfB Stuttgart ist mit seinem Reservistendasein in der französischen Nationalmannschaft und deshalb auch mit Trainer Hidalgo unzufrieden. Six grollt, weil Hidalgo beharrlich an Lacombe und Bellone festhält, obwohl die beiden seiner Meinung nach gegen Dänemark enttäuscht hatten.

Noch ist Six allerdings ein stiller Rebell. „Es ist besser, nichts zu sagen. Ich will kein Unruhestifter sein. Aber die anderen haben mehrfach die Gelegenheit bekommen", sagt er. Und dann kommt die verständnislose Frage: „Warum denn ich nicht?"

Im April hat Didier Six beim 1:0-Erfolg über Deutschlnad in Straßburg eine gute Vorstellung gegeben, blieb danach aber nur zweite Wahl. Das Spiel gegen Dänemark hat er noch abgewartet. Wie viele hat auch er gesehen, daß Hidalgo im Angriff etwas unternehmen müßte. Doch daraus wird nichts. Wenn die Mannschaft sich morgen vor dem Spiel gegen Belgien in Nantes warm gemacht hat, wird Six wohl wieder auf der Ersatzbank Platz nehmen müssen. Nach 49 Länderspielen will das Jubiläum nicht gelingen.

„Ein, zwei Spiele kann ich warten...", sagt er, läßt die Konsequenzen aber offen. Noch ist ihm nicht der Kragen geplatzt wie bei der Weltmeisterschaft in Spanien, als er mit Abreise drohte. Hidalgo stellte ihn damals auf und mußte erleben, wie Six im Elfmeterschießen gegen Deutschland versagte.

In der vielen Muße hat der Franzose aber auch bei sich einen Fehler erkannt, den Wechsel zum FC Mühlhausen. „Es war falsch, aus Stuttgart wegzugehen und in der zweiten Liga zu spielen", gibt er heute zu. Gedanken an eine Rückkehr in die Bundesliga? (dpa)

STAND ● PUNKT

Ein guter Weg nach Olympia

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) für Deutschland hat die ersten Nominierungen für Los Angeles vorgenommen: 218 Sportler und Sportlerinnen in 13 olympischen Sparten. Unter ihnen auch die vom Boykott profitierenden Mannschaf*ten Fußball* (17 Spieler), Volleyball, Damen (12), Handball (Frauen und Männer je 15). NOK-Präsident Willi Daume: „Wir rechnen damit, daß 430 Olympia-Teilnehmer eingesetzt werden." Also neun mehr als 1972 in München, wo bisher die größte deutsche Olympia-Mannschaft an den Start ging.

Eine sinnvolle Aufstockung? Sicher, wobei nicht nur die Vermehrung der Medaillenchancen die Argumente liefern. Auch wegen der Solidarität mit den amerikanischen Veranstaltern. Auch, weil gerade jetzt Stützpfeiler für die olympische Bewegung zu bilden sind. Daß dabei nicht leichtfertig dem Olympia-Tourismus gefrönt wird, versteht sich. Nehmen wir das Beispiel Volleyball, Damen: Das Team rückte anstelle der boykottierenden „DDR" nach. Der deutsche Verband mußte dementsprechend schnell handeln. Seit Dienstag läuft der Olympia-Countdown mit 18 (!) Länderspielen als Vorbereitung in den nächsten Wochen: Gegen die Sowjetunion, die USA, Südkorea, Brasilien. Noch intensiver geht es gar nicht.

Die Fußballspieler sind nun auch dabei. Das IOC hat ihnen eine Ausnahme von der Regel 26 (Amateurparagraph) gestattet, was einen olympischen Meilenstein darstellt. Nun wird Wirklichkeit, was stets umstritten war: Bundesliga-Profis kicken beim olympischen Turnier. DFB-Präsident Hermann Neuberger prophezeit: „Ich bin überzeugt, daß in spätestens vier Jahren die offenen Spiele stattfinden werden." Eine Aufgabe, die auf den 71jährigen Willi Daume zukommt, den Chef der IOC-Zulassungskommission. 1981 hat Daume gemeinsam mit seinen Mitarbeitern in Baden-Baden bereits dafür die Weichen gestellt, als der alte Amateurparagraph renoviert wurde. Um Chancengleichheit gegenüber den Staatsamateuren aus dem Osten ging es dabei und um Chancengleichheit in Beruf und Ausbildung gegenüber denen, die keinen Hochleistungssport betreiben. Die nächste Forderung ist: Bei Olympia sollen wirklich die Besten starten.

Countdown für Los Angeles: Der erste Programmpunkt sollte der Fortbestand der olympischen Bewegung sein. Deshalb ist das, was das deutsche NOK beschlossen hat, ein guter Weg. K. Bl.

NACHRICHTEN

Lattek hatte Autounfall

Auxerre-Aube (sid) – Udo Lattek hat einen schweren Autounfall in der Nähe der französischen Stadt Auxerre-Aube nahezu unverletzt überstanden. Der Trainer des deutschen Pokalsiegers Bayern München erlitt lediglich Prellungen im Brust- und Beckenbereich sowie eine leichte Kopfwunde, obwohl sich sein Wagen zweimal überschlagen hatte.

Fehlt Coe bei Olympia?

London (DW) – *Muß Olympiasieger* Sebastian Coe nach seinem krankheitsbedingten Fehlen bei den ersten Weltmeisterschaften der Leichtathleten im vergangenen Jahr nun auch auf die Olympischen Spiele in Los Angeles verzichten? Nachdem sich der englische Mittelstreckler beim Training eine Muskelverletzung zugezogen hat, ist sein Start in Los Angeles gefährdet.

Meister in Kaiserslautern

Frankfurt (dpa) – Am 25. August startet die Fußball-Bundesliga in die 22. Saison. Der deutsche Meister VfB Stuttgart muß sein erstes Spiel auf dem Betzenberg in Kaiserlautern austragen. Die restlichen Spiele des ersten Spieltages: Bremen – Uerdingen, Bielefeld – München, Braunschweig – Köln, Karlsruhe – Mannheim, Leverkusen – Düsseldorf, Bochum – Frankfurt, Mönchengladbach – Schalke, Dortmund – Hamburg.

Kraus lief Bestzeit

Florenz (sid) – Brigitte Kraus lief bei einem Sportfest in Florenz über 3000 Meter in 8:40,90 Minuten deutsche Jahresbestzeit. Weltjahresbestleistungen gab es durch den Marokkaner Said Aouita über 5000 Meter (13:04,78) und den Italiener Donato Sabia über 800 Meter (1:43,88).

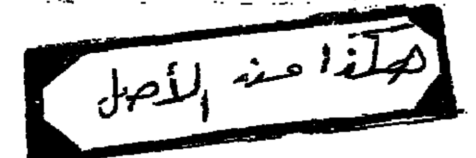
ZAHLEN

FUSSBALL

Aufstiegsrunde zur 2. Liga, Gruppe Nord: SV Lurup Hamburg – FC Gütersloh 5:2. – In der Tabelle führt jetzt der FC St. Pauli mit 8:4 Punkten vor Blau-Weiß 90 Berlin (7:3).

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 1, 3, 4, 8, 12, 22, 35, Zusatzzahl: 18. (ohne Gewähr).



Pathos für Proletarier

eka – „Arbeiter!“ Kein Politredner kann dieses Wort aussprechen, ohne daß Versammlungslokale, Marktplätze, Bürgerhäuser sich augenblicklich in Kirchen verwandeln. Erhebendes schwingt in dem Wort. Es verkündet: *Ausschließlich* der tüchtige, der redliche, der kraftvolle Mensch ist gemeint. Versuchte ein Redner gleichen Erfolg mit dem Ruf „Beamte!“ oder gar „Angestellte!“ zu erzielen, er würde sein tristes Wunder erleben. Schon vom Stimmklang her werden solcherart Begrüßte zu Schwächlingen herabgestuft, die nur den Tag herbeisehnen, wo Pension oder Rente ihnen ein Leben mit Müslikost sichern soll.

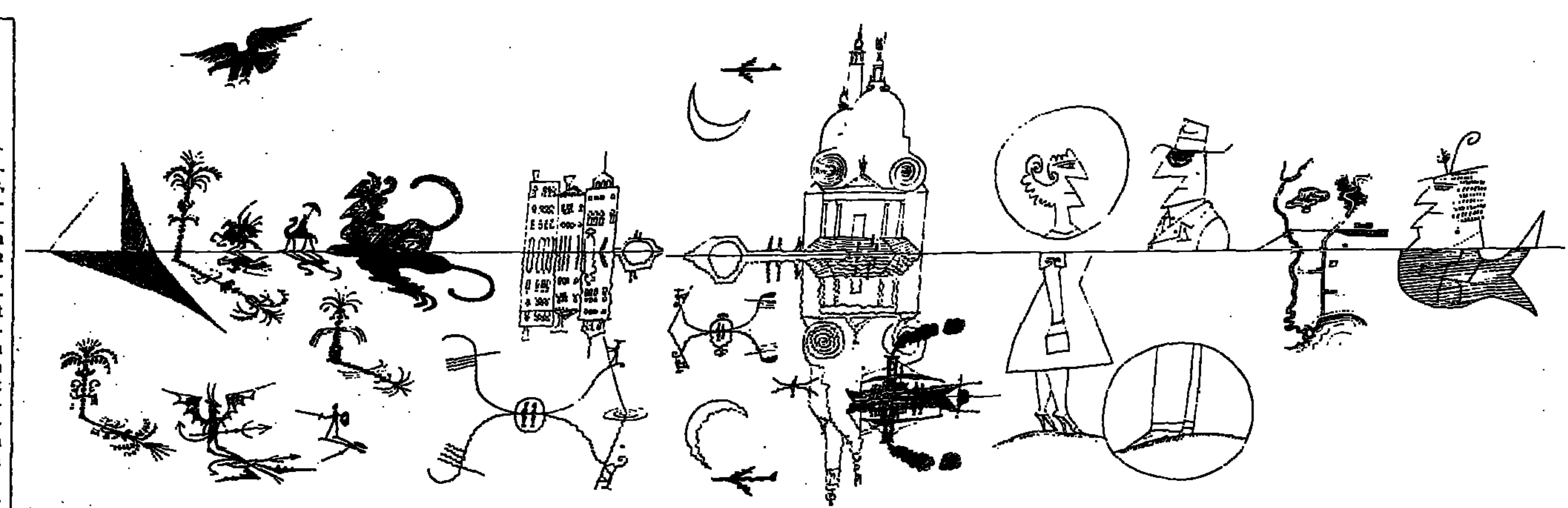
„Arbeiter!“ – In jedem Buchstaben *offenbart sich der Mythos der* Urkraft, jener Kraft, die eine neue Welt nach der anderen schafft. Das wissen und wußten schon die Demagogen früherer Zeiten. „Arbeiter der Stirn und der Faust“, „Arbeiter- und Bauernstaat“. Beides ist an sich *schon zu lang. Das* einsam gesprochene Wort garantiert die beste Wirkung. Darf man überhaupt noch etwas Negatives über den „Arbeiter“ sagen angesichts des dröhnendes Pathos', mit der diese Vokabel immer wieder an die moralische Tête gehievt wird, und zwar meistens von Politikern, die herzlich wenig mit Arbeitern zu tun haben?

Die gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen mit ihren fragwürdigen Begleiterscheinungen (vor allem bei denen, die immer weniger arbeiten und dennoch Arbeiter bleiben wollen) könnten dazu beitragen, den Mythos endlich einmal ein wenig anzukratzen. Denn es könnte ja sein, daß Beamte und Angestellte, ja selbst Freiberufler die Gunst der Stunde nutzen, um sich einmal ihrerseits als Inbegriff des Tüchtigen und Redlichen zu präsentieren. „Beamte und Beamtinnen!“, „Angestellte weiblichen und männlichen Geschlechtes!“, „Vereinigte Freiberufler“ wird es uns vielleicht bald pathetisch aus Versammlungslokalen, von Marktplätzen und aus Bürgerhäusern entgegenschallen.

Arbeiter! Dazu darf es nicht kommen. Rettet die Heldensage! Rettet den Mythos! Jedenfalls den Rest, *der noch vorhanden.*

Aber wie?

Ja, das ist eine gute Frage.



„Ich lehre die Menschen, daß die Linie, eine so zarte und einfache Sache, die subtilsten Dinge ausdrücken kann.“ – Saul Steinbergs Phantasien über einen Strich FOTO: HAMISH HAMILTON

Saul Steinberg oder Amerika als ein ironisches Labyrinth

Die erste Begegnung löst zwiespältige Gefühle aus. Denn die Zeichnungen von Saul Steinberg schmeicheln sich nicht ein, blenden nicht mit technischer Brillanz, überrumpeln nicht mit umwerfenden Pointen. Sie geben sich spröde, scheinen *primitiv, schnell erfaßt und* schnell vergessen. Und doch ist da etwas, was den Blick fesselt, was geradezu süchtig macht.

Saul Steinberg, heute vor 70 Jahren im rumänischen Ramnical geboren, studierte zuerst in Bukarest Literaturgeschichte, Philosophie, Soziologie und Psychologie, wechselte Anfang der dreißiger Jahre nach Mailand *und zur Architektur*, wanderte 1942 über Santo Domingo in die Vereinigten Staaten aus. Als Soldat kommt er nach China, Indien, Nordafrika und Italien. Vieles von diesen Ländern ist in seine Zeichnungen eingegangen, aber nur weniges – wie die Impressionen aus dem Krieg in „All in line“ oder die Rußlandskizzen in „The Labyrinth“ – ungefiltert: „Die Absicht einer Zeichnung liegt darin, *die Leute fühlen zu lassen, daß in ihr* noch etwas anderes steckt, jenseits des Wahrnehmbaren. Die Reise zwischen Wahrnehmung und Verstehen – damit vor allem spiele ich.“

Steinberg, der Neu-Amerikaner, sieht sein Land mit den Augen eines Fremden. „Ich zeichne Dinge, die vorher nie gezeichnet worden waren – amerikanische Frauen, Baseball-*Spiele, kleine Städte, Motels und 'Diners'* –; aber ich zeichne sie mit derselben Sorgfalt, die 'feinere' Künstler auf einen Akt, ein Stilleben oder einen Apfel verwenden.“ Bewunderung und Ironie verbinden sich dabei auf eine impertinente Weise. Die scheinbar simplen oder auch *nur* bizarren Formen entpuppen sich bei genauer Betrachtung als geniale Metaphern amerikanischer Wirklichkeiten, *als eine raffinierte Mischung* aus Vorurteilen und Vorgefundenem.

Aus Steinbergs Zeichnungen, zuerst meistens im „New Yorker“ veröffentlicht, spricht gleichwohl das typische Selbstbewußtsein der Amerikaner, das sich gleichermaßen aus Provinzialismus und Weltläufigkeit nährt. Sie wissen sich überlieferter Symbole mit der gleichen Sicherheit *zu bedienen, wie sie neue zu erfinden* vermögen. Steinberg beherrscht alle historischen Zeichenstile und alle gegenwärtigen. Indem er sie kombiniert – *in einem Familienporträt erscheint* z. B. der Vater im Stil der Neuen Sachlichkeit, die Mutter romantisch-impressionistisch, der Sohn als Kinderzeichnung –, entwickelt er einen rein graphischen Witz, der sich gewöhnlich der Beschreibung entzieht. *Das* macht es den Liebhabern von Steinberg-Zeichnungen – und Steinberg bleibt ein Zeichner, auch wenn er malt oder collagiert – so schwer, seinen Verächtern zu erklären, was diesen Künstler so weit über die anderen Cartoonisten hinaushebt. Steinberg weiß selbst: „Ich gehöre weder ganz zur Kunst- noch zur Karikatur- oder Magazin-Welt, so daß die *Kunstwelt nicht so recht weiß, wo sie* mich einordnen soll.“

Aber in welche Schublade soll man auch einen Künstler stopfen, dessen *Stil- und Ideenrepertoire ständig* erweitert und variiert wird? Der simple Aussagesätze dramatisch in Szene setzt – „Who did it?“ wird zu einem Verkehrsunfall der Buchstaben –, der bedruckten Papieren überraschende Gags abgewinnt – Millimeterpapier wird zu einem Käfig, in dem katzenartige Viecher herumturnen, Notenpapier zum Schnürlregen –, der wortlose Sprechblasen zeichnet, die mehr als alle Worte ihren Sprecher charakterisieren, der ganze Tableaus aus Stempeln komponiert oder Dokumente in einer Schrift schreibt, die es nicht gibt? Wer sich ein wenig in Steinbergs Zeichensprache vertieft, *erfährt jedenfalls* immer erstaunliche Geschichten. Und so etwas kann man nur von wenigen Künstlern sagen.

PETER DITTMAR

„Sterben, Aussterben und Ausrotten“ – Warum immer wieder Tiergruppen zu bestimmten Zeiten der Erdgeschichte ausstarben

Katastrophen, die das Bild der Erde veränderten

Ist der Tod des Individuums, mit dem wir selbst durch unsere tägliche Begegnung vertraut sind, eine leichtverständliche und als unab*dingbar angesehene Tatsache, so ist* das Erlöschen der Arten oder der Stammeslinien eine schwer verständliche und schwer erklärbare Angelegenheit“, schreibt der Direktor des Frankfurter Forschungsinstitutes Senckenberg, Professor Ziegler, in einem Aufsatz über „Sterben, Aussterben und Ausrotten“ in der Zeitschrift „Natur und Museum“. Die Befunde der Paläontologen *lassen aber* keinen anderen Schluß zu, als daß zu bestimmten Zeiten der Erdgeschichte immer wieder ganze Tiergruppen ausgestorben sind, und zwar in erdgeschichtlich ausgesprochen kurzen Zeiträumen.

Die Behauptung des bedeutenden amerikanischen Evolutionsforschers Mayr, daß sage und schreibe 99,99 Prozent aller Evolutionslinien im Laufe der Erdgeschichte erloschen seien, ist durchaus gerechtfertigt. Auch der *Nestor* der amerikanischen Evolutionsforscher, Simpson, glaubt, daß es bei allen überschaubaren größeren Gruppen lebender Organismen sehr viel mehr ausgestorbene Verwandte gegeben hat. Bei den Huftieren etwa liegt die Zahl der ausgestorbenen Familien mindestens viermal so hoch wie bei den noch lebenden.

Die meisten modernen Autoren, wie etwa der Bonner Paläontologe und Sterbeforscher Prof. Erben, zweifeln daran, daß die Ursachen des Aussterbens in der Erdgeschichte jemals präzise ermittelt werden können. Aber sie lehnen viele bisher vermutete Gründe ab. So halten sie eine *Degeneration oder genetische* Verwilderung der Stämme kurz vor ihrem Aussterben für unwahrscheinlich. Vertreter dieser Theorie führten beispielsweise das Verschwinden der Ammoniten darauf zurück, daß sich die ehedem spiraligen Gehäuse dieser Meerestiere am Ende entrollten.

Verneint wird auch die „Red-Queen-Hypothese“ (Hypothese der roten Königin, nach dem Ausspruch einer Figur aus dem amerikanischen Kinderbuch „Alice im Wunderland“: „Sieh hier, du mußt laufen wie du kannst, um auf der Stelle zu bleiben.“), die der niederländische Forscher Van Valen aufstellte. Nach dieser Vorstellung sterben Arten oder Stämme aus, die bei dem ständigen Wettlauf mit Konkurrenten, sich an Veränderungen der Umwelt anzupassen, auf der Strecke bleiben.

Bisher kennt man mindestens fünf *große Episoden von Massenaussterben*:

1. Im späten Ordovizium vor 450 Millionen Jahren.
2. Im Oberdevon vor 350 Millionen Jahren.
3. Am Ende des Perms vor 225 Millionen Jahren.
4. Am Ende der Trias vor 190 Millionen Jahren.
5. An der Wende zwischen Kreidezeit und Tertiär vor 65 Millionen Jahren (u. a. Aussterben der Dinosaurier).

Bei einem kürzlichen Symposium über die Dynamik des Aussterbens an der Universität von Arizona in Flagstaff diskutierte man darüber, ob *es nicht noch mehr, wenn auch nicht* immer so dramatische Massenaussterbe-Episoden gegeben habe: beispielsweise an der Zeitenwende Devon/Karbon, im späten Turon in der Kreide, an der Wende Eozän/Oligozän im Tertiär und am Ende des Eiszeitalters. Die Wissenschaftler Sepkoski und Raup glauben sogar, daß sich in den letzten 250 Millionen Jahren mindestens *elf* solcher Aussterbe-Episoden ereigneten. Sie halten ein periodisches Massensterben im jeweiligen Abstand von ca. 25 Millionen Jahren für wahrscheinlich.

Der kanadische Wissenschaftler McLaren wies darauf hin, daß am Ende des Frasnium (Abschnitt des Oberdevon) die Flachsee-Tierwelt in einem ungeheuren Ausmaß von einem Aussterbe-Ereignis betroffen worden sein müsse. Es verschwanden die riffbildenden Korallen und Stromatophoriden (und mit ihnen die seit dem Mitteldevon auch in Deutschland bekannten Riffe) und viele mit ihnen verbundene Faunen. Bei den Brachiopoden (Muschelkrebsen) starben viele Familien aus, bei den Trilobiten (Dreilappkrebsen) gab es einen deutlichen Einschnitt, ebenso bei den Conodonten (zahnähnliche Fossilien).

Als unmittelbare Ursache für dieses Massensterben vermutet man eine Ozeanvergiftung, Strömungsentwicklungen und -veränderungen, mögliche Meeresvorstöße und -rückzüge sowie kurzfristige Temperaturänderungen. Die Gründe für diese Veränderungen der physikalischen *Bedingungen der Lebensräume* könnten durch drei größere Gruppen von Ereignissen bedingt gewesen sein:

1. Endogene Wechsel und Veränderungen in der Unterkruste oder im Oberen Mantel der Erde (zum Beispiel durch in größerem Maße auftretende Temperaturfreisetzung, Vulkanismus, Entgasung bei Veränderungen in der Unterkruste).

2. Veränderungen im Solarsystem, etwa geringere oder stärkere Strahlungsintensität der Sonne.

3. Einschlagen von großen Asteroiden aus dem Weltall auf die Erdoberfläche, deren *Folgeerscheinungen* verheerende Wirkungen haben können.

Auch der *gravierende*, selbst unter Laien vieldiskutierte Faunenschnitt an der Zeitgrenze Kreide/Tertiär, als die Dinosaurier ausstarben, wird heute meistens einem Asteroiden-Einschlag zugeschrieben. Diese Annahme gründet darauf, daß in verschiedenen *Teilen der Erde iridiumreiche* Schichten aus dieser Zeit entdeckt wurden. Iridium gilt auf der Erde als seltenes Metall, kommt jedoch in Asteroiden und Meteoriten häufig vor. Allerdings berichtete der Forscher Kauffman in Flaggstaff, daß die wirbellosen Meerestiere bereits im Turon, also vor dem Massensterben an der Grenze Kreidezeit/Tertiär, durch Veränderungen der Ozeanströmungen, der Wassertemperatur und der Salzgehalte sehr stark unter Streß gestanden hätten und schon zu dieser *Zeit auszuster*ben begannen.

Den Übergang von der Kreidezeit zum Tertiär haben unter anderem die *Ammoniten, die Meeresreptilien* (Fischsaurier und Paddelechsen), zahntragenden Vögel, Flugsaurier und eben vor allem die spektakulären Dinosaurier nicht überlebt. Diese verschwanden freilich langsamer, als bisher vermutet wurde. Prof. Erben fand noch fünf Horizonte von, allerdings krankhaft veränderten, Dinosauriereiern im älteren Tertiär in Südfrankreich – *zu einer Zeit also, in* der es nach allgemeiner Ansicht längst keine Dinosaurier mehr gegeben haben dürfte!

Die Perioden des Massenaussterbens liegen (mit Ausnahme desjenigen zum Ende des Eiszeitalters) alle *vor* dem ersten Auftreten des Menschen. Sie hatten rein natürliche, im Wesen der Entwicklung der Erde und der Organismen bedingte Ursachen. Doch mittlerweile übt der Mensch einen negativen Einfluß auf die Entwicklung *des* Lebens und Sterbens aus. Viele Biologen sind sich einig, daß gegenwärtig die größte Massenvernichtung von biologischen Arten, die die Erde ja sah, begonnen habe. Jedenfalls ist derzeit die Aussterbensrate im Jahr viermal größer, als es nach allen paläontologischen Berechnungen normal wäre.

DORIS BAUMBAUER

Jordans Film „Angel“

Der Rächer wird zum Terroristen

Duplizität der Titel – aber nicht der Inhalte. Dieser „Angel“ hat nichts zu tun mit dem spekulativen Film über Kinderprostitution *in* Hollywood, der zur Zeit noch in unseren Kinos läuft. „Angel“ ist ein Film über den Bürgerkrieg in Nordirland. Er wurde in der Republik Irland als Erstling von Neil Jordan gedreht, produziert von dem renommierten Regisseur John Boorman („Zardoz“, „Excalibur“). Ein Film also, gemacht von Leuten, die die Tragödie in dem geteilten Land jeden Tag aus der Nähe miterleben.

Kein Actionfilm freilich, auch keiner, der dokumentarischen Anspruch erhöbe, obgleich die irische Wirklichkeit hier hautnah zu besichtigen ist: die mordenden Terroristen, die Soldaten an den Straßenecken, die leidenden Menschen, die zerborstenen Häuser. „Angel“ vermittelt die Atmosphäre von Furcht und Gewalt, die über den nordirischen Städten lastet, läßt ahnen, wie schnell sich ganz unbeteiligte Menschen auf einmal in Schuld verstricken können.

Der Saxophonist Danny (Stephen Rea) wird Zeuge, wie Terroristen – ob es Katholiken oder Protestanten sind, erfährt man nicht, und es ist auch ganz unwichtig – zwei Menschen umbringen: ein Erlebnis, das ihn aus dem seelischen Gleichgewicht wirft. Angel wird zum rächenden Engel, der nun seinerseits die Mörder umbringt und erst zu spät merkt, daß sein Feldzug auch ihn selbst auf die Ebene der Terroristen herabzieht.

Der Film *wirkt wie ein* Alptraum, wie ein Fieberwahn, der die Ängste und Halluzinationen Dannys in Bilder umsetzt. Und für seine eindringliche Wirkung zeichnet nicht zuletzt der Kameramann Chris Menges („Local Hero“) verantwortlich, der die irische Landschaft in leuchtenden, stählern harten Farben malt, mit denen dann die Verhangenheit der Visionen des rachefiebernden Danny kontrastiert. Das ist nicht frei von Symbolismus und Pathos, wirkt aber, zusammen mit den klagenden Saxophon-Soli, auf den Betrachter fast soghaft.

Ein Schönheitsfehler ist freilich, daß das *gleiche auch* bei *den* Dialogen versucht worden ist. Ein Bild aber, das Phantasien freisetzt, ist eben doch etwas anderes als das Wort in seiner oft banalen Eindeutigkeit. Hier ist Jordan, der auch das Drehbuch verfaßt hat, gelegentlich in falschen Tiefsinn abgerutscht. Doch tut das dem Film im ganzen nur wenig Abbruch.

SVEN HANSEN

Basel spielt M. Duras' „Ganze Tage in den Bäumen“

Wo blieb der dritte Akt?

Marguerite Duras konnte in den späten sechziger, frühen siebziger Jahren mit der Dramatisierung ihrer Erzählung „Ganze Tage in den Bäumen“ einen theatralischen Welterfolg verbuchen. Das bleibt nach der *Aufführung in der* Basler *„Komödie“* jetzt unverständlich.

Barrault brachte das Stück mit Madeleine Renault in Paris zur sensationellen Uraufführung. Tilla Durieux zog mit ihm kreuz und quer durch den deutschsprachigen Raum. Denn die Zentralrolle ist die, nach der Autorin, „steinalte“ Frau. Sie kommt per Flugzeug aus Indochina, um ihren Lieblingssohn zu besuchen. Dem hat sie seinerzeit alles durchgehen lassen, auch daß er ständig die Schule schwänzte und ganze Tage in den Bäumen verbrachte. *Es* ist aus ihm, der nun weit über 40 Jahre alt ist, nichts geworden, ein Gigolo mit einem sagenhaft dümmlichen Animiermädchen als Geliebte, die er immer wieder vor die Tür setzt. Zynisch plündert er die Mutter aus. Nimmt alles an sich, was sie mitgebracht hat, was besonders mies ist, da er doch weiß, daß sie gar nicht mehr so reich ist, wie sie angibt.

Diese etwas hochstapelnde Mutter, die offenbar nicht immer bei Sinnen ist, verleiht dem Stück eine seltsame, fast irreale Spannung. *Man* muß sie nur spielen, gefährlich und gefährdet, hart und gütig und letztlich voller *Angst und Verzweiflung. Hamma* Burgwitz, eine erste Schauspielerin, könnte das alles, wenn man sie ließe. Aber die Regie läßt sie nicht. So wird sie zur burschikosen, deftigen Person, die selten zu interessieren, nie zu rühren vermag. Schade!

Überhaupt diese Regie von Heinz Engels. Da wird ganz sinnlos etwa die *Mitteilung des Sohnes an die* Geliebte, die so wichtige Fabrik gebe es gar nicht mehr, sie sei vor Jahren verstaatlicht worden, was doch die Mutter als Lügnerin und Traumtänzerin entlarvt, schlicht gestrichen. Oder es wird albern zusammengezogen: Bei der *Durieux kommt nach dem ersten* Akt in dem Appartement des Sohnes, wo die Mutter nach ihrem Eintreffen sich ihres wertvollen Schmuckes entledigt, offenbar damit der Sohn sich seines bemächtige, ein zweiter Akt in einer Bruchbude von Bar (von Hannes *Meyer zu einem Prunklokal* hochstilisiert, das ganz sinnwidrig ist), wo die Mutter völlig aus den Pantinen kippt und verzweifelt abgeht. Darauf ein dritter Akt, wo der Sohn vermeldet, daß er wieder einmal sein Geld, das heißt das mütterliche Geld, beim Bakkarat verspielt hat. Also nimmt er schamlos die Schmucksachen an sich, wobei er zynisch auf den baldigen Tod der Mutter hofft, die so oder so schon in wenigen Stunden zurückfliegen wird.

In Basel gibt es diesen dritten Akt nicht. Er wird an den zweiten angehängt. So muß die Mutter ihren Schmuck in der Bar abstreifen, wo *ihn dann der Sohn pfändet*, wo aber jeder andere Gast ihn auch hätte klauen können. Die Mutter, die voller



In Basels „Komödie“ unter Wert verkauft: Die Dramatikerin Marguerite Duras FOTO: CAMERA PRESS

Verzweiflung nach Hause gegangen ist, muß wieder *unmotiviert* zurückkehren, um ihren letzten Dialog der Verzweiflung mit dem Mädchen zu führen.

Der einzige Lichtblick in diesem Salat ist Henning Köhler, der den zerstörten Sohn, der sich selbst und dem *Leben* gegenüber völlig gleichgültig ist, um unglücklich zu sein, darstellt. Da stimmt jedes Wort, jede Geste. Vorzüglich! Die Geliebte – Eva Maria Hofmann – ein bißchen blaß.

CURT RIESS

Neue Platten: Gitarrenmusik von Bach und Henze

Wie Shakespeare klingt

Zwischen der Neuaufnahme der Bachschen Lautenwerke auf einer elfsaitigen Gitarre und Henzes Gitarrensonaten liegen Welten. Julian Bream war es, der Henze einst animierte, ein „umfangreiches neues Gitarrenwerk“ für ihn zu *schreiben*. Heraus kam Henzes erste „Royal Winter Music“, seine „First Sonata for Guitar“, ein sechssätziges Werk mit den Überschriften „Gloucester“, „Romeo and Juliet“, „Ariel“, „Ophelia“, „Touchstone, Audrey and William“ *und „Oberon“. Es ist ein Werk, das* an den Gitarristen kaum noch zu steigernde Anforderungen stellt und die genannten Charaktere auf höchst artistische und auch „lautmalerische“ Weise nachzuzeichnen versteht.

Da Shakespeares Figuren ihm keine *Ruhe ließen*, schrieb Henze 1979/80 eine zweite, dreisätzige Sonate: „Sir Andrew Aguecheek“ (Junker Bleichenwang), „Bottom's Dream“ (Zettels Traum) und „Mad Lady Macbeth“. Dem letzten Satz, so mutmaßte der Komponist, würde sich so mancher Gitarrist nur schaudernd nähern. Und von Julian Bream, der gewiß kein Verächter der Moderne ist, heißt es denn auch, er habe diesen letzten Satz rundweg für unspielbar erklärt.

Um so erstaunlicher, daß es der Gitarrist und Münsteraner Hochschullehrer Reinbert Evers doch gewagt hat. Nun nahm er die beiden Sonaten, die er bereits 1980 uraufführte, auf Platte auf („Royal Winter Music 1 + II, Dabringhaus und Grimm, über Electrola-Vertrieb ASD). Der Karl-Scheit-Schüler hat mit der exemplarischen Plattenfassung die *moderne* klassische Gitarre auf so glänzende Höhen geführt, an denen sich von nun an das zeitgenössische *Saitenspiel wird messen* lassen müssen.

Liebhabern „etablierter“ Klassik sei indessen die neue Langspielplatte des jungen schwedischen Gitarristen Göran Söllscher empfohlen mit Lautenwerken Johann Sebastian Bachs (DGG 410 643-1). Anders als auf seinen beiden ersten Platten spielt Söllscher hier auf seiner von dem schwe*dischen Instrumentenmacher* Georg Bolin gebauten elfsaitigen Gitarre und kommt bei der Interpretation der Lautenwerke (BWV 996, g-moll, BWV 997, c-moll, und der bereits auf dem ersten Album gebotenen Fuge BWV 1000, g-moll) dem Ideal der „Werktreue“ *recht nah. Denn sein* Instrument hat eine besondere, kombinierte Lauten- und Gitarrenstimmung, und Bach hatte seine Werke für ein mit Darmsaiten bespanntes Tasteninstrument, das Lautenclavicymbel, geschrieben.

Söllscher unterstreicht das durch betont gleichmäßiges fast cembaloartiges Spiel ohne merkliche Lagen*wechsel und vor allem durch ein* exquisites Herausarbeiten der einzelnen Stimmen. Zwei Platten, zwischen denen Welten liegen und die einander doch aufs animierendste ergänzen.

ALEXANDER SCHMITZ

JOURNAL

„Nowij Mir“ vom Verband kritisiert

fhn. **Moskau**

Der sowjetischen Kulturzeitschrift „Nowij Mir“ ist vom Sekretariat des Schriftstellerverbandes vorgeworfen worden, beim Abdruck neuer literarischer Werke nicht genügend auf die ideologische und künstlerische Qualität zu achten. Statt den Kampf des Volkes um die Errichtung der neuen Gesellschaft zu schildern, hätten mehrere Autoren belanglose Alltagsthemen auf*gegriffen, negative* Erscheinungen überbetont oder bei der Darstellung dramatischer Konflikte ein niedriges ethisches Niveau bewiesen. Als Beispiel werden Werke von G. Semjonow, I.Stemler und Juri Nagibin genannt. Auch bei der Lyrik seien *häufig „graue, inhaltsarme* und gedankenschwache Schöpfungen“ anzutreffen, während die Rezensionen der Zeitschrift oft zu positiv und zu nachsichtig ausfielen.

Pariser Kongreß der Museumsfreunde

dpa, **Paris**

Die Weltvereinigung der Museumsfreunde veranstaltet ihren 5. Kongreß vom 2. bis zum 6. Juli in Paris. Dazu werden mehr als 600 Teilnehmer aus 23 Ländern erwartet. In Kommissionen soll über Themen wie „Das Museum und das *künstlerische Schaffen“ und* „Das Museum und die Kommunikation“ sowie das Mäzenatentum diskutiert werden.

Fotografische Arbeiten von Marta Hoepffner

DW. **Kaiserslautern**

Fotografien und Lichtobjekte von Marta Hoepffner stellt die Pfalzgalerie in Kaiserslautern bis zum 15. Juli aus. Die Fotografin gehörte zu den wichtigen Experimentatoren in Deutschland, die der künstlerischen Fotografie und den fotografischen Arbeiten ohne Kamera neue Wege eröffneten.

Das neue Wilhelm-Busch-Jahrbuch

DW. **Hannover**

Mit den Bildnissen und Selbstbildnissen von Wilhelm Busch und mit dem Verhältnis Buschs zu Wilhelm Raabe beschäftigen sich u.a. *die wissenschaftlichen Beiträge im* neuen Wilhelm-Busch-Jahrbuch 1983. Außerdem stellt es neue Literatur über den Zeichner und über kritische Graphik vor. Es erschien bei der Wilhelm-Busch-Gesellschaft, Hannover, Im Georgengarten, und kostet 20 Mark.

Landesausstellung über die Tirolische Nation

DW. **Innsbruck**

„Die Tirolische Nation 1790–1820“ ist der Titel der großen Landesausstellung im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum. Sie will nicht nur die Kämpfe von 1809 gegen Franzosen und Bayern darstellen, sondern auch ein Bild der *Epoche in ihren politischen, wirt*schaftlichen, militärischen, vor allem aber geistig-kulturellen Aspekten geben. (bis 14. Oktober)

Bücher aus dem Besitz Voltaires

AFP. **Moskau**

Mehr als sechzig Bände, die aus dem Besitz von Voltaire stammen, sind jetzt in der Leningrader Saltykow-Schtschedrin-Bibliothek entdeckt worden. Die Bände waren seinerzeit von Katharina der Großen erworben worden. Darunter befinden sich u. a. eine Ausgabe von Torquato Tassos „Befreitem Jerusalem“ und eine seltene, 1606 / 1615 in Den Haag gedruckte Ausgabe des „Don Quichotte“ mit ausführlichen Randbemerkungen Voltaires.

Die VII. Medikinale für Medizinfilme

wm. **Marburg**

Die VII. Medikinale Marburg, der im alljährlichen Wechsel mit der Medikinale International Parma bedeutendste, internationale Wettbewerb für medizinische Filme, findet in diesem Jahr vom 5. bis 10. Oktober in Marburg statt. Sie dient nicht nur dem medizinischen Fortbildungsfilm, sondern mehr noch dem populär-medizinischen Informations- und Aufklärungsfilm. An der VI. Medikinale 1982 hatten insgesamt 145 Filme aus 16 Ländern teilgenommen.

Bruno Fritz gestorben

dpa. **Berlin**

Der Schauspieler und Kabarettist Bruno Fritz ist in Berlin im Alter von 84 Jahren gestorben. Er galt vielen als Inbegriff des schlagfertigen, mit Herz und Gemüt begabten witzigenBerliners. Zu seinen besonders populären Figuren gehörte der „Herr Kummer“ in Günter Neumanns Rundfunkkabarett „Die Insulaner“. Großen Erfolg hatte er auch auf dem Theater, u.a. als Vater Doolittle in dem Musical „My Fair Lady“, in dem „Raub der Sabinerinnen“ oder im „Kleinen Teehaus“. 1973 zeichnete ihn das Land Berlin mit der Ernst-Reuter-Plakette aus.

Das kleinlaute Ende um einen großen Skandal

Prozeß um Honnefer „Kurklinik-Affäre" brach zusammen

CHARLOTTE SCHULZ, Bonn

Die Schande, sich wegen Millionenbetrugs vor Gericht verantworten zu müssen, verkraftete der Honnefer Kommunalpolitiker Roland Deubner (56) nicht. Als am 8. März dieses Jahres der Prozeß gegen ihn und zehn weitere Honnefer Politiker und hohe Beamte vor der 10. Großen Bonner Wirtschaftsstrafkammer eröffnet wurde, brach er vor Aufregung tot zusammen. Er durfte die Rehabilitierung, die die Honnefer Stadtprominenz jetzt nach einem aufsehenerregenden und quälenden Mammutprozeß erfuhr, nicht mehr miterleben.

Schier unglaublich erscheint im nachhinein, daß es überhaupt in diesem Fall zum Prozeß kommen konnte. Mit dem gravierenden Vorwurf, sie sei von den beiden Honnefer Gesellschaften „Sanatorium GmbH" und „Bad Honnef AG" von 1970 bis 1978 um 2,2 Millionen DM betrogen worden, hatte sich die Bundesversicherungsanstalt in Berlin am 12. Juni 1979 an die Bonner Staatsanwaltschaft gewandt. Bonner Staatsanwälte reisten nach Berlin und bekamen schwerwiegende Vorwürfe gegen die Verantwortlichen der Honnefer Kurkliniken zu hören. Jahrelang hätten sie der BVA gefälschte Selbstkostenblätter zugesandt und dadurch weit überhöhte Pflegesätze kassiert.

Und die Bonner Staatsanwaltschaft reagierte prompt: Sie erhob gegen die bis dahin unbescholtenen Bürger nicht nur Anklage wegen Millionenbetrugs, sondern auch Untreue in Höhe von 1,4 Millionen DM und Steuerhinterziehung von 613 000 DM. Auch Stadtdirektor Dr. Johannes Wahl (52) und dem Honnefer Bürgermeister Franz Josef Kayser (55) blieb der schwere Gang zum Bonner Landgericht nicht erspart. Kayser trat von seinem Amt zurück.

Doch was die beiden vom Betrug überzeugten Anklagevertreter dann im Verlauf des über dreimonatigen Prozesses zu hören bekamen, verschlug nicht nur ihnen die Sprache. Da rückten die verantwortlichen Herren der Berliner Bundesversicherungsanstalt plötzlich Stück für Stück von ihrem Betrugsvorwurf ab.

Und am 29. Verhandlungstag blieb der Bonner Staatsanwaltschaft nur noch das peinliche Zugeständnis: „Die sowohl bei der Anzeigenerstattung als auch in den Vernehmungen eindeutig und unmißverständlich vorgetragenen Tatsachen haben in den Zeugenvernehmungen vor diesem Gericht auch zur Verwunderung der Staatsanwaltschaft nicht die entsprechende Bestätigung gefunden. Damit entfällt auch der ursprünglich von der BVA behauptete Schaden in Millionenhöhe."

Kleinlaut stimmten die Ankläger einer Einstellung des Verfahrens gegen alle Angeklagten zu, da die BVA weder getäuscht worden noch ihr ein Schaden entstanden sei.

Da die BVA aber unzweifelhaft zumindest leichtfertig Anzeige erstattet hätte, beantragten die Staatsanwälte, der Berliner Behörde die zweifellos hohen Kosten des Mammutverfahrens aufzuerlegen. Für die zehn angeklagten Honnefer Honoratioren, die sich jahrelang in ihrer Stadt einem wahren Spießrutenlauf ausgesetzt sahen, ein schwacher Trost.

Stadtdirektor Dr. Johannes Wahl: „Dieses Verfahren hinterläßt bei allen Betroffenen und ihren Familien tiefe Narben. Wir haben einen Rufschaden erlitten, der niemals wiedergutzumachen ist."

Und den hat nach Meinung aller nicht nur die BVA leichtfertig verschuldet. Sträflich versagt habe auch die Staatsanwaltschaft, denn bei einer sorgfältigen Auswertung der Unterlagen hätte sie von vornherein erkennen müssen, daß die Anzeige der BVA keiner Überprüfung standhält.

Anzeige hätte die Bundesversicherungsanstalt vermutlich auch niemals erstattet, wäre da nicht der 1978 in Bad Honnef neuernannte Stadtdirektor Karl J. gewesen, den die Angeklagten als Bösewicht und Drahtzieher in dem „schaurigen Intrigenstück" sehen. Wegen Unfähigkeit war er von den Honnefer Aufsichtsräten der beiden Gesellschaften schon vor Ablauf der Probezeit entlassen worden. War das Ganze nur ein Racheakt?

Warum die Bundesversicherungsanstalt so prompt auf die Anschwärzerei reagierte, ist allen Beteiligten noch ein Rätsel. Manches spricht für Schlamperei im Hause der Bundesversicherungsanstalt.

7,5 Millionen Behinderte leben im Kreis der Familie

Bonner Studie zur Lage der Körperbehinderten in Deutschland

dpa, Bonn

Der Zwang zum Sparen hat auch die Behinderten stark getroffen. Zahlreiche Vergünstigungen, so bei der kostenlosen Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, wurden stark beschnitten. Dies traf vor allem diejenigen, die wegen körperlicher Gebrechen in ihrer Bewegungsfreiheit mehr oder weniger eingeschränkt sind.

Dies belegen jetzt erste Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Erhebung unter 67 000 zu Hause lebenden Behinderten im Auftrage der Bonner Ministerien für Verkehr, Familie und Arbeit. Nach der Studie können rund 300 000 zu Hause lebende Behinderte die eigenen vier Wände nicht mehr oder kaum noch verlassen. Weitere 600 000 können nur in Begleitung und an Krücken gehen oder müssen im Rollstuhl geschoben werden. Mindestens auf eine Begleitung angewiesen sind 1,3 Millionen Behinderte.

Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 7,5 Millionen zu Hause lebende Behinderte, über sieben Millionen Erwachsene und rund 450 000 Kinder und Jugendliche sind zudem noch „mobilitätsbehindert", wie es im amtlichen Sprachgebrauch heißt. Der Grad der Einschränkung in der Beweglichkeit ist bei Kindern und Jugendlichen doppelt so hoch wie bei Erwachsenen. Fünf von sechs Jugendlichen aus dieser Behindertengruppe können Fahrten und Wege nicht ohne Begleitung machen.

Der Alltag bringt für Behinderte Belastungen, über die ihre gesunden Mitmenschen oft achtlos hinwegsehen. Für fast die Hälfte von ihnen bedeutet eine Treppe ein oft nur schwer zu überwindendes Hindernis, für rund 2,4 Millionen stellen selbst niedrige Türschwellen und Bordsteine schon hohe Hürden dar.

Dennoch müssen sie fast die Hälfte aller Wege zu Fuß zurücklegen, während es bei der Gesamtbevölkerung nur ein Viertel sind. Grund dafür ist nicht zuletzt, daß sie öffentliche Verkehrsmittel oder Autos oft nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten benutzen können, weil diese nur selten behindertengerecht gestaltet sind. Deshalb sind Behinderte oft ausschließlich auf Ärzte und Geschäfte in ihrer nahen Umgebung angewiesen.

Wie dringend notwendig für Behinderte öffentliche Verkehrsmittel sind, ergibt sich aus einem anderen Ergebnis der Untersuchung: Ein Freifahrtschein ist für sie kein Anreiz für unnötige Fahrten. Wer in seiner Beweglichkeit eingeschränkt ist, legt Tag für Tag – statistisch gesehen – 3,47 Wege zurück. Mit einer Freikarte erhöht sich diese Ziffer lediglich auf 3,54.

Bei der Vorstellung der Studienergebnisse – übrigens in einer der immer noch wenigen rollstuhlgerechten Einrichtungen, dem Bonner Gustav-Heinemann-Haus – kündigten die Ministerien an, sie wollten die neuen Erfahrungen in ihren weiteren Planungen berücksichtigen. Dies solle etwa beim Bau und Betrieb von Straßen-, Stadt- und U-Bahnen geschehen, aber auch im Wohnungs- und Städtebau.

Einen Anfang hat das Verkehrsministerium gemacht, indem es dafür gesorgt hat, daß Rollstuhlfahrer auch den Intercity-Verkehr der Bundesbahn benutzen können.

HEIKE LAUFMANN



Diese saubere Jachthafen-Kulisse aus dem Jahre '61 existiert nicht mehr. Überall machen sich Slums breit. 1,2 Millionen Menschen mehr seit der Unabhängigkeit 1962 suchen sich ihre Unterkünfte. FOTO: CAMERA PRESS

Algier erstickt an der Masse Mensch

Vom Glanz der französischen Kolonialstadt ist wenig geblieben/ Rigorose Aussiedlung heißt das Gebot der Stunde

dpa, Algier

Die Postkarten-Schönheit der „weißen Stadt" Algier hat arg gelitten. An den meisten der einst prächtigen oder zumindest schmucken Bauten der französischen Kolonialzeit in der Innenstadt verblaßt die Farbe, bröckelt der Putz, herrscht nur noch die Erinnerung an den Glanz früherer Tage.

Die algerische Hauptstadt, von den Franzosen mit einer Infrastruktur für etwa 800 000 Einwohner ausgestattet, wird mittlerweile von annähernd drei Millionen Menschen bevölkert. Die Stadtlandschaft hat sich wie ein Brei über die weite Bucht von Algier und das Küstengebirge gelegt.

Am späten Nachmittag, zur Stunde des Flanierens, wird die Überbevölkerung physisch spürbar. Von der Place Audin, vorbei an der großen Fakultät und dem goldverzierten Portal der Hauptpost, dem wohl schönsten Gebäude, das in seinem maurischen Stil den Mittelpunkt der Stadt markiert, drängeln sich die Massen bis zum Square Port Said mit dem Nationaltheater und zum Märtyrer-Platz am Fuße der Kasbah, der Altstadt. Der Straßenverkehr bricht zur „rush hour" regelmäßig zusammen, das Nahverkehrswesen ist völlig überlastet, das Wasserleitungssystem veraltet und absolut unzureichend. Das Telefonnetz fällt stets zur Unzeit aus. Die Luft ist stark verschmutzt. Algier droht an sich selbst zu erstikken.

Den „Märtyrern der Nation", den 1,5 Millionen Gefallenen im Befreiungskampf gegen die Kolonialherren, ist das auffälligste neue Bauwerk der Hauptstadt gewidmet: ihr neues Wahrzeichen, ein Monument aus vier etwa 80 Meter hoch ragenden Beton-Stelen, Anfang der 80er Jahre auf einem kleinen Berg östlich des Zentrums errichtet. Vor jeder der Stelen ist, in Überlebensgröße und in sozialistischem Realismus gestaltet, ein „Moudjahid" (Kämpfer) – die Waffe im Anschlag – postiert.

In der Nachbarschaft des Märtyrer-Monuments sind im Schnellbauverfahren neue Wohnblocks hochgezogen worden. Trotz der forcierten Bauprogramme der letzten Jahre hat sich die Wohnungsnot nicht entscheidend gelindert. Die durchschnittliche Belegquote pro Wohnung beträgt sieben Personen, das heißt pro Zimmer drei, in manchen Vierteln acht.

Zu einem natürlichen Bevölkerungswachstum von jährlich 3,24 Prozent (1982) muß Algier die Folgen einer enormen Landflucht verkraften: Etwa 1,3 Millionen zogen seit der Unabhängigkeit (1962) in die großen Städte, davon die meisten in die Hauptstadt. Wohnungsnot und Unterbeschäftigung sind nur die drängendsten der sich daraus ergebenden Probleme.

„Dezentralisierung" heißt die Zauberformel, mit der die Regierung der Nöte ihrer Hauptstadt Herr werden will. Das fängt mit der Bevölkerung an. Der häßliche Rand aus „gourbis" (Hütten) soll verschwinden. Die Parole heißt „dégourbisation" oder – anders ausgedrückt – „Raus aus den Slums, zurück in die Dörfer". Erst Ende Mai sind wieder 1092 Haushalte mit noch nicht schulfähigen Kindern in ihre Heimat-Wilayas (Bezirke) zurückverfrachtet worden. 350 Lastwagen, 180 Busse und 130 Kleinbusse sorgten für einen schleunigen Ablauf der Aktion.

Ein deutscher Diplomat in Algier berichtete, daß solche Maßnahmen jedesmal unter großem Geschrei der Mütter über die Bühne gingen und den Armee-Lastwagen auch sofort die Planierraupen folgten. So hat man sogar eine neue Trasse für die Stadtautobahn mitten durch eine solche „wilde Siedlung" gelegt.

Die Dezentralisierung zielt aber vor allem auch auf die Wirtschaft. Neue große Industrieunternehmen werden grundsätzlich nur noch außerhalb Algiers angesiedelt. So wird Ain Oussera auf dem Hochplateau Standort für den Bau eines geplanten Automobilswerks. Neben mehreren anderen internationalen Konkurrenten bewirbt sich auch die Volkswagen AG darum.

KARL-HANS SATTLER



So wird es nie wieder. Diese Brücke wäre dem modernen Intercity-Verkehr nicht gewachsen. Die Bundesbahn zeigt gleichwohl Herz für die Fans der Dampfrösser und entmottet für 1985 drei Oldtimer. FOTO: DIETER KEMPF

Zum Jubiläum läßt die Bahn wieder Dampf ab

PETER ZERBE, Nürnberg

Die Deutsche Bundesbahn macht ihren alten Lokomotiven wieder Dampf. Nach achtjähriger Pause sollen 1985 – zum 150jährigen Jubiläum der Stahlrösser in Deutschland – dunkle Rauchfahnen an alte Zeiten erinnern.

Drei historische Dampfloks, eine Schnellzug-, eine Güterzug- und eine Eilzug-Lokomotive werden zur Freude der Eisenbahn-Fans entmottet und ziehen dann von Mai bis September auf historischen Strecken zwischen Nürnberg, Bayreuth und Amberg uralte Waggons hinter sich her.

Das Dampfzeitalter war in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich im Oktober 1977 zuende gegangen. Seither sind sie auf den Strecken der Bundesbahn sogar verboten, wenngleich auch in der Gemeinde der Oldtimer-Fans unvergessen.

Viel ist nicht mehr übriggeblieben von den einst mehr als 10 000 Dampflokomotiven. Die meisten wurden zum Schrottpreis abgestoßen. Liebhabern ist es zu verdanken, daß überhaupt noch einige Zeugen aus den Gründertagen der Industrialisierung laufen. Sie werden heute zu Filmaufnahmen, für Ausstellungen und Fahrten auf Privatstrecken aus den Depots geholt und wie gewöhnliche Waggons zum Einsatzort geschleppt. Wirklich fahrtüchtig sind nur noch ganz wenige Loks. Zu zeitaufwendig und teuer sind die Wartungen. Einer der Fans, der Bielefelder Textilfabrikant Gerd Seidensticker, hat eine Schnellzuglok der Baureihe 01 vor dem Schneidbrenner gerettet und von einer Gruppe Eisenbahnfreunde unter Führung eines Lokomotivführers, der diese Fabrikate noch selber gefahren hatte, wieder hergerichtet.

Für den fahrplanmäßigen Nostalgiedienst im kommenden Sommer will die Bahn eine Güterzug-Lokomotive der Baureihe 50 einsetzen, eine der besten Konstruktionen der ehemaligen Deutschen Reichsbahn. Von ihnen wurden 3164 Stück gebaut. Selbst bei der Bundesbahn kamen noch 2159 zum Einsatz. Ihre Höchstgeschwindigkeit lag bei 80 Kilometer in der Stunde.

Die Rolle, die heute für den 200 Kilometer schnellen Intercity-Verkehr die E-Lok der Baureihe 103 spielen, hatte früher die Dampflok-Baureihe 12 inne. Die 140 Kilometer schnellen Maschinen wurden von 1939 an im schweren Schnellzugdienst eingesetzt. Sie hatten sich so bewährt, daß die Bundesbahn 1959 noch 33 Lokomotiven von Kohle- auf Ölfeuerung umrüstete. Besonders auffällig – ihre Stromlinienverkleidung. Auch diese Lok kommt wieder zu Ehren.

Nummer drei der Renaissance-Typen ist eine Maschine der Baureihe 23, die erst nach dem Kriege konstruiert worden war. Die 023 105-0 war als letzte Dampflok der Bundesbahn 1959 in Dienst gestellt worden.

Interessenten der „Bimmelbahn-Touren" müssen sich an die Bundesbahn „Dampf '85", Sandstraße 38 – 40 in 8500 Nürnberg wenden. Gefeiert wird in Nürnberg, weil hier am 7. Dezember 1835 die erste Bahn von Nürnberg nach Fürth dampfte.

US-Seeleute in Vietnam hinter Stacheldraht?

AFP, Houston

Ein vietnamesischer Flüchtling will Ende vergangenen Jahres sechs Amerikaner in einem Gefangenenlager bei Da Nang an der Ostküste Vietnams gesehen haben. Das erklärte der 35jährige ehemalige Industrielle Nguyen Hun Chanh, der sich zur Zeit in einem philippinischen Flüchtlingslager aufhält. Einen der Amerikaner habe er anhand eines Zeitungsfotos als Mitglied der Besatzung des US-Erdölforschungsschiffes „Glomar Java Sea" identifizieren können. Das Schiff war im Oktober vergangenen Jahres im Chinesischen Meer mit 81 Mann Besatzung gesunken. Eine umfangreiche Rettungsaktion war erfolglos geblieben. Auch Vietnam hatte damals angegeben, nichts über das Schicksal der Besatzung zu wissen.

Gegen Tod auf Verlangen

DW. Marburg

Gegen die Zulassung der sogenannten aktiven Sterbehilfe hat sich der Vorsitzende des Marburger Bundes, Jörg Hoppe, gewandt. In der neuesten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift warnt er nachdrücklich davor, den „Tod auf Verlangen" unter bestimmten Voraussetzungen von der Strafandrohung auszunehmen, wie es die Gesellschaft für humanes Sterben fordere. Eine solche Bestimmung sei für das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt untragbar.

Neues über Guevara-Texte

AFP, La Paz

Die Schriften des Guerrillaführers Che Guevara, die demnächst in London versteigert werden sollten, sind zwischen 1979 und 1981 aus den Büros des Oberkommandos der bolivianischen Armee entwendet worden. Wie von militärischer Seite in La Paz bekanntgegeben wurde, sei der Diebstahl vermutlich von europäischen Beratern des späteren Innenministers Oberst Arce Gomez begangen worden, zu denen auch der in Frankreich inhaftierte Klaus Barbie gehören soll.

Sieben in den Himmel

AP, Cap Canaveral

Mit ihrer Raumfähre Challenger wollen die USA im Oktober erstmals sieben Astronauten gleichzeitig in den Weltraum schicken. Unter ihnen befinden sich zwei Frauen.

Riesen-Fest

AFP, Rio de Janeiro

Mit dem größten Bankett der Welt, einer 1,5 Kilometer langen Festtafel auf dem Flughafen der Stadt Maraba in Nordbrasilien, wollen 30 000 Goldgräber ihren Sieg über die Regierung feiern. Die Arbeiter hatten eine Verlängerung ihrer Schürfgenehmigung durchgesetzt. Für das Fest sollen 300 Ochsen geschlachtet werden.

Tankzug explodiert

AFP, Vancouver

Auf dem Transkanada-Highway sind bei der Explosion eines Tanklastwagens am Mittwochnachmittag in der Nähe der Ortschaft Salmon Arm (British Columbia) 22 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Die Explosion war so heftig, daß ein vorüberfahrender Güterzug entgleiste.

Todesstrafe

AFP, Elizabethtown

Erstmals seit 22 Jahren wird in den USA wahrscheinlich wieder eine Frau hingerichtet. Die 51jährige Amerikanerin Velma Barfield hatte 1978 ihren Liebhaber und drei weitere Personen vergiftet.

Illegaler TÜV

dpa, Heinsberg

In Wegberg (Kreis Heinsberg) hat die Polizei eine illegale TÜV-Werkstatt ausgehoben. In dem Gebäude beschlagnahmte die Polizei alte Autokennzeichen, Typenschilder und TÜV-Prüfplaketten. Gegen eine nicht unerhebliche Gebühr erhielten dort Autofahrer die Plakette für ihre an regulären TÜV-Stellen beanstandeten Fahrzeuge. Der benutzte Stempel ist nach Angaben der Polizei eine Totalfälschung. Die Prüfplaketten wurden gestohlen.

Haschischfang

dpa, Tel Aviv

Die israelische Polizei hat zweieinhalb Tonnen Rauschgift im Schwarzmarktwert von rund zwei Millionen Dollar beschlagnahmt. Das beschlagnahmte Rauschgift ist die größte Menge in der Geschichte Israels.

Scheidungsgesetz

dpa, London

Eheleute in England und Wales können künftigf bereits nach dem ersten Ehejahr das Scheidungsverfahren einleiten. Eine entsprechende Gesetzesänderung wurde gestern im Unterhaus verabschiedet. Bisher durfte eine Ehe erst nach drei Jahren geschieden werden. Die Kirche kritisierte die nach ihrer Ansicht eingetretene „Verbilligung" der Ehe.

LEUTE HEUTE

Tod eines Pioniers

Seit gestern lastet auf **Jacques Pic** die ganze Verantwortung für die Nouvelle Cuisine. Gestern starb nämlich sein Vater André(91), einer der Protagonisten der „manirierten Küche", wie Kritiker die nicht mehr ganz neue Richtung einstufen. Pic sen. zog zu seiner Glanzzeit Gäste wie **Rita Hayworth**, **Charlie Chaplin** und **Aga Khan** an. Jacques Pic ist allerdings schon seit geraumer Zeit Küchenchef des Hauses.

Traum vom Fliegen

Prinz Charles plauderte über eine geheime unerfüllte Sehnsucht: Er wäre gerne Drachenflieger. Doch der Windsor-Hof hält seinen Erben für unersetzlich. „Ich darf nicht", klagte der 35jährige Kronprinz im Gespräch mit der Drachen-Ingenieurin **Liz Kilkenny**. „Ich muß warten, bis die Geräte sicherer werden." Genau das ist die Aufgabe der 25jährigen.

Einmaliges Geschenk

Sophia Loren hat sich zu ihrem 50. Geburtstag ein Geschenk mit persönlicher Note ausgedacht. Ihr zweiter Sproß, **Edoardo** (11), wird mit Frau Mama vor der Kamera stehen. Titel des Films „Qualcosa di biondo" (Etwas Blondes). Die Story des Films: Die Mutter reist mit ihrem Sohn in eine Schweizer Augenklinik. Der Junge hatte in frühster Kindheit einen Unfall, der ihn fast völlig erblinden ließ. Er kann sich nur noch schemenhaft an das Gesicht seiner Mutter erinnern. Daher auch der Titel – das „Blonde" als Synomym für etwas Lichtes, Helles, Schönes.

ZU GUTER LETZT

„Zur Diskussion sprach niemand, und der Versammlungsleiter dankte für die rege Mitarbeit." Aus einem Leserbrief an die Ost-Berliner „Neue Deutsche Bauernzeitung".